

In den zuständigen Ausschüssen wurden die Obersteiermarkanträge einstimmig beschlossen. Um sicherzustellen, daß diese zur Gänze auch umgesetzt werden, wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, hinsichtlich des vom Landtag beschlossenen Maßnahmenpakets für die Obersteiermark, welches der dortigen Bevölkerung größte Hoffnungen macht,

erstens die in ihren Kompetenzbereich fallenden Maßnahmen zu ergreifen, die eine Umsetzung der Landtagsbeschlüsse bis längstens 1. Jänner 2000 gewährleisten;

zweitens mit der Bundesregierung in Verhandlungen zu treten, um eine Umsetzung der Landtagsbeschlüsse bis längstens 1. Jänner 2000 sicherzustellen und

drittens dem Landtag im Rahmen der ersten Sitzung im Jahre 2000 darüber zu berichten.

Ich glaube, daß das sinnvoll und notwendig ist, weil es auch dazu führt, daß wir wissen, wie schnell der Zug fährt, wohin er fährt und ob er wirklich in die richtige Richtung fährt. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. - 14.21 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ad hoc zu Wort gemeldet hat sich, und das ist nach der Geschäftsordnung auch möglich, Herr Landeshauptmannstellvertreter, DDr. Schachner-Blazizek. Er hat das Wort.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (14.21 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bei Verfolgung dieser Debatte muß man sich entschließen als jemand, der so viele Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, mit Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft in Verbindung gestanden hat, sich zu Wort zu melden. Der erste Befund ist ganz sicherlich der, daß ich mit dem Dritten Präsidenten des Landtages übereinstimme. Meine Damen und Herren! Wenn die Politik nicht Barrieren niederreißt, um den Menschen Chancen zu geben, daß sie diese Chancen auch nutzen können, wenn wir bei der Verhinderung stärker sind als bei der Ermöglichung, dann ist sehr vieles Erstreben vergebens. Es ist gleichgültig, ob es sich um das Gewererecht handelt, das genauso antiquiert ist wie so manche Bestimmungen, die sich überholt haben, die ursprünglich als Schutzbestimmungen gedacht waren und heute bereits ausgenützt werden.

Zweiter Befund: Die Förderungen des öffentlichen Sektors zeigen sich immer stärker als Mitnahmeeffekte, und nicht als echte Problemlösungskapazitäten. Wir sehen es, egal, ob wir Unternehmungen oder Einzelpersonen etwas geben. Der Mitnahmeeffekt steht im Vordergrund, zum Beispiel wenn wir einfach das Geld den Lehrherren hinschmeißen, damit sie Lehrlinge ausbilden. Der primäre Effekt, den sie sich verschaffen, ist der Mitnahmeeffekt von der öffentlichen Hand. Das gleiche gilt auch für bestimmte Sozialausgaben - ich sage das in aller Deutlichkeit. Wenn wir bestimmte Barrieren nicht niederreißen - ein paar habe ich genannt, dann werden wir eine große

Chance einer Stoßrichtung in der Wirtschaft, nämlich Menschen dazu zu animieren, sich selbständig zu machen, Risiko zu übernehmen, unternehmerisch tätig zu werden, nicht nützen können. (Beifall bei der SPÖ.)

Herr Landesrat Paierl hat am Beginn dieser Legislaturperiode und bei dem, was er am Beginn an Konzeptionellem vorgelegt und vorgetragen und uns auch immer wieder in der Regierung mitgeteilt hat, jene Ansätze drinnen gehabt, mit denen ich mich und auch die sozialdemokratische Regierungsfraktion und auch meine Freunde in der Landtagsfraktion identifizieren konnten. Aber aus der ursprünglichen Vorstellung, die richtig war, Infrastrukturelles zu ermöglichen und infrastrukturelle Hilfen zu geben, ist nichts geworden. Herr Dritter Präsident, zum Beispiel ist es heute nicht immer nur Infrastruktur, wie Straßen, sondern Telekommunikationsschienen zur Überwindung von Zeit und Raum sind heute genauso wichtig. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „150 Millionen Schilling!“) Die Menge des Geldes allein sagt gar nichts, es kommt nur darauf an, wie es verwendet wird. Das, was wir von Haus aus von Ihnen erwartet haben, daß erstens infrastrukturelle Schwerpunkte in der Wirtschaftsförderung gesetzt werden und zweitens Wirtschaftsförderung als das betrachten, was sie in Zukunft überhaupt nur mehr ausschließlich sein kann, nämlich Förderung von Wissenschaft, Forschung und Anwendung derselben, denn das haben Sie nicht gemacht. Sie gehen mittlerweile mit der Gießkanne spazieren. Wenn irgendwo einer „aufjault“, kommen Sie dann mit einem Regierungsantrag, egal, was das kostet, egal, was dort drinnensteht, egal, was er bewirkt. Ich sage Ihnen heute voraus, wir stehen weltweit vor einer deflatorischen Lücke. Ich habe das in der „Kleinen Zeitung“ am Sonntag versucht ein bißchen zu erläutern. Ich wünsche mir das nicht, nur eines ist sicher, daß es so ist, weil Kapitalismus in der Form, wie er betrieben wird, ein Irrweg ist. Sie können den Leuten nicht ununterbrochen etwas wegnehmen und sich dann darüber wundern, daß sie nicht mehr in der Lage sind, die Güter zu kaufen, die produziert werden. Die Autoindustrie wird einer der ersten Sektoren sein, in denen das zu unserer aller Nachteil ein Problem werden kann, ich hoffe es aber nicht. Ich sage Ihnen nur, es ist eines der Güter, daß man mehr oder weniger nachfragen kann. Und was haben Sie gemacht? Sie reden über die Monostruktur - auch du, Herr Dritter Präsident - in der Obersteiermark. Jetzt wissen wir aber alle, daß diese Monostrukturierung ein Unglück war. Was passiert derzeit? Wir bauen Monostruktur in der Autoindustrie auf. Wenn das im Bereich von Technologie, Wissenschaft und Forschung der Fall wäre, brauchten Sie mit mir keine Sekunde darüber zu reden, aber das vermisste ich. Das heißt, Sie haben den Pfad, den Sie uns angekündigt haben, dem wir selbstverständlich gefolgt sind, geflissentlich verlassen. Diese Form der Wirtschaftsförderung, die wir derzeit haben, noch dazu konzentriert auf bestimmte Räume, wird auch in der Sackgasse landen, nicht zu irgendjemandes Freude. Ich warne, diesen Weg weiterzugehen. Ich warne noch einmal davor, auch zu glauben, mit dem pekuniären Teil der Wirtschaftsförderung allein die Probleme zu lösen. Ich möchte dir, Herr Dritter Landtagspräsident, schon auch sagen, daß ich mich dagegen verwahre, daß du im Zusammenhang

mit der Osterweiterung nicht zur Kenntnis nimmst, daß ich und wir, die sozialdemokratische Fraktion, dieses Projekt als ein gewaltiges Friedensprojekt und als gewaltige Chance der Europäisierung dieser künftigen Länder sehen. Wir gehören aber nicht zu jenen, die aus kapitalistischen Erwägungen noch mehr günstige Arbeitskräfte bekommen, die Standards im Bereich Soziales oder Umwelt senken wollen wie manche andere in diesem unserem Land. (Beifall bei der SPÖ.)

Die, die sich auch von denen beraten lassen, die davon ihre Vorteile erwarten. Es sind ja bitte nicht die kleinen Bauern, und es sind nicht deine zu Recht angesprochenen Klein- und Mittelbetriebe und die Handwerker. Es sind nur ein paar Große, die profitieren werden. (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber Ihre Partei spricht doch so viel von der Osterweiterung!“) Und das sind diejenigen, die bestimmte Parteien besonders beraten. Mich haben Sie schon vor dem Sommer gefragt, Frau Klubobfrau und ich habe Ihnen eine sehr deutliche Antwort gegeben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber Ihre Partei setzt sich doch im Bund für die Osterweiterung ein!“) Also, entschuldigen Sie, in der Steiermark kann es wohl auch so sein und ist es auch so, daß wir bestimmte Vorstellungen haben. Daher lasse ich mir nicht unterstellen, daß wir mit einem Horuck in diese Richtung gehen. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) Es ist auch sachlich falsch zu sagen, 2003 ist es soweit. Das wünschen sich manche Unternehmer aus ganz, ganz bestimmten Gründen. Die einen suchen Märkte, die anderen billige Arbeitskräfte und die dritten die Absenkung der Standards bei uns. Das ist nicht sozialdemokratische Politik. Das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit. (Beifall bei der SPÖ und FPÖ.) In Wahrheit, meine Damen und Herren, die Aufrüstung einer Region, in diesem Fall der Obersteiermark, hängt davon ab, ob es uns gelingt, die Bereiche Wissenschaft, Forschung, Forschungsanwendung, Hochqualifikation, Qualifikation der verschiedenen Abstufungen in die Arbeit zu bringen. Und ich sage es in aller Deutlichkeit, das gilt für diese Region und auch für andere, dazu gehört auch, daß es wohl das unklügste in einer Gesellschaft ist, Arbeitslosigkeit zu bezahlen. Das ist so ziemlich das einfallsloseste, was es überhaupt geben kann. Wenn wir uns daher zur Regionalpolitik bekennen, auch in der Obersteiermark, dann werden wir den zweiten und dritten Arbeitsmarkt ebenfalls öffnen müssen. Mit der Vorstellung, daß alleine der Markt Beschäftigung schafft und wir uns auf die Marktkräfte verlassen, sage ich Ihnen, meine Damen und Herren, begehen wir den nächsten Irrweg. Es ist ein Teil, ein erheblicher Teil, wo wir durch Niederreißen von Barrieren, wo wir durch Ausnützung der Rationalisierungsmöglichkeit und durch Senkung von Arbeitszeiten, durch bestimmte Flexibilisierung auf Basis von Freiwilligkeit im Markt zusätzlich Arbeit schaffen können, unbestritten. Das wird aber nicht alle eine Arbeit bringen. Reden wir nicht herum, es gibt etwa ein Drittel der Nichtbeschäftigten, die äußerst schwer zu vermitteln sind, die sich selbst schon längst haben fallengelassen und die sich so in einer ausweglosen persönlichen Situation befinden, daß sie mitunter ihre Familien mitreißen. Und auch für die muß es einen Arbeitsmarkt geben. (Beifall bei der SPÖ.) Es muß zwei Möglichkeiten geben. Wer dort schon ist, aus welchen Gründen immer, muß die Chance bekom-

men, auch für sich selbst und seine Umgebung wieder in Beschäftigung zu kommen. Als zweite Möglichkeit, es ist die teurere Lösung, aber auch sie muß möglich sein, es müssen Arbeitslose auch Qualifizierungen angeboten bekommen. Qualifizierungen, in den Feldern, in denen es auch Chancen gibt, die Marktfähigkeit wieder zu erreichen. Es hat auch keinen Sinn, daß wir bewußt und gewollt dort qualifizieren, vorbei produzieren, wo es in Wirklichkeit danach keine Arbeitsplätze gibt. Auch das muß in aller Deutlichkeit gesagt werden. Wir können uns einfach in dieser Gesellschaft nicht mehr beliebig aussuchen, wo wir arbeiten werden. Das ist die Realität. Also, meine Damen und Herren, auch in einem Obersteiermarkpaket, das nicht berücksichtigt, daß die Schwerpunkte in der Zukunft dort liegen, daß wir mehr können müssen, daß wir mehr wissen müssen, daß wir Leistungen erbringen müssen, gehört unabdingbar dazu alles, was Wissenschaft, Forschung und Forschungsanwendung ist, in die Unternehmen zu transferieren und diese zu stärken. Wir haben ja zum Beispiel den Großraum Leoben mit der Universität, aber wie stark ist sie bisher eingebunden? Ist das genug, was dort geschehen ist? Das Kompetenzzentrum, von dem ich hoffe, daß es kommt, die Evaluierung war großartig, Prof. Jeglitsch ist einer der großen Forscher in seinem Gebiet, so daß wir Chancen haben, das zu bekommen, aber das sind die Bereiche, die wir zu forcieren haben. Dann kommt die gesamte Infrastruktur, auch die materielle Infrastruktur. Da, meine Damen und Herren, werden wir im Markt das eine oder andere erreichen. Aber das allein wird nicht genügen, um die Menschen in Beschäftigung zu kriegen. Sie dürfen nicht vergessen, daß wir österreichweit über 50.000, in der Steiermark werden es sicher über 10.000 Menschen im dritten oder zweiten Sektor sein, die wir unterbringen müssen. Ich halte das für ein Gemeinschaftsprojekt für uns alle. Es kann nicht einer allein, nicht eine Partei allein die Lehrlingsfrage oder die Frage des zweiten oder dritten Arbeitsmarktes lösen. Das sind dann schon Einsätze, die wir gemeinsam machen müssen. Und ich verhehle es nicht, ich sage es auch in aller Deutlichkeit, die Arbeitslosenversicherung und die daran gekoppelte AMS-Finanzierung würden das eine oder andere leichter machen können, wenn man nicht Mittel aus der Arbeitslosenversicherung abziehen würde, um damit etwas anderes zu finanzieren, sondern wenn man sie dort beläßt, um tatsächlich Weiterbildung oder Beschäftigung zu ermöglichen. Es ist ein Zusammenwirken aller Gebietskörperschaften, auch das muß klar sein. Ein Land, allein für sich, kann in der Bewältigung von Strukturproblemen, von Konjunkturproblemen oder Saisonproblemen in einer bestimmten Region nur Bestimmtes bewirken. Ich glaube, auch dieser Punkt des Stufenbaues sollte einmal im Landtag diskutiert werden. Was kann ein Land überhaupt? Ab und zu schaut es so aus, als können wir alles. Wir können zwar über alles diskutieren, aber wir sollten dann irgendwann die Einschränkung machen, was kann ein Land. Wo können wir unsere Schwerpunkte setzen? Wir können sie bei Bildung setzen, wir können sie bei Forschung setzen, bei Wissenschaft, wir können sie aber auch im kulturellen Bereich oder im infrastrukturellen Bereich setzen. Aber, meine Damen und Herren, bei vielen darüber hinaus brauchen wir dann schon zumindest die Gemeinden, die ohnedies immer gefragt

sind, den Bund selbstverständlich und in vielen Fragen auch die EU. Ich glaube, wir sollten bedenken, was wir als Land selbst steuern können. Dann sollten wir uns zuerst einmal diese Bereiche definieren, gemeinsam sage ich ausdrücklich. Nachdem wir das definiert haben, sollten wir unsere Stärken stärken und die Schwächen bewußt abbauen. Das ist in Wahrheit Wirtschaftspolitik. Alles andere wäre Parteipolitik. Dankel (Beifall bei der SPÖ. – 14.36 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Paierl, dem ich es erteile.

Landesrat Dipl.-Ing. Paierl (14.37 Uhr): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Als mehrfach Angesprochener und auch Kritisierte ist es mir doch ein Anliegen und eine Verpflichtung, vor Ihnen, und auch da wiederum nachprüfbar, ein paar Dinge zurechtzurücken, auch ein bißchen meine Betroffenheit über diese Form der Realitätsverschiebung gerade in letzter Zeit hier im Hohen Haus von meiner Seite zu deportieren. Denn gerade gestern haben wir erlebt in der Burg, daß eine Fraktion und auch der Herr Landeshauptmannstellvertreter und Wissenschaftsreferent bei einem sehr wichtigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Gespräch am „Runden Tisch“ bei der Frau Landeshauptmann nicht anwesend war und deswegen offensichtlich es auch nicht für ihn möglich war, eine letzte Chance zu nützen, nachzuschauen dort und auch präsentiert zu kriegen von mir, von meinem Ressort, was in der Steiermark an Wirtschaftspolitik, an moderner Wirtschaftspolitik betrieben wird (Abg. Dr. Flecker: „Wir sind wahnsinnig begeistert, daß die Frau Landeshauptmann bei dieser Debatte anwesend ist, obwohl sie zuständig ist!“), und zwar insbesondere in Richtung einer technologie- und innovationsorientierten. (Abg. Dr. Flecker: „Daß ihr die Termine so festlegt, ist euer Problem!“ – Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Man kann uns nicht drei Tage vorher Termine zukommen lassen, und im übrigen habe ich noch Ressorts im Gegensatz zu anderen Regierungsmitgliedern, die keine haben!“) Ich darf nochmals betonen, daß seit Mitte der achtziger Jahre die steirische Wirtschaftspolitik, unabhängig vom jeweiligen Ressortleiter, sich nachweislich auf technologie- und innovationsorientierte Projekte konzentriert hat und gerade in den letzten Jahren doch mit einiger parteipolitischer Begleitmusik es noch einmal stärker auf diese Bereiche konzentriert wurde und Gott sei Dank, da oder dort gemeinsame Projekte mit dem Wissenschaftsressort abgewickelt werden konnten. Ich könnte Ihnen aber, will es Ihnen aber ersparen, wenn Interesse besteht, aber gerne auch, über die eine oder andere Erfahrung, was nicht gelungen ist, darlegen. Ich erwähne nur das Stichwort „Innovatoren“. Es gibt noch immer, trotz einer monatelangen Vorbereitung, keine positive gemeinsame Vorgangsweise zwischen den Ressorts, was mir sehr leid tut. Die Telekommunikation, neue Möglichkeiten und neue Formen der Infrastruktur. Die Steiermark ist das einzige Bundesland, das diesbezüglich ein Budget und auch entsprechende Projekte über das ganze Land, vor allem im Bildungsnetz, hat. Das Bildungsnetz, wo gerade Sie als Wissenschaftsreferent das aller größte Inter-

esse daran haben müßten, hier auch entsprechend mitzuwirken, ist eine steirische Qualität. (Abg. Mag. Zitz: „Entschuldigung, Sie haben Telekommunikation angesprochen!“) Ich werde eine Gelegenheit haben, mit der Frau Kollegin Zitz – (Abg. Mag. Zitz: „Ich habe vor einem Jahr eine umfangreiche Anfrage an Sie gerichtet und Anfang des Jahres einen Antrag über die wirtschaftspolitischen Leitlinien der Telekommunikation, weil mich das Thema politisch interessiert. Ich habe zwei E-Mails geschickt und habe bis heute keine Antwort bekommen. Eine demütig kleine Abgeordnete bittet Sie darum. Sie machen perfekte Öffentlichkeitsarbeit. Setzen Sie diese um!“)

Die ich aber sehr schätze, auch in diesem Engagement, weil es auch ein Anliegen von mir ist, diese Gefahren der Informationsgesellschaft und der neuen Technologien auch mit zu berücksichtigen. Aber hier müssen wir natürlich unsere beschränkten Möglichkeiten aus einer regionalpolitischen Situation heraus auch realistisch einschätzen. Lassen Sie mich aber zu einer Sache, die auch vorwurfsvoll in meine Richtung gekommen ist, doch Stellung nehmen: Automobilcluster – das Stärkefeld der steirischen Wirtschaft. Meine Damen und Herren! Das ist deshalb in dieser so globalisierten Welt des Automobils ein Stärkefeld, weil dort seit vielen Jahren die Unternehmungen, mit den Hochschulen zusammen, und ein neuer Fachhochschullehrgang hat das auch bewiesen, ein großes wissenschafts- und forschendes technologisches Kompetenzfeld haben – genau das ist der Punkt. Und daß es zu keiner Monostruktur kommt, ist auch unsere Politik, daß wir versuchen, neben dem Automobil auch die nicht motorisierten Transportgeschichten jetzt mit Siemens SGP, mit der Weiche in Zeltweg und mit der Schiene in Donawitz zu machen, und daß wir versuchen, auch im Werkstoffbereich, vor allem in der Obersteiermark, gemeinsam mit der Montanuniversität, zusammen mit dem Laserzentrum, über die Wirtschaftsförderung das zu unterstützen. Aber auch da besteht kein Vaterschaftsproblem, das ist ein Gemeinschaftsprojekt. Ich bitte daher, das auch als wichtigen regionalpolitischen incentive zu sehen. Ein weiteres: Wir haben im Holzcluster ein großes Potential, auch das sollten wir gemeinsam entwickeln. Lassen Sie mich zum Schluß noch eines sagen: Daß die Steiermark so weit vorne ist, auch im internationalen Ranking, hat sie ausschließlich dieser wissens- und qualifikationsorientierten Politik der letzten Jahrzehnte zu verdanken – das ist unsere große Stärke, das ist unser Rohstoff –, die Muskeln zwischen den zwei Ohrwascheln. Und hier einen politischen oder parteipolitischen oder gar persönlichen Streit abzuführen, dazu bin ich nicht bereit. Ich werde meine konstruktive Art um Politik immer wieder hier einbringen. Ein konkretes Beispiel dafür: Gerade im Automobilbereich bei den Werkzeugmachern haben wir Arbeitsmarktprobleme, weil wir die qualifizierten Arbeitskräfte nicht mehr haben. Das heißt, wir werden gemeinsam in der Obersteiermark mit dem AMS in Fohnsdorf im Ausbildungszentrum einen gezielten, für diesen Bereich aufgebauten Ausbildungsgang finanzieren und auf die Beine stellen. Ein Beispiel, daß wir, entgegen der Behauptung, die jetzt hier auf der Regierungsbank in Richtung der Wirtschaftspolitik aufgestellt wurde, Wirtschaftspolitik ausschließlich und schwerpunkt-

mäßig auf Qualifizierung, auf Wissen, auf Know-how aufbauen und damit auch unsere Erfolge haben. (Beifall bei der ÖVP. - 14.44 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster Redner hat sich Herr Abgeordneter Dr. Wabl zu Wort gemeldet. Er ist Hauptredner seiner Fraktion.

Abg. Dr. Wabl (14.44 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nach der Ansprache des Herrn Landesrates lichten sich die Reihen. Kollege Paiarl, ich hätte nur eine Bitte: Wir waren bei der Novelle der Geschäftsordnung sehr großzügig und haben das jederzeitige Rederecht der Regierungsmitglieder nicht beeinträchtigt, nicht beschränkt und auch nicht reduziert. Ich habe Respekt vor den Leistungen der Regierungsmitglieder, vor allem aber davor, daß Sie für Wirtschaft, nachdem das hier zur Debatte steht, mehr Verständnis haben als wir. Wenn aber eine solche wichtige Debatte, wie die Obersteiermark, die der Landtag hier abhält, dann in die Richtung ausartet, ohne daß ich jetzt die inhaltlichen Wortmeldungen anzweifle, daß dann ein Zwiegespräch entsteht, dann verstehe ich das nicht mehr. Du könntest dich theoretisch nochmals nach meiner Rede zu Wort melden, aber das wird nicht so interessant sein, so nehme ich an. (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Ich glaube nicht, daß das notwendig ist!“) Ich bitte aber wirklich, wenn es diese Privilegien hier im Landtag gibt und wir ohnedies in der Realpolitik, in der Umsetzung der Wirtschaftspolitik für die Obersteiermark uns sehr oft darauf beschränken müssen, vor allem auch manche Abgeordnete dort dabei sind und dann den Eröffnungsreden der Regierungsmitglieder zuhören müssen, dann appelliere ich hier im Landtag an die Regierungsmitglieder, wenn sie da sind, daß wir zumindest einen Großteil der kostbaren Zeit, die uns zur Verfügung steht, konsumieren können. Ich glaube, daß es sinnvoller wäre, ohne die Inhalte jetzt zu schmälern, das in der Regierungssitzung auszumachen, diese Hahnenkämpfe, wer mehr oder weniger tut. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wir haben unterschiedliche Auffassungen!“) Du verstehst mich falsch, ich meinte nur, es hat keinen Sinn, wenn die Regierungsmitglieder nach jedem Redner das Wort ergreifen und wir nicht zu Wort kommen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe das wirklich nicht vorgehabt!“) Das war kein Vorwurf, aber ich bitte nur darum. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Aber wenn ich höre, was sich in der Debatte so abspielt, dann muß ich mich melden!“) Es freut mich ja, wenn ihr da seid. Man muß aber nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, und wenn ihr da seid, daß ihr dann ununterbrochen redet. Das muß ja auch nicht sein. Ihr könntet ja auch einmal zuhören, was wir zu sagen haben. Ein Zweites, und da bin ich bei Herrn Landeshauptmann Schachner, und zwar bei seiner Anmerkung zur Frage der Arbeitslosigkeit. Letzten Endes steht ja hinter der ganzen Problematik, wie fördern wir die Obersteiermark, wie fördern wir Regionen, wie gestalten und kurbeln wir sie an, natürlich immer wieder die Frage, erstens einmal wo der ideale Mittelweg zwischen Kapitalismus, zwischen Marktwirtschaft und zwischen

Einflußnahme der politischen Verantwortung zwischen dem Wegräumen von Hindernissen besteht, wie du das sagst, und der übergeordnete Sinn soll es sein, blühende Landschaften, um das Wort zu gebrauchen, das woanders abgedroschen ist, aber in Wirklichkeit wollen wir das, so schwer es zu erreichen ist, und daß die Menschen, vor allem die Jugend, Arbeit hat. Und da würde ich halt eines bitten, und das ist ein bißchen herausgekommen, und das ist ja auch unser Dilemma immer wieder, auch - glaube ich - dein Dilemma, daß gerade du in der Wirtschaftspolitik in der gesetzlichen Umsetzung auch oft andere Auffassungen hast als manche Zentralstellen, die vielleicht bei der Wirtschaftsförderung oder Wirtschaftsgestaltung mehr die Marktkräfte walten lassen und weniger erkennen, daß es notwendig ist, hier die einzudämmen und Gestaltungskraft auszuüben. Ich würde appellieren, das ist nicht ein spezifischer obersteirischer Vorschlag, daß man halt endlich dazu durchringt, um offensive Arbeitsplatzmaßnahmen zu setzen, daß man jene, die sichere Arbeitsplätze haben, das sind die Beamten und die im geschützten Bereich, daß die dann einen Solidaritätsbeitrag leisten für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen. Ich persönlich muß sagen, und ich bin überzeugt davon, solange wir nicht den Mut haben, ich selber bin an einem geschützten Bereich, ich bin ein Richter, warum sollen nicht die Richter dieses Landes, die Gott sei Dank einen Arbeitsplatz bis zum Lebensende haben in dem Fall oder bis zur Pensionierung, warum sollen die nicht einen gewissen Beitrag leisten, ich würde sogar sagen, die, die mehr haben, prozentuell mehr und die weniger haben, prozentuell weniger, um endlich diesen Topf aufzufüllen. Es ist ein Trauerspiel, wenn ich dann lese, daß das Arbeitsmarktservice in der Steiermark bei wichtigen beschäftigungspolitischen Maßnahmen sagen muß, wir haben es schon vom Vorjahr verbraucht und jetzt sind wir auch schon am Ende. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Weil sie etwas anderes aus diesem Topf bezahlen!“) Noch dazu was anderes bezahlt. Ich glaube, wenn wir von Solidarität mit arbeitslosen Menschen sprechen, von Solidarität mit jungen Menschen, die einmal einsteigen wollen, und da ist immer das Problem, da heißt es immer, die brauchen eine Praxis, eine Ausbildung und so weiter, und wie sollen sie die Praxis bekommen, wenn sie nicht die Ausbildung bekommen. Ich meine, und dazu bekenne ich mich, eine der wichtigsten Forderungen, um das Problem und die Geißel Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, da glaube ich, haben die Sozialdemokraten immer ja dazu gesagt, ich kenne viele von der ÖVP, die ja dazu gesagt haben, warum sind wir nicht endlich bereit oder warum ist die Bundesregierung nicht bereit oder warum ist die Mehrheit im Lande nicht bereit zu sagen, wir führen einen Solidaritätsbeitrag für arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ein, den jene zahlen, die im sicheren Nest sich befinden. Und ich sage, auch Richter und Beamte, pragmatisierte, haben Kinder, die die Ausbildung abgeschlossen haben und dann ins Berufsleben einsteigen wollen. Und du hast es vorher auch gesagt, da kann ich nur beipflichten, es muß ein ständiges Bemühen sein, daß nicht nur die Arbeitslosigkeit bezahlt wird, sondern daß eine Ausbildung, ein Vorbereiten auf den Arbeitsmarkt, auf die Arbeitswelt besteht. Ich werde es dort nicht vollbringen dort, mein Appell an jene, die die Verantwortung tragen in

Wien, daß man das Thema – wir wissen, der Dallinger hat es schon vor 15 Jahren gesagt – manche – du hast es auch schon glaube ich vor zehn Jahren gesagt – und alle haben es gesagt, und dann ist die Gewerkschaft öffentlicher Dienst gekommen und hat gesagt, warum sollen wir was zahlen für die Arbeitslosen, wir können eh nicht arbeitslos werden. Diesen Gedanken, diese Einstellung, halte ich für verfehlt, und das wollte ich nur am Anfang über die ganze Diskussion drübergeben.

Ein Zweites, zur Obersteiermark: Ich möchte zum Kollegen Vesko etwas sagen, entschuldige, daß ich Kollege sage, Herr Präsident, aber Sie entschuldigen mir dieses Aufheben des Unterschiedes, ich bedaure es auch, daß du im Zusammenhang mit einer offensiven Wirtschaftspolitik die Osterweiterung betrachtest. Ich war und bin skeptisch gegenüber dem Beitritt zur EU gewesen. Manche Folgen im Sinne der Globalisierung, im Sinne des totalen Wettbewerbes, vor allem auch der Landwirtschaft, überrennen uns und wir müßten Antworten finden. Ich bin aber heute bereit, das habe ich schon einmal hier gesagt, dem EU-Beitritt meine Zustimmung zu erteilen, obwohl das nicht mehr entscheidend ist, aber das ist ein Faktum, aber wenn diese EU eine Berechtigung hat, dann ist es die friedenspolitische Dimension dieser EU. Und wenn wir nicht bereit sind, und das sage ich auch zu dem, was ich vorher gesagt habe, was Solidarität anbelangt, daß wir im Westen, wir, die in der EU drinnen sind, wenn man es unter dem Strich nimmt, trotzdem ein gewisses Wohlstandslevel aufweisen. Wenn wir nicht bereit sind, die anderen Länder hier einzubeziehen und möglichst breite Kreise zu ziehen, das heißt, all die beitriftwilligen Länder hereinzuholen, bei aller Anerkennung der Problematik auch. Aber daß man sagt und was ich immer wieder höre, da mit dem Plakatständer herumgeht „Nein zur Osterweiterung“, wo ich einfach glaube, daß wir in Europa und auf der Welt langfristig keinen Frieden erreichen werden, wenn wir nicht hier dieses Friedensprojekt in Angriff nehmen. Weil wenn wir uns damit abfinden, daß wir der wohlhabende Westen sind, um es ein bißchen vereinfacht auszudrücken, und die anderen sollen hinten bleiben, weil die brauchen wir so nicht. Ich halte das für demagogisch, ich halte das für populistisch, und ich halte das für die Zukunft unserer Kinder und der Kindeskiner für sehr gefährlich, weil es nur Schielen auf momentane Vorteile oder momentanen Stimmengewinn bedeutet. Das wollte ich nur zur Osterweiterung sagen. (Abg. Mag. Hartinger: „Sie sehen das falsch!“) Ich sehe es nicht total falsch. Ich bedaure es, daß ihr in der Frage der Osterweiterung so bedingungslos ein Nein dazu sagt und die Ängste der Bevölkerung, die sehr wohl da sind, dazu ausnützt – (Abg. Mag. Hartinger: „Jetzt sagen wir ‚nein!‘“) Nein, Ihr sagt ein bedingungsloses Nein! (Abg. Schinnerl: „Du willst uns nicht verstehen!“) Vielleicht bin ich zu deppert dazu, kann schon sein. Ich sage ja zur Osterweiterung. Ich sage es dort. Ich bin nicht so wie Ihr, daß ich mich jedes Mal nach dem Wind drehe und dann meine Meinung ändere. Das möchte ich dazu nur sagen.

Ein paar konkrete Themen, die die Obersteiermark betreffen, der Kollege Paiarl ist jetzt nicht da, ich würde mir wünschen, gerade, was die Energiever-

sorgung betrifft, gerade die Obersteiermark ist ja ein sehr walddreiches Gebiet, daß man die Biomasse forciert und daß man nicht sagt, wir sind für die alternativen Energieformen, und im konkreten Fall sagen die Bürgermeister, weil es ein bißchen billiger ist, wir bauen Erdgasleitungen, die wir wieder aus Rußland oder sonst woher importieren müssen. Ich würde mir wünschen, daß die zuständigen Referenten darauf einwirken, daß man diese Möglichkeiten der alternativen Energieversorgung auch entsprechend forciert.

Ein Zweites: Zur Industrieansiedlungsoffensive. Ich habe noch in Erinnerung, und manche von hier werden sich noch erinnern, wie die Einbrüche in der Verstaatlichten waren, 1986 unter Lacina damals, und wie wir alle erkannt haben, daß diese Struktur mit den geschützten Bereichen nicht aufrechtzuerhalten ist. Ein gewisser Übergang ist ja gelungen, und Gott sei Dank nach einigen dramatischen Verlusten an Arbeitsplätzen ist heute dort, obwohl es Betriebe gibt, um die man sich auch sorgen muß, wo natürlich immer wieder das am seidenen Faden hängt, aber wir haben ein gewisses Arbeitsplatzniveau. Aber was mich traurig stimmt, und da kann ich auch nur einen Appell richten, wenn ich nur daran denke, was das für ein Kampf war, um die Lehrwerkstätte in Fohnsdorf zu erhalten, das ist doch unwürdig, wenn man davon spricht, daß man, wenn die Obersteiermark für die Jugend und für die Arbeitsplätze der Jugend was tun will, du hast es gesagt, da darf es gar keine Debatte geben, daß man Lehrwerkstätten schließt, wo wir zum Beispiel in der Oststeiermark die Obersteiermark immer um diese Lehrwerkstätten beneidet haben, weil dort eine gediegene Ausbildung war, da war eine sichere und eine langfristige Ausbildung, wo man gewußt hat, die Menschen, die dort rauskommen, die haben eine sichere Existenz. Da kann ich wirklich nur appellieren an jene, die das Sagen haben. Das gibt es doch nicht, daß in der Steiermark sich alle einig sind, daß man die Lehrwerkstätten aufrechterhält und auf der anderen Seite im Bünd irgendwer der Meinung ist, daß das geschlossen wird und dann paßt es dazu zur endogenen Erneuerung. Wir müssen doch mehr oder weniger davon Abschied nehmen, daß uns Großansiedlungen so aus dem Handgelenk gelingen, sondern wir müssen alles daransetzen, daß die Klein- und Mittelbetriebe, die sich in den verschiedenen Bereichen entwickeln wollen, daß die gefördert werden. Und natürlich ist da die österreichische Gewerbeordnung ein Hindernis, und natürlich ist die Möglichkeit, Betriebe zu gründen, in Österreich viel schlechter als woanders. Aber bitte, dieses Lied, dieses Lamento, das höre ich schon seit 20 Jahren. Nur die Gewerbeordnung in Österreich hat nicht der liebe Gott mit den Zehn Geboten eingesetzt, sondern die haben gesetzgebende Körperschaften leider Gottes auf Druck von gewissen Interessenvertretungen hier installiert. Ein weiteres, die Dezentralisierung des öffentlichen Dienstes. Ich weiß nicht, wer von der Finanz ist, leider ist der Kollege Straßberger jetzt nicht da. Wenn man von Dezentralisierung spricht, dann verstehe ich nicht, daß man daran denkt, Finanzämter oder Bezirksgerichte zu schließen. Ich meine daher, was hat das für einen Sinn, grundsätzliche Forderungen aufzustellen, die wir als Grüne sehr begrüßen, weil wir glauben, daß es wichtig ist, daß der Beamte als Serviceträger zum Bürger hingehet. Auf der anderen Seite lese ich dann,

daß der Finanzminister jetzt anfängt, Finanzämter zu schließen. Wo soll da der Sinn liegen, wo soll da das Interesse des Bürgers liegen? Jetzt wissen wir aber auch, daß es in gewissen Ortschaften kaum Plätze für Bürolehrlinge gibt. Bei den Bezirksgerichten sind zum Beispiel oft nur fünf Leute. Es wäre daher unbedingt wichtig, daß wir gerade diese erhalten. Es geht dabei auch um das Selbstbewußtsein oder ob das in der Südsteiermark der Fall ist, an der Grenze. Manchmal müßte man hinüberschauen nach Slowenien, denn die sind uns manchmal voraus, was diese Philosophie betrifft. Ich habe manchmal das Gefühl, wenn es heißt, in Mureck wird das Bezirksgericht und in Radkersburg wird das Finanzamt geschlossen. Die Menschen dort wissen oft gar nicht, welche Probleme sich vor Ort befinden. Frau Dohnal hat einmal Radkersburg besucht. Ich kann mich noch gut erinnern, als sie gesagt hat, sie hat nie geglaubt, daß es in Österreich so arme Menschen gibt wie in dieser Region, die um ihr Überleben kämpfen. Das kennt sie in Wien nicht oder nur in sehr spärlichen Ansätzen. Ich würde bitten, Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, wenn man von Dezentralisierung redet, daß man das ganze Gewicht – du hast nicht so viel Gewicht wie ich, körperlich, aber zumindest dein politisches Gewicht ist als Stellvertreter im Bund größer als meines – in die Waagschale wirft und sagt, meine Herrschaften, ihr könnt doch nicht von Wasser predigen und Wein trinken oder umgekehrt davon reden, wie wichtig jeder einzelne Arbeitsplatz ist. Auf der anderen Seite kommt dann der Finanzminister daher und will ein Finanzamt nach dem anderen schließen. Das führt zur Aushöhlung vieler Regionen. Es ist ohnehin schon die Absiedlung im Gange. Wenn man dann sieht, daß 30 Prozent in der Obersteiermark abwandern, zum Beispiel im Bereich Murau oder in den entlegenen Dörfern, wo es keine Arbeitsplätze gibt, so meine ich, ist das ohnehin schon schwierig genug. Ich appelliere auch in dem Zusammenhang, daß man das Wort Dezentralisieren des öffentlichen Dienstes auch ernst nimmt.

Ein Zweites, ich weiß aber nicht, ob ich hier Unterstützung finde: Alle sind stolz. Leider ist Landesrat Hirschmann jetzt nicht da. Aber er verweist auf schlanke Verwaltung, auf weiteren Abbau von Beamten und so weiter und so fort. Das wird als Erfolg gefeiert, als eine moderne Verwaltungspolitik, eine moderne Politik, die endlich jene Prinzipien verwirklicht, die es uns ermöglichen, daß wir aktiv und flexibel Beschäftigungspolitik betreiben. Ich persönlich sage ganz offen, im Bildungsbereich, im Wissenschaftsbereich, im Sozialbereich, auch im Sicherheitsbereich und in vielen anderen Bereichen halte ich überhaupt nichts davon, wenn man Leute einspart. Ich halte auch nichts davon, daß man Tausende von Lehrern zu Hause sitzen läßt und ihnen eine Arbeitslosenunterstützung oder Notstandshilfe bezahlt, denn wir könnten sie in den Schulen als Assistenzlehrer einsetzen. Wir sind noch stolz darauf, wenn hier wieder etwas eingespart worden ist. Ich meine, diese Leute müßten eine Chance haben, zu leben oder zu überleben – wie immer man das sieht. Es wäre daher gescheiter, ich würde dieses Kapital oder Potential nützen, als ich zahle eine Arbeitslosenunterstützung aus, und sie müßten zehn Jahre warten, bis sie dann überhaupt ihr Wissen und ihre Fähigkeiten an den

Mann oder an die Frau oder an den Schüler bringen könnten. Ich bin schon fast am Ende meiner Ausführungen. Ich höre immer wieder vom Ausbau des Straßennetzes. Ich vermisse die Betonung Ausbau des Verkehrsnetzes. (Abg. Dipl.-Ing. Grabner: „Schiene auch?“) Das Verkehrsnetz ist die Schiene. Gott sei Dank gibt es jetzt in Knittelfeld die Ausschreibung. Wer verfolgt, wie wenig Kilometer Schiene in der Zweiten Republik gebaut wurden, dann sage ich, das ist eine Katastrophe, eine Bankrotterklärung, es ist deprimierend, ernüchternd und erschütternd. Ich glaube, Sie werden mir zustimmen. Das war meines Erachtens der falsche Weg, denn wir haben lange Zeit auf das falsche Pferd gesetzt. Ich bin auch gegen die zweite Röhre des Gleinalmtunnels. Nur damit die Leute von der Obersteiermark herunterfahren können und daß diese dort besser einkaufen können bei IKEA, dagegen habe ich etwas. Wir können uns den Plabutschunnel in zweifacher Ausfertigung auch ersparen.

Zur ennsnahen Trasse habe ich mich hier schon genug oft zu Wort gemeldet. Insgesamt möchte ich zur Obersteiermark folgendes sagen: Wir leben natürlich in dem schwer auflösbaren Konflikt, die Grenzen der Politik immer wieder täglich aufs neue zu erkennen und eine entsprechende Balance zwischen Wirtschaftskraft, zwischen Unternehmergeist und zwischen Förderung der öffentlichen Hand zu finden, wo immer das ist. Ich glaube, und deshalb hat mich am Anfang diese gegenseitige Schuldzuweisung nicht gefallen, entscheidend wird sein, daß die Politik die Ressourcen forciert, Hindernisse von vornherein nicht aufbaut und daß alle an einem Strang ziehen.

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste hat sich als Hauptrednerin ihrer Fraktion die Frau Abgeordnete Keshmiri zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (15.04 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Was wir heute hier geboten bekommen haben, ist ein Kampf um Regionen, und zwar ein Kampf um Regionen zwischen SPÖ und ÖVP. Es wird die Obersteiermark dargestellt, als sei alles eitle Wonne. Ich sage aber, daß dem nicht so ist. Es wird diese Resolution, die wir hier heute diskutieren, parteipolitisch mißbraucht. Das möchte ich ganz klar und in aller Deutlichkeit sagen. Grundsätzlich bekennen wir uns zu diesen Inhalten dieser Resolution, weil, wie auch meine Vorredner schon ausgeführt haben, wichtige Punkte enthalten sind, um der Entwicklung, so wie sie jetzt in der Obersteiermark stattfindet, entgegenwirken zu können. Allerdings bezweifle ich die Ernsthaftigkeit dieser Anträge, und zwar aus folgenden Gründen: Viele Punkte, die in dieser Resolution enthalten sind, haben wir schon seit ich hier in diesem Landtag bin zwei- oder dreimal als Anträge, als Beschlusanträge, vorgelegt bekommen, und es ist bis heute nichts passiert. Ich möchte ein paar Beispiele herausnehmen, Beispiel Flughafen Zeltweg: Die ÖVP hat einen Antrag gestellt, die Bundesregierung wird aufgefordert, den Flughafen Zeltweg zu öffnen. Offensichtlich nimmt Minister Fasslabend Ihre Anträge nicht genug ernst, weil bis heute ist keine Initiative

diesbezüglich gekommen. (Abg. Purr: „Sie können sich aber schon vorstellen, daß es gewisse Kriterien gibt!“)

Oder zum Beispiel, wo war die ÖVP, wo war Prof. Jeglitsch, Professor an der Montanuniversität in Leoben, wenn es um Betriebsansiedelungen geht, wenn es um Technologiezentren geht? Gerade die Leobener Montanuniversität an sich wäre prädestiniert dafür, so ein Zentrum zu werden. Betriebsansiedelungsprojekte sind da, aber bis heute ist nichts passiert, also wo war hier die ÖVP? Und wo war die SPÖ, als die verstaatlichte Industrie von 6000 Arbeitern auf 2000 reduzieren mußte? Damals wäre es Ihre Aufgabe gewesen, neue Projekte in die Wege zu leiten. Die Abwanderung in Leoben ist uns nicht neu, von 40.000 auf 28.000 hat sich die Bevölkerung reduziert. Wo war hier die SPÖ, das frage ich Sie. Deshalb zweifle ich an der Ernsthaftigkeit dieser Anträge. (Abg. Gennaro: „Da hat es Sie in der Steiermark noch nicht gegeben!“) Sonst wäre wahrscheinlich etwas weitergegangen, wenn wir hier etwas mitzureden gehabt hätten. Deswegen sage ich, daß die ÖVP und die SPÖ diese Anträge parteipolitisch mißbrauchen, und ich möchte hier ganz konkret auf die Parteienverhandlungen zu sprechen kommen. Zwei Stundenlang haben wir uns darüber unterhalten, wer den Vorsitz bei welcher Parteienverhandlung übernimmt: Obersteiermark-Resolution möchte die SPÖ haben, Weststeiermark-Resolution, Oststeiermark-Resolution möchte die ÖVP haben. Das waren zwei Stunden an Investition für eine Sache, die meiner Meinung nach überhaupt nicht notwendig gewesen wäre, wenn es Ihnen um die Sache gegangen wäre. (Abg. Grabner: „Sie waren ja nicht dabei!“) Oh doch, das war ich, Herr Kollege Grabner. Sie haben offensichtlich ein schlechtes Gedächtnis. Dann kommt noch dazu, daß ich bei dieser Parteienverhandlung, wo ich dabei war, denn es hat ja nur zwei gegeben, leider, den Eindruck hatte, daß die Landesregierung den Ball an die Bundesregierung zuschieben möchte, und sich dadurch leichter der Verantwortung entziehen kann. Das heißt, wenn es zu keiner Umsetzung kommt, dann sollte die Bundesregierung dafür verantwortlich sein. Trotzdem, trotz meiner Kritik, die ich jetzt hier angebracht habe, werden wir diese Anträge unterstützen, weil wir glauben, daß es zumindest ein Schritt in die richtige Richtung ist, und wir werden auch den Beschlußantrag der freiheitlichen Fraktion unterstützen, wo es darum geht, daß diese Initiativen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Ich möchte auch noch zwei Beschlußanträge einbringen, und zwar den ersten in bezug auf eine Erfolgskontrolle, und da werden wir sehr genau kontrollieren, der Abgeordneten Keshmiri, Brünner, Vollmann, Schrittwieser, Bacher, Jeglitsch und Zitz betreffend begleitende Erfolgskontrolle der Maßnahmen für die Obersteiermark.

Der Erfolg der parteiübergreifend erarbeiteten Maßnahmenpakete wird wesentlich von ihrer nachhaltigen Umsetzung abhängen. Zur Überprüfung der Umsetzung und einer etwaigen Spezifizierung beziehungsweise Änderung einzelner Forderungen ist eine begleitende Kontrolle und Evaluierung der Wirksamkeit der Maßnahmen erforderlich.

Es wird daher von den unterzeichneten Abgeordneten der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag halbjährlich, beginnend mit Juni 1999, über Fortschritt und Erfolg der auf Landesebene und Bundesebene gesetzten Maßnahmen für die Region Obersteiermark, zu berichten.

Der zweite Entschließungsantrag bezieht sich auf das Schulmodell Eisenerz. Sie wissen alle, daß es nicht gewährleistet ist, daß dieses Schulmodell, das unserer Meinung nach sehr sinnvoll ist, weitergeführt werden kann auf Grund finanzieller Mittel. Der Entschließungsantrag der Abgeordneten Keshmiri, Dr. Brünner und Dr. Jeglitsch betreffend finanzielle Absicherung des Schulmodells 2000 in Eisenerz.

Um eine Gleichwertigkeit beruflicher Bildung zu erzielen, muß die Durchlässigkeit des Bildungssystems verbessert werden. Eine sinnvolle Maßnahme dafür sehen wir unter anderem in der Förderung von Schulformen, die neben dem Lehrangebot der AHS- oder BHS-Oberstufe eine handwerkliche Ausbildung mit entsprechender Abschlußqualifikation vorsehen.

Mit dem Schulmodell Eisenerz wurde 1990 ein Angebot an Abgänger von Hauptschulen und AHS geschaffen, das die Möglichkeit eröffnet, die Matura und eine Lehrabschlußprüfung am BORG Eisenerz oder an der BHAS mit Aufbaulehrgang abzulegen. Neben diesen beiden Schulen wurde auch die Polytechnische Schule in dieses Berufsausbildungsangebot eingebunden. Finanziell wird dieses Modell vom Arbeitsmarktservice getragen.

Nachdem allerdings auch das AMS von massiven Einsparungen betroffen ist, ist die Unsicherheit bezüglich der Zukunft dieses Schulmodells, das sich in Eisenerz bisher sehr bewährt hat, groß.

Die Sicherung der Finanzierung soll in Kooperation mit AMS und Landesschulrat erfolgen, wobei der finanzielle Anteil des Landes daran zum Beispiel aus Mitteln, die dem Land Steiermark aus dem Verkauf von Anteilen an der Landes-Hypothekenbank zur Verfügung stehen, erfolgen kann.

Es wird daher der Antrag gestellt:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend in Kooperation mit AMS und Landesschulrat dafür Sorge zu tragen, daß das Schulmodell 2000 in Eisenerz langfristig finanziell abgesichert ist. Danke! (Beifall beim LIF. - 15.11 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Meine Damen und Herren! Ich möchte nunmehr kurz die Debatte unterbrechen und zum Tagesordnungspunkt 4 zurückkehren, wo wir die Wahl des Herrn Erwin Puschenjak als Stellvertreter und Ersatzmitglied des Bundesrates durchgeführt haben. Es war aber auf Grund der Abwesenheit des Herrn Puschenjak nicht möglich, seine Annahme verbal vorbringen zu können. Ich frage Sie nun, Herr Puschenjak, sind Sie bereit, die Ihnen per Wahl zugestandene Funktion als Ersatzmitglied im Bundesrat anzunehmen?

Erwin Puschenjak: Ich nehme die Wahl an! (Beifall bei der ÖVP.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Ich danke, meine Damen und Herren! Sie haben es gehört. Hiemit ist dieser Formalakt abgeschlossen.

Wir kehren nunmehr wieder zurück zum Tagesordnungspunkt Obersteiermark. Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Jeglitsch, dem ich das Wort erteile.

Abg. Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch (15.12 Uhr): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei den letzten Ausschusssitzungen ist im Zusammenhang mit der Obersteiermark das Wort „Krisenregion“ gefallen. Bei allen Problemen, die es gibt, die gar nicht zu verschweigen sind und denen man sich zu stellen hat, spreche ich mich ganz entschieden gegen den Begriff „Krisenregion“ für die Obersteiermark aus. Er ist falsch und kontraproduktiv. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte die betreffenden Personen vom letzten Dienstag einladen, hierzubleiben und sich auch die Begründungen anzuhören. Kontraproduktiv: Kaum eine Firma, kaum ein Gewerbetreibender geht in eine Krisenregion. Und auch der Jugend wird ein Bild signalisiert, das sie eher vertreibt als zum Bleiben auffordert. Falsch, weil die Faktenlage eine völlig andere ist.

Die Obersteiermark ist nach wie vor eine der stärksten Industrieregionen Österreichs, stärker im Bruttoproduktionswert der Industrie als einzelne Bundesländer wie etwa Kärnten, Vorarlberg, Tirol und Salzburg. Die Produkte aus der Obersteiermark waren Markennamen, Markenzeichen. Ich erinnere an den Böhler Stahl, an den stolzen Begriff der Böhlerianer, durchaus vergleichbar mit Krupp; für die Alpine ist ähnliches zu berichten. Wir haben alles zu tun, daß die Obersteiermark als Region wieder zu einem Markenzeichen wird und daß die Produkte zu Markenwaren werden, wenn sie es nicht schon sind.

Die Obersteiermark war eine Krisenregion, durchaus. Aber nicht einmal so sehr Ende der achtziger Jahre, wo dieser Begriff geprägt wurde, sondern zehn Jahre früher. Die Verluste in der verstaatlichten Industrie in Donawitz zwischen 1970 bis 1985 betragen 20 Milliarden Schilling, mehrere 100 Millionen Schilling pro Jahr. Und es ist festzustellen, daß die Umstrukturierung der verstaatlichten Industrie und auch in der Obersteiermark sich gegenüber den europäischen Konkurrenten durch die Politik stark verzögert hatte. Heute noch sieht man die Nachwirkungen, etwa aus einer Statistik des Vereines der Deutschen Eisenhüttenleute. Der Beschäftigungsrückgang betrug von 1989 bis 1996 in der Eisen- und Stahlindustrie aller 15 Ländern der EU 33 Prozent, in der österreichischen Stahlindustrie jedoch 44 Prozent. Damit sehen Sie, daß bis in die Mitte der neunziger Jahre der Zusammenbruch der verstaatlichten Industrie nachwirkt. Dementsprechend sind auch die Beschäftigtenzahlen bis 1994 in der Obersteiermark rückläufig, nicht, weil nicht neue Arbeitsplätze entstanden sind, sondern weil sie durch die noch immer erfolgenden Freisetzen überdeckt wurden.

Wenn ich zu Donawitz spreche, dann nehme ich für mich in Anspruch, daß ich mich immer bemüht habe, positiv und sachlich zu Donawitz zu sprechen. Trotz

der Verluste, die Donawitz in den siebziger Jahren eingefahren hat, ist festzustellen, daß Donawitz seit 1989 positiv bilanziert, daß die VOEST-Alpine Stahl, der Stahlkonzern der Langprodukte, bis zum Jahr 2000 etwa 3 Milliarden Schilling investieren wird; davon 1,8 Milliarden Schilling in ein Kompaktstahlwerk, das damit zum modernsten der Welt werden wird. Das Geschäftsjahr 1997/98 der Langproduktengruppe zeigt ein Umsatzplus von 7,2 auf 8,6 Milliarden Schilling, sie kauft in der Obersteiermark Produkte der heimischen Wirtschaft jährlich in einem Wert von 1,6 Milliarden Schilling.

Oder Böhler: Dort hat es länger gedauert. Und ich erinnere noch an das Jahr 1992, wo ich einige kritische Sätze dazusagen mußte. Aber seit 1994 hat Böhler den Wandel geschafft, und ich weiß nicht, wie vielen Anwesenden es bekannt ist, was Böhler Uddeholm heute darstellt. Böhler Uddeholm ist bei den Werkzeugstählen mit 28 Prozent Weltanteil der Weltmarktführer Nummer 2 der Welt auf dem Schnellstahlsektor, Nummer 1 der Welt bei Stählen für geschmiedete Turbinenschaufeln, Nummer 3 der Welt etwa bei rostfreien Schweißelektroden und die Nummer 1 der Welt bei Bimetallbändern. Böhler Uddeholm ist in der Zwischenzeit wirklich ein „Weltspieler“ im positiven Sinn des Wortes geworden. Das erste Halbjahr 1998, im Vergleich mit 1997, fällt noch besser aus, mit einem Umsatzplus von 10 Prozent, von 8,8 auf 9,7 Milliarden Schilling und einer Steigerung von 50 Prozent im Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit. Am 18. Juni dieses Jahres war der Spatenstich für eine Pulververdünnungsanlage mit einem Investitionswert weit über 200 Millionen Schilling, womit wieder neue, hochentwickelte Werkstoffe möglich werden, mit einem Eigenschaftsprofil, das es derzeit noch nicht gibt. Dazu kommen Investitionen von 150 Millionen Schilling für eine vakuuminduktionsmetallurgische Anlage, wo höchst-reine Stähle großtechnisch in Vakuum hergestellt werden können.

Nach diesen zwei Industriebeispielen zwei weitere aus dem universitären Bereich: Ich erwähne das Laserzentrum, dessen Erweiterungsbau mit 8 Millionen Schilling aus der steirischen Wirtschaftsförderung ermöglicht wurde; Eröffnung war am 8. September dieses Jahres. Es waren Abgeordnete dieses Hauses anwesend, haben sich die Erfolgsbilanz angehört, kommen dann in den Steiermärkischen Landtag und reden das Gegenteil! Das Laserzentrum ist eine einmalige Kombination, die es in Österreich kein zweites Mal gibt. Frau Keshmiri, ich würde bitten, bleiben Sie hier und hören Sie zu, ich spreche gerade Sie in diesem Punkt an. Herr Präsident, dürfte ich bitten, zu läuten, denn sie hört mich nicht. (Abg. Gennaro: „Ihr können Sie keinen Auftrag erteilen, wenn sie nicht zuhört, hört sie nicht zu!“) Es betrifft Sie und die Meinungsbilder, die Sie hier im Landtag verbreiten. Sie waren doch bei der Eröffnung des Laserzentrums in Leoben-Niklasdorf dabei, und ich weiß wirklich nicht, was Sie aufgenommen haben von dieser wirklich einmaligen Kombination aus Grundlagenforschung in einem Hochschulinstitut, Vorfeldforschung über ein CD-Laboratorium und der industriellen Seite und dem Angebot an die Industrie durch Joanneum Research.

Ich komme nun zum Werkstoffkompetenzzentrum, nur in wenigen Sätzen: Derzeit sind sechs Anträge gestellt worden, österreichweit. Der Leobener Antrag – es ist schon erwähnt worden – wurde mit Abstand als bester beurteilt. Es gibt übermorgen die Sitzung des Expertenteams, das den Minister beraten wird, welche Anträge am 28. September in einer Pressekonferenz positiv verabschiedet werden sollen. Ich möchte in diesem Zusammenhang allen zuständigen Stellen im Land, in der Landesregierung, den zuständigen Referenten für Wissenschaft und Wirtschaft sehr herzlich danken, daß sie dem Leobener Antrag positiv gegenüberstehen. Es gibt Vorverträge mit 18 Firmen, und zwar den größten Firmen des Landes, die sich beteiligen werden. Es ist die Chance, daß dieses Leobener Werkstoffkompetenzzentrum zum österreichischen Werkstoffkompetenzzentrum wird.

Wenn Sie, Frau Keshmiri, fragen, was tut Prof. Jeglitsch für die Obersteiermark. Sie waren selbst in einem Sekretariat an der Montanuniversität tätig gewesen, so daß ich eigentlich annehmen muß, daß Sie wissen, was die Aufgaben eines Institutes und einer Universität sind. (Beifall bei der ÖVP.) Sie müßten nur den Jahresbericht 1997 der Montanuniversität lesen, wo ausgewiesen wird, daß mein Institut mit der Industrie unterstützende Projekte im Umfang von 3 Millionen Schilling 1997 abgewickelt hat. Das, was ich versuche, ist, nicht zu jammern, nicht falsche Bilder zu vermitteln, sondern aktiv und in positiver Weise etwas zu tun. Zur Aufbesserung Ihres Kenntnisstandes überreiche ich Ihnen gerne den Antrag zum Werkstoffkompetenzzentrum. (Abg. Keshmiri: „Darf ich ihn behalten?“ – Beifall bei der ÖVP.) Sie dürfen ihn behalten und auch hineinschauen. Lassen Sie sich nicht abhalten, daß es 400 Seiten sind, und in Englisch. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Zur Strafe!“) Nicht zur Strafe. Jeder soll im positiven Sinn dort beitragen, wo er zuständig ist und was er kann. Ich tue es und versuche, mit diesem Kompetenzzentrum und der Unterstützung durch die zuständigen Referenten eine Initiative für die Obersteiermark zu setzen.

Ich möchte nicht aufführen, was alles in der Vergangenheit für die Obersteiermark getan wurde, Herr Landesrat Paierl hat es zum Teil erwähnt. Es wurde viel getan, es ist sicherlich noch viel zu tun. Ich habe aber wenig Verständnis für das Krankjammern. Polemik ist mir auch wenig, und wir werden die Probleme der Obersteiermark nur dann bewältigen, wenn wir nicht nur über sie reden, mit dem Finger auf andere zeigen, Schuldzuweisungen vornehmen, sondern wenn wir uns gemeinsam anstrengen. Das ist mein Anliegen an alle hier im Landtag. Die Krise der Obersteiermark ist längst abgezogen. Meine Bitte ist, daß sie auch aus den Köpfen jener abzieht, die mit unzureichendem Wissen dieses Märchen noch immer verbreiten.

Ich möchte in diesem Zusammenhang einen Entschließungsantrag verlesen. Entschließungsantrag der Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Jeglitsch, Straßberger, Ussar, Gennaro, Dipl.-Ing. Vesko, Keshmiri und Dr. Wabl, betreffend den Energiepark Obersteiermark.

Die VOEST-Alpine-Stahl Donawitz GesmbH. plant, den Energiebereich mit Kraftwerk, Gasturbine und Stromversorgung – Projekt Energiepark Obersteier-

mark – auszulagern, und ist dabei auf Partnersuche. Ein Angebot von der STEWEAG war bereits im Sommer dieses Jahres unterschriftsreif. Es kam aber seitens der Firma nicht zur Unterfertigung, sondern weitere Interessenten, so der Verbund und auch ausländische Firmen, wurden zur Anbotslegung eingeladen. Derzeit liegt vom Verbund ein noch nicht vollständiges Angebot vor. Beim Energiepark Obersteiermark stehen rund 80 bis 90 Arbeitsplätze zur Diskussion.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird in Wahrung der Interessen des Landes und unter Respektierung der autonomen Entscheidung der VOEST-Alpine-Stahl Donawitz GesmbH. aufgefordert, an diese mit dem Ersuchen heranzutreten, das Projekt Energiepark Obersteiermark zügig zum Abschluß zu führen und bei finanziell und technisch gleichwertigen Angeboten jenem den Zuschlag zu geben, das den Landesinteressen auf dem Energiesektor und bei der Bewältigung der obersteirischen Arbeitsmarktprobleme besser entspricht. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. – 15.26 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (15.26 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Es ist sehr bedauerlich, daß bei so einer wichtigen Diskussion in Fragen der Wirtschaft die Frau Landeshauptmann nicht anwesend ist. Wir werden aber erleben, daß sie wieder da ist, wenn das Fernsehen wieder eingeschaltet wird. Ich glaube, lieber Freund, daß zusätzlich zum Wirtschaftslandesrat Paierl sehr wohl auch Interesse da sein müßte, von der Ersten im Land zu wissen, wie es um die wirtschaftliche Situation bestellt ist. Herr Landesrat Paierl: Es hat nichts damit zu tun, daß wir hier Unheil verkünden wollen, sondern wir sollten eines gemeinsam machen, und ich stehe zu dem, was ich sage, wir sollten nicht die Augen verschließen gegenüber den Dingen in der Realität, sondern wir sollten die Wahrheit sagen, sollten das verbessern, was zu verbessern ist. Wir lassen uns daher als Sozialdemokraten von Ihnen, und dabei werde ich sehr emotionell, nicht unterstellen, daß wir primitive Wortmeldungen abgeben, wenn jemand aus der Sorge der Regionen und mit inneren Emotionen für die Leute eintritt und ihnen das sagt, was Sie nicht hören wollen. Das ist eine grobe Geschichte. Sie verschließen die Augen vor den Statistiken – wir wissen aber, was wir von Statistiken halten. Herr Landesrat, Sie haben heute schon dreimal geredet. Sie können sich dann noch einmal zu Wort melden. Die Fakten und Zahlen sprechen für sich. Die Steiermark hat permanent in allen obersteirischen Regionen einen Zuwachs an Arbeitslosigkeit. Sie kennen die Statistik auch, wollen sie aber nicht wahrhaben. Wir haben in der Lehrlingsfrage die schlechteste Ausgangsposition trotz Aktionen, wo man hinterfragen muß, greifen sie oder greifen sie nicht. Wir haben bei den Langzeitarbeitslosen in den letzten Jahren eine Steigerung von 250 Prozent in der Steiermark, und in den letzten Monaten sind die Arbeitslosenraten in der Form in der

Obersteiermark um 13 Prozent gestiegen. Das heißt, weil die Frau Keshmiri da so locker gesagt hat, wo waren die alle in der Obersteiermark. Die Menschen haben große Opfer bringen müssen. Und Gott sei Dank sind heute die sogenannten ehemaligen vollverstaatlichten Betriebe so weit, daß sie Gewinne abwerfen, daß gut produziert wird, daß ein gutes Management dahintersteckt.

Und, Herr Landesrat Paierl, ich muß mich tummeln, weil die Zeit zu kurz ist, wenn Sie die Zeitung vom 15., 18. Jänner 1998 gelesen hätten, wo festgestellt wird in der Obersteiermark, jedem Politiker muß diese Studie vom Sessel reißen, was in der Obersteiermark ausschlaggebend war, auch für ÖVP-Bürgermeister. Wie erklären Sie sich das sonst, daß bei einer gemeinsamen Pressekonferenz ÖVP- und SPÖ-Bürgermeister vom 8. September 1998, die – bitte – 400.000 Einwohner vertreten, es zu dieser gemeinsamen Obersteiermarkresolution gekommen ist. Ja nicht aus Jux und Tollerei, daß sie Ihnen eine auswaschen können, sondern weil Sie sie nicht überzeugen haben können von Ihrer Schönwetterpolitik, die Sie jeden Tag verkünden, was letztendlich nicht da ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Wir haben schon eine Reihe Probleme, ich bin ein Grazer, und ich bin sehr vorsichtig, was ich sage, aber wir müssen überlegen, wenn Sie, Herr Landesrat, immer nur taktieren und Sie werfen anderen vor, wir sind die Taktierer. Sie sind ein richtiger Politshowmensch in der Frage, wenn es um das Ankündigen geht. Weil Sie gehen in die Öffentlichkeit und sagen, in Graz wird das Opelwerk gebaut, dicke Lettern in der Zeitung, kein Mensch hat noch bisher irgendwas beschlossen, gewußt, aber Sie sind schon draußen mit einem Bild. Ja, weil Sie wahrscheinlich präsent werden wollen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Ich habe es dementiert!“)

Zweiter Punkt: Sie regen sich auf wegen den Förderungen. Wir stehen schon dazu, aber wenn jetzt wieder in der Situation Autocluster, den Sie jeden Tag predigen, ich sage das als Grazer, wissen Sie, was wir für Sorgen haben? (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sind Sie dagegen?“) Ich bin nicht dagegen, im Gegenteil. Ich freue mich über jeden Arbeitsplatz. Ich bin ein Grazer, aber ich bin ein Steirer. Und ich tue mir schon schwer, wenn wir in Graz einfach Probleme haben, weil wir die Leute gar nicht mehr bekommen, die dort arbeiten könnten und in der Obersteiermark sollen wir zuschauen, wie die Arbeitslosigkeit immerfort steigt. Da müssen wir halt etwas tun und raufgehen und sagen, da müssen ein paar Betriebe auch in der Obersteiermark angesiedelt werden, wenn Sie schon diesen Autocluster und die Steiermarkkarte präsentieren. (Beifall bei der SPÖ.) Lannach, hier gibt es bereits einen Regierungsbeschluß, aber mir ist bekannt von den kompetenten Leuten im Puchwerk, daß bitte noch kein gültiger Beschluß für dieses Werk da ist. Aber wir wissen schon, was wir zahlen. Und wenn wir dort Hunderte Millionen hineinhausen, dann ist das, was der Landeshauptmannstellvertreter heute gesagt hat. Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren, wir müssen hinterfragen, ob wir bei der Wirtschaftsförderung immerfort auch nur die Projekte oder Maschinen und so weiter fördern, ob wir nicht einmal umdenken müssen auf Grund der Arbeitslosenzahlen,

daß man auch die Beschäftigung in Vorrang stellt und dort mehr fördert, wo Leute Beschäftigung finden, die Steuer zahlen, Sozialversicherung zahlen. Nicht Leute, die sich einfach Maschinen hineinstellen und keine Beschäftigung haben in dem Land. (Beifall bei der SPÖ.)

Maschinen zahlen keine Steuern, Herr Landesrat. Und wir werden darauf hinkommen müssen, daß wir auch diejenigen Betriebe zur Kasse bitte, die nur abräumen. (Abg. Purr: „Warum ist das dann so, lieber Gennaro? Denk doch mal nach!“) Lieber Purr, reg dich nicht auf!

Und jetzt, Herr Landesrat, ich habe nur mehr vier Minuten Zeit, die werde ich sicherlich nützen. Wenn Sie, um Ihre Glaubwürdigkeit zu unterstreichen, jetzt hole ich mich wieder runter von meinen Emotionen, weil ich finde es einfach so pietätlos und eine Frechheit, ich sage das wortwörtlich Frechheit, daß Sie anderen unterstellen die Parteitaktiker und die Schauspieler. Jetzt frage ich Sie, was sind denn Sie? Das Reinhardt-Seminar ist ein Dreck dagegen!

Gestern, in der Regierungssitzung, wurde beschlossen die Förderung für AT&S Hinterberg, für die Hightech-Schmiede, gestern hat der Landesrat Ressel zugestimmt. Sie gehen heute hinaus in einer Presseausendung und sagen, der Gennaro sagt ja, aber der Ressel sagt nein. Das ist eine Frechheit. Ich habe mich erkundigt. Ressel hat zugestimmt, gestern schon, das wissen Sie, und heute gehen Sie an die Öffentlichkeit. Wer ist da ein Taktiker, und wer ist da ein Schaumschläger? – erster Punkt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Nein, wo ist er?“)

Zweiter Punkt: Sie behaupten, die SPÖ und so weiter. Stille bei der RIP-Förderung. Es dürfte Ihrer geschätzten Aufmerksamkeit entgangen sein, daß auch nur ein kleiner Abgeordneter so wie der Gennaro im Jänner bereits, und das habe ich Ihnen im Wirtschaftsförderungsbeirat ein paarmal gesagt, offiziell aufgestiegen ist und gesagt hat, jawohl, wir müssen den Landesrat Paierl dabei unterstützen, weil

a) der Bund die Töpfe für die RIP-Förderung nicht füllt,

b) weil der Bund eine Änderung des Schlüssels haben wollte.

Am 28. Jänner habe ich in einer Presseausendung erklärt, Gennaro pocht auf die Einlösung der Zusagen aus Wien im vereinbarten Schlüssel eins zu eins und sagt Landesrat Paierl seine volle Unterstützung in dieser Richtung zu. Änderungen dieses Verteilungsschlüssels bedeuten eine inakzeptable Belastung, und die erfreuliche steirische Budgetentwicklung, die positive Aufbruchsstimmung der steirischen Wirtschaft, die auch sicherlich teilweise gegeben ist, darf durch Irritationen und Mißverständnisse zwischen Graz und Wien nicht gestört werden. Und Sie behaupten heute in der Früh, die SPÖ sagt da nichts dazu. Im Gegenteil, wir erheben auch in Wien unsere Stimme, wenn sie sie nicht immer hören, weil wir sagen das auch, und wir haben da kein Problem in unserer politischen Richtung, auch Kritik gegenüber unserer Bundespartei in Wien zu üben, was bei euch immer eine Gefahr ist, weil da werden immer gleich ein paar abserviert. Ich möchte das nur deswegen sagen, weil es eine Frechheit und Unterstellung ist, daß man hier behauptet und

sagt, die SPÖ habe nichts getan. Ich verlange von Ihnen sogar, daß Sie das klarstellen oder zurücknehmen, weil Sie können sich das nicht so einfach machen. Im Wirtschaftsbeirat – und dazu bekenne ich mich – haben wir uns auch, protokollarisch nachzulesen, ein paarmal offiziell darüber ausgesprochen und informiert, daß wir Sie unterstützen. Daher finde ich es als eine Frechheit und nicht dienlich für eine gute Zusammenarbeit, daß Sie diese Vorgangsweise wählen.

Und zum Schluß kommend nur einen Satz, Herr Landesrat Paieryl, weil es gerade reinpaßt, beim Tagesordnungspunkt 39 wird keiner mehr da sein. Da werden wir schon alle müde sein. Ich fordere Sie wirklich auf, auch namens unserer Fraktion, hören Sie auf mit dieser Gießkannenpolitik in der Förderungspolitik der Lehrlinge, weil wir bitte nachweisen können, daß wir Projekte brauchen. Wir haben jetzt den Jugend-NAP, aber hören wir auf, mit der Gießkanne 4,9 Millionen Schilling darüberzustreuen. Ich kann Ihnen die Zahlen sagen, da werden Betriebe mit 6000, 3000 Schilling gefördert, da habe ich mir gedacht, warum nicht mit 12, ja weil man draufkommt, daß er den Lehrling nur zwei oder sechs Monate behalten hat. Und für diese zwei Monate hat er auch noch 2000 Schilling kassiert. Geben Sie das Geld in Projekte, daß wir gezielt Lehrwerkstätten, Personal – was vorhanden ist – fördern können, Ausbildungseinrichtungen, nicht Berufe, das Geld hineinstecken, wo wir wissen, wenn die fertig gelernt hat, wenn überhaupt, bekommt sie nie mehr wo einen Job. Wir müssen auch dementsprechend – Sie sind Wirtschaftslandesrat – auch uns an die Kompetenz der Wirtschaft richten, und da sollen wir vorgehen und nicht mit der Gießkanne darüberstreuen. (Beifall bei der SPÖ. – 15.35 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Herr Landesrat Paieryl hat sich gemeldet.

Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl (15.36 Uhr): Herr Abgeordneter Gennaro!

Wenn Sie eine Information haben, daß der Kollege Ressel dieses Ferialstück aus dem Sommer hinsichtlich der AT&S Förderung Leoben-Hinterberg, Fohnsdorf, gestern unterschrieben hat, dann bin ich sehr glücklich. Wenn ich die Information gehabt hätte, hätte ich heute mich dazu nicht geäußert in der Form. Ich habe sie nicht, bis dato nicht. Sie behaupten, in der gestrigen Regierungssitzung sei etwas gewesen. (Abg. Gennaro: „Gestern ist es zugestimmt worden!“) Das ist es nicht! Es ist ein Ferialstück, bei dem ich seit geraumer Zeit mit dem Kollegen Ressel verhandle und er mir zum Schluß gesagt hat, nein, dagegen ist er, das wird er nicht fördern. Und ich gesagt habe, ich werde auf den 1. Oktober, wo wir gemeinsam eine Beiratssitzung haben, warten müssen und dann noch einmal in die Regierung gehen. Wenn er dem zuvorkommt, dann bin ich sehr glücklich und wir können diese Sache im Beirat schon mit der positiven Beschlußfassung der Landesregierung behandeln. Alles andere, was Sie gesagt haben, etwa zum Schluß zur Lehrlingsförderung, da decken wir uns. Sie werden bemerkt haben, wir haben die Feuerwehractionen von 1996 und 1997 heuer nicht mehr, hier warten wir auf

den NAP. Wir haben gestern bei der Frau Landeshauptmann vereinbart, auch mit dem Leiter des AMS, daß wir hier dann im Jänner eine spezielle Förderung beziehungsweise ein Beschäftigungsprogramm auch noch für jene, die nach dem NAP übriggeblieben sind, mit einem steirischen Aktionsprogramm, das wir gemeinsam erarbeiten, auch unter Miteinbeziehung der Gewerkschaft und der Arbeiterkammer machen werden. Danke! (Abg. Gennaro: „Und vom Bund habt ihr nicht mehr bekommen als die 18 Prozent. Das war schon schwach!“ – 15.38 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Ich erteile es ihr.

Abg. Dietrich (15.38 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Meine Damen und Herren!

Die ÖROK-Studie macht sehr wohl Betroffenheit in unserer Region. Und jeder, der einmal bei einer Diskussion dabei war, der spürt die Ängste der Bevölkerung. Und ich möchte nicht schwarz malen, aber trotzdem darauf hinweisen, daß sich die Obersteiermark sehr wohl in einer schwierigen Situation befindet. Schauen wir uns einmal den Raum Aichfeld-Murboden an. Wie schaut es dort mit der Bevölkerungsentwicklung aus. 1991 waren noch 79.638 Menschen gemeldet. Die Prognose für 2011 schaut so aus, daß voraussichtlich nur mehr 69.000 Menschen in diesem Lebensraum leben werden. Wir haben eine starke Abwanderungstendenz so nach dem Motto „wer flüchtet, der kann“, und übrigbleiben die älteren Menschen, die nicht mehr so mobil sind, nicht mehr in der Lage sind, sich einen neuen Arbeitsplatz außerhalb dieser Region zu suchen. Es kommt zwangsläufig zu einer starken Überalterung. Auf das alles haben sie in ihrer Resolution unter dem Hinweis auf die ÖROK-Studie sehr wohl Bedacht genommen. Typisch für den Raum Knittelfeld ist es, entgegen der übrigen Steiermark, daß hier die Beschäftigten im Alter zwischen 15 und 60 Jahren sehr unterrepräsentiert sind. Einige Daten zur Region Aichfeld-Murboden: Allein bei den Beschäftigten in Industrie und Gewerbe haben wir im Zeitraum von 1981 bis 1991 einen Schwund von mehr als 16 Prozent hinnehmen müssen. Etwas später, im Vergleichszeitraum 1985 bis 1995, waren es schon mehr als 20 Prozent minus. Auch externe Konzernentscheidungen, wie man sie immer wieder hört, bei ATB, Siemens, Austria Email, tragen nicht gerade zu einer Beruhigung der Bevölkerung bei. Ich glaube, es sind viele verängstigt, machen sich Sorgen über die Zukunft, gerade dieser Großbetriebe in unserer Region. Ein weiteres Problem bei uns ist, daß wir fast bei allen Großfirmen die Struktur der verlängerten Werkbänke haben, das heißt, der Kopf ist ausgelagert und die Arbeiter sind in unserer Region. Dadurch geht uns ein Mittelstand, was das Einkommen betrifft, ab, denn dieser Mittelstand würde wiederum überschüssiges Geld haben, das er in die Gastronomie trägt, Freizeitangebote nützt und vieles andere mehr, was unsere Region beleben könnte. Ein Vergleich der Steuerkraft zeigt, daß wir 9 Prozent unter dem Steiermarkschnitt liegen. Bei der Arbeitslosigkeit zeichnet uns das Faktum aus, daß wir viele Langzeitarbeitslose haben und die Arbeitslosigkeit nicht nur saisonal

ist, wir haben auch eine hohe Dauerarbeitslosenquote. Auch in der Landwirtschaft haben wir im Vergleichszeitraum zwischen 1980 und 1990 ein Viertel der Beschäftigten abgegeben. Die Internationalisierung bis hin zur Osterweiterung bringt für jeden Landwirt natürlich zusätzliche Probleme. Wo sind eigentlich die Gründe für diese Entwicklung in der Obersteiermark? Ich glaube, daß einerseits der Strukturwandel in der Verstaatlichten mit der Grund war, daß Rohstoffproduktion, Rohstoffindustrie in unserem hoch entwickelten Land wenig Zukunft hat, daß man es aber auch verabsäumt hat, rechtzeitig Maßnahmen zu setzen. Was wir brauchen, sind Rahmenbedingungen, daß die Wirtschaft existieren kann. Wir brauchen eine vernünftige Fiskalpolitik, wir brauchen bei den Lohnnebenkosten ein Überdenken der ganzen Situation, und wir müssen wieder wettbewerbsfähiger werden. Es gibt Länder, die es geschafft haben, Vergleichsbeispiel Holland. Dort ist es gelungen, in den letzten Jahren 1,4 Millionen neue Arbeitsplätze zu schaffen. Warum gehen bei uns gewisse Sachen nicht? Was wir ebenfalls speziell für unsere Region brauchen, das ist eine wirtschaftsbezogene Infrastruktur. Was sich da in den letzten Jahrzehnten abgespielt hat, möchte ich als Schande bezeichnen. Nehmen wir den Punkt „die Forderung der Öffnung des Flughafens“. Ich bin seit 17 Jahren in der Obersteiermark wohnhaft. Im ersten Jahr habe ich schon gehört, daß der Flughafen geöffnet wird. 17 Jahre lang haben die unterschiedlichsten Parteien gefordert, daß am Flughafen Zeltweg zivile Flugzeuge landen können, dieser Flughafen für den Zivilverkehr genutzt werden kann. Was ist jetzt? Nach 17 Jahren stehen wir wieder hier, so wie damals, und es hat sich noch immer nichts bewegt. Als unlängst Bundesrat Weilharter Herrn Minister Fasslabend in Wien befragte, warum denn nicht schon endlich dieser Flughafen geöffnet wird, hat Herr Minister zu ihm gesagt, sinngemäß, ich wußte gar nicht, daß der Wunsch nach der Öffnung des Flughafens besteht. Oft kommt es mir wirklich vor, als würden wirklich die Interessen am Semmering scheitern. Vielleicht hilft uns der Semmeringtunnel, sollte er einmal vorhanden sein, daß auch die Interessen unserer Region auch einmal bis nach Wien vordringen können. (Beifall bei der FPÖ.) Oder Ausbau der S 36. Na ja, jetzt geht es so zitterweise, aber befriedigend kann diese Situation noch lange nicht sein. Ausbau der Schiene. Wir reden alle von der Hochleistungsbahn Koralm. In Klagenfurt gibt es bereits ein Büro für diese Hochleistungsbahn. Uns in der Obersteiermark muß es aber bewußt sein, daß, wenn der Hauptverkehr unten an uns vorbeizieht, wir mehr oder weniger am Abstellgleis sind. Wenn nicht parallel dazu Maßnahmen ergriffen werden, also eine Hochleistungsbahn in Richtung Graz oder sonstige infrastrukturelle Maßnahmen, so wird es unser Abstellgleis bleiben. Ich unterstütze viele Punkte, die in dieser SPÖ-Resolution enthalten sind, denn ich glaube, es werden durchaus sinnvolle Dinge eingefordert. Meine Frage ist, wer hat Sie, geschätzte Kollegen in der SPÖ, eigentlich daran gehindert, einen Großteil dieser Maßnahmen nicht schon lange durchzusetzen? Seit zirka drei Jahrzehnten ist die SPÖ in der Bundesregierung vertreten, hat wesentliche Minister, ist an Entscheidungen in diesem Land in vorderster Reihe. Jetzt kommt von unten her wieder die Forderung, das müssen wir noch machen. Ich persönlich habe den

Eindruck, daß die eigenen Versäumnisse eingefordert werden und daß die Bevölkerung mißbraucht wird, mißbraucht, indem man ihr wieder vorgaukelt, wir tun alles für euch, wir machen alles für euch. Aber de facto wurde von Ihren Leuten an den maßgeblichen Stellen nichts getan. (Beifall bei der FPÖ. – 15.46 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet hat sich Herr Landesrat Ing. Ressel.

Landesrat Ing. Ressel (15.46 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Nachdem in der heutigen Debatte auch die Frage der Wirtschaftsförderung und die Frage der Teilnahme an dieser Wirtschaftsförderung durch das Finanzressort behandelt wird, darf ich mir gestatten, einige kurze Ausführungen zu diesem Thema zu sagen. Als wir nach der Landtagswahl im Jahr 1995 unsere eigentliche Tätigkeit im Jahr 1996 aufgenommen haben, sind wir eigentlich übereingekommen, so viel als möglich Maßnahmen zu setzen, um den Wirtschaftsstandort Steiermark zu stärken. Das war eine Zielsetzung, die von allen im Landtag vertretenen Parteien anerkannt und proklamiert wurde. Der Weg dorthin ist eindeutig beschrieben worden, und zwar war es die Absicht, über Strukturverbesserungen, über Technologieförderungen, über die Förderung von Forschung und Entwicklung einen qualitativen Schub zu erreichen, der über eine qualitative Standortverbesserung letzten Endes zu einer quantitativen Zunahme der Beschäftigung in der Steiermark führen sollte. Dieses Projekt ist, soweit es im Bereich der Wirtschaftsförderung zu erledigen ist, auch so vom Kollegen Paierl vertreten worden. Was sich allerdings bei Durchsicht der Entscheidungen der letzten Zeit abzeichnet, ist hier eine andere Vorgangsweise. Man könnte sagen, umgekehrt zum Neuen Testament, ist nicht aus dem Saulus ein Paulus geworden, sondern, Herr Kollege Paierl, umgekehrt, aus dem Paulus ein Saulus. Denn wie stellt sich die Situation dar? Im Werk Albersdorf haben wir als Land das Investitionsvorhaben mit 100 Millionen gefördert. Für Magna Steyr in Lannach gibt es eine Verwendungszusage in der Größenordnung von 400 Millionen. Für den Elektrolux-Verdichter eine Verwendungszusage von 87,5 Millionen, für AMS, Unterpremstätten, eine Verwendungszusage von 120 Millionen, für Siemens, Deutschlandsberg, eine Verwendungszusage von 103,5 Millionen und für die AT&S eine Verwendungszusage in der Größenordnung von 72,3 Millionen. Nun, diese Ziffern alleine sagen eigentlich noch nicht viel aus. Die Problematik, die ich in letzter Zeit mit dem Kollegen Paierl einige Male diskutiert habe, liegt aber darin, daß auf der einen Seite wir uns bekannt haben, eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft einzurichten mit dem Ziel, die Wirtschaftsförderung von der Politik wegzubringen und sie objektiven Kriterien zu unterziehen, um so die Gewißheit zu haben, daß nicht über politische und andere Interventionen Subventionen getätigt werden, die für die Erreichung des gemeinsam formulierten Zieles nicht nötig sind. Und was jetzt auffällt ist, daß die Förderfälle in der Wirtschaftsförderungsgesellschaft behandelt werden, dort eine Förderungssumme als Vorschlag kommt und bei den dann

einsetzenden Interventionen, die ja legitim sind, sage ich jetzt einmal dazu, es zu einer wundersamen Vermehrung der Förderbeiträge kommt. Wenn man das Beispiel, weil es heute hier zitiert wurde, der AT&S nimmt, so war der Vorschlag, der mir auf den Tisch gekommen ist beziehungsweise von meinen Mitarbeitern an mich herangetragen wurde, eine Förderung des Volumens bei der AT&S mit einem Betrag in der Größenordnung von rund 23 Millionen. Auf Grund der Interventionen hat es dann dort weitere Besprechungen gegeben, und jetzt ist in dem an und für sich sozusagen mir immer wieder behaupteten unbeeinflussten Teil es zu einer Erhöhung dieser 23 Millionen auf 72,3 Millionen gekommen. Und da habe ich mir erlaubt, nachdem das nicht die einzige Vorgangsweise war, darauf hinzuweisen, daß es meines Erachtens zu einer Ressortbefreiung auch dazugehört, dem Druck von außen, der ja allenthalben auf uns ausgeübt wird, zu widerstehen. Meine Problematik war, daß die zuvor gemachten Bemerkungen über Albersdorf und Lannach aber an und für sich schon in die gleiche Richtung gehen. Also auf der einen Seite eine sehr objektive, wie ich glaube, auch im Sinne unserer Zielsetzung getätigte Handlungsweise der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die vom Investitionsvolumen insgesamt ausgeht und dann auf das förderbare Investitionsvolumen abzielt und dieses förderbare Investitionsvolumen als Grundlage der Förderung nimmt. Und dann die Frage der Intervention, und auf einmal sind das große Summen. Im Fall Lannach, meine sehr geehrten Damen und Herren, sagt man mir, daß beispielsweise beim Bund nicht einmal noch ein Antrag des Unternehmens vorliegt, wird mir gegenüber behauptet, daß es noch keinen Aufsichtsratsbeschluß des Unternehmens gibt. Aber ich habe auf Drängen des Wirtschaftsförderungsressorts und seines Repräsentanten dieser Verwendungszusage zugestimmt, sage aber dazu mit der Bemerkung, daß ich ein Abgehen von der seinerzeitigen Zielsetzung, verbunden mit einer qualitativen Förderung im Wirtschaftsbereich, zukünftig stärkere Bedeutung zuwenden werde.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer schwer, wenn man die eigene Arbeit, nämlich die Arbeit der Regierung, nicht nur loben kann, aber wir sind verpflichtet, sie auch zu relativieren, und wir müssen doch heute auch feststellen, daß wir als Steiermark im vergangenen Jahr auf einem anderen Gebiet, nämlich auf dem Gebiet der Lehrlingsförderung, gemeinsam außerordentliche Anstrengungen unternommen haben, über die Fragwürdigkeit der angesetzten Diskussionen auch damals diskutiert haben. Die Lösung dieser Frage, wenn sie in die Zukunft gerichtet ist, bleibt offen. Aber rückblickend muß man sagen, daß die über 100 Millionen, die wir hier zusätzlich aufgewendet haben im Lehrstellenbereich, nicht den Erfolg gebracht haben, weil man einfach jetzt die Möglichkeit hat, den Mitteleinsatz und das Ergebnis derartiger Aktionen mit anderen Bundesländern zu vergleichen. Was ich damit sagen will, ist, daß die gute Absicht alleine noch kein Garant dafür ist, daß sich das Ziel erreichen läßt und daß wir auf Grund dessen, was wir heute wissen punkto Lehrplatzförderung, dringend abraten müssen, eine derartige Gießkannenpolitik fortzusetzen und daß ich nur davor warnen kann, die hier begonnene Politik der Wirtschaftsförderung fortzusetzen.

Denn lassen Sie mich abschließend noch eines bemerken: Daß wir heute, meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete, Autozulieferproduktion haben, verdanken wir keinem Autocluster, den ich für wesentlich erachte, weil jedes Netzwerk vernünftig ist, so es positiv eingerichtet ist, sondern das verdanken wir einzig und allein der Tatsache, daß gescheite Leute, Manager zu einem bestimmten Zeitpunkt begonnen haben, Komponenten zu fertigen und damit in die internationale Spitze gekommen sind, beispielsweise im Bereich der Getriebe, beispielsweise im Bereich der Vierradantriebe sowie beispielsweise auch List im Bereich der Motoren. Sie wissen das genauso wie ich. Dies waren die Kristallisationspunkte, daß sich das andere herum, die Arbeitsplätze mit weniger Produktivität, die Arbeitsplätze mit geringerer Wertschöpfung und die Arbeitsplätze für schlechter ausgebildete Arbeitnehmer entwickeln konnten. Das begrüße ich sehr. Aber ich warne davor, wenn wir nicht dazu übergehen, unsere Wirtschaftsförderung in Zukunft auf der einen Seite mit Arbeitsplatzgarantien und zum anderen – was mindestens ebenso wichtig ist – mit einer Auflage hinsichtlich Forschung und Entwicklung, Technologieentwicklungen zu verknüpfen, dann werden uns in wenigen Jahren genau diese Kristallisationspunkte fehlen, und wir werden dann vor der Gefahr stehen, daß beim Konjunktur einbruch, der sich ja in erster Linie und vor allem sofort auf die Autoindustrie überschlägt, dann mit Rationalisierungen und Stilllegungen größten Ausmaßes in diesen Bereichen zu tun haben, weil wir unter Umständen, wenn wir diese, unsere Förderungspolitik nicht ändern, dann diese technischen hochstehenden Produkte als Kristallisationspunkte für die zukünftige Entwicklung in der Autoindustrie nicht mehr haben. In diesem Sinne darf ich nur an Sie appellieren, gemeinsam zu versuchen, die Wirtschaftsförderung wieder mit ihren qualitativen Aspekten zu versehen. (15.58 Uhr.)

Präsident: Danke sehr! Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zur Dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten an Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizsek, betreffend Entsorgung für Graz im Rahmen des „steirischen herbstes“. Ich erteile der Frau Abgeordneten Mag. Bleckmann das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage.

Abg. Mag. Bleckmann (15.58 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

„Wenn ich mir Theater anschau, dann ist Theater in meinen Augen etwas, was mich nicht interessiert. Ich bin dann nicht mehr daran interessiert. Ich finde das als tote Hose. Da gibt es einmal einen schönen Abend, mal einen schlechten Abend. Ich mag überhaupt nicht, was im Theater verzapft wird. Es hat so blödsinnige Ausmaße angenommen und daß da auch noch Leute dafür bezahlt werden, das ist mir ein absolutes Rätsel. Da kriegt jemand 50.000 Mark, damit er eine Inszenierung macht, und davon macht er auch noch fünf Stücke im Jahr und hat dann 250.000 Mark. Dann gucken halt nachher vielleicht 500 oder 5000 zu. Das ist ein Rumgewichse auf irgendeinem Text,

und irgendwelche Subtexte werden dann noch reingefügt. Das interessiert mich nicht." Zitat Herr Schlingensief. Das ist das, was Herr Schlingensief als Künstler von Theater versteht – das sind nicht meine Worte. Was glauben Sie, versteht Herr Schlingensief unter Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen? Das versteht Herr Schlingensief unter Politik. Mit seiner Partei, der „Chance 2000“, verteilt er Wahlplakate: „Aufruf zu Straftaten, denn du weißt schon, wie das geht.“ (Abg. Gennaro: „Kannst du es mir näher herbringen, ich kann es nicht lesen!“) Kannst du es nicht lesen? Ich habe es vorgelesen. „Aufruf zu Straftaten, denn du weißt schon, wie das geht.“ Das ist die Art von Politik, die sich Herr Schlingensief vorstellt. Genauso gibt es Wahlplakate „Tötet Helmut Kohl“. Das ist das, was der Herr Künstler Schlingensief, der Politikünstler, unter Politik und Theater versteht. Jetzt will er Graz die Kriegserklärung aussprechen. Damit provoziert er und macht Graz lächerlich. Sie, wenn Sie das zulassen, geben dem Wahlkämpfer bei der Bundestagswahl auch noch die Bühne und den Schauplatz, sich hier zu produzieren, sich hier zu profilieren und damit Graz lächerlich zu machen, und das auch noch mit Steuergeldern. Damit Sie aber wissen, was passieren wird, sehr genau weiß man es ja noch nicht, am 5. Oktober sollen die Sandler Spiele in Graz beginnen. Der Wettbewerb wird für alle Grazer, die sich in der Innenstadt aufhalten, sichtbar sein. Man könnte es mit den Gladiatorenspielen vergleichen, die schon einmal stattgefunden haben. Für alle sichtbar, werden dann die Sandler, die sich in Graz präsentieren dürfen, bei Spielen, wo dann der Sandlerkönig auch noch 70.000 Schilling dafür erhalten soll, daß er den Wettbewerb gewonnen hat. Das wird dann auch noch groß als der größte Sandlerwettbewerb Europas bezeichnet und gefeiert. Wir glauben, daß diese Sandler Spiele ein riesen Imageschaden für Graz sein wird, denn Sie alle haben ja auch probiert, Graz im Jahre 2003 als Kulturhauptstadt zu präsentieren. Wir alle versuchen immer wieder, den Tourismus auch in Graz wieder zu beleben und hier auch etwas voranzubringen, auch mit Steuergeldern, daß hier etwas passiert. Jetzt wird aber Graz als Sandlerhochburg in die Medien kommen. Glauben Sie, daß die Touristen sagen, in diese Stadt werden wir sehr gerne fahren, wenn sie als Sandlerhochburg bezeichnet wird. In dieser Stadt werden wir unseren Urlaub machen und werden als Touristen hinkommen. Das kann ich mir nicht vorstellen. Wir glauben, daß das ein riesiger Imageschaden für Graz ist und wir wollen daher nicht, daß das passiert. (Beifall bei der FPÖ.)

Das Ganze, wie wir hören, wird dann auch noch mit Steuergeldern bezahlt. Das Ganze soll, so hören wir, und ich bin schon auf die Beantwortung gespannt, wie das dann genau aussehen wird, wieviel das Land zu diesen gesamten Bereichen auch zahlt, insgesamt 700.000 Schilling kosten. Wenn Sie dann alle sagen, daß ist ja die Freiheit der Kunst, das müssen wir der Kunst zugestehen, daß sie hier diese Möglichkeiten hat, sich so zu präsentieren, dann sagen wir, Freiheit der Kunst ja, aber als Zwangsbeglückung für die Bevölkerung. Hier ist der Unterschied. Die Freiheit der Kunst hört da auf, wo die Freiheit des Bürgers, nämlich an dieser Kunst teilzunehmen, eingeschränkt wird. Wenn es hier um irgendwelche infamen religiösen Stücke geht, die irgendwo aufgeführt werden, oder um

irgendwelche Theaterstücke, die sich mit irgendwelchen Dingen beschäftigen, die der eine oder andere vielleicht nicht so gerne sieht, dann steht es jedem Bürger frei, das zu besichtigen, dorthin zu gehen, dafür zu bezahlen, um es anzusehen. Aber das, was hier geplant ist, sind öffentliche Gladiatorenkämpfe, die in der Herrengasse stattfinden sollen, wo die Bürger der Stadt Graz, die sich in der Innenstadt aufhalten, daran teilnehmen müssen, und es wird für alle sichtbar sein. Und da sagen wir, hier hört die Freiheit der Kunst auf. Dort, wo es um die Freiheit der Bürger geht, an dieser Kunst teilzunehmen oder nicht. Das muß uns wohl noch zugestanden werden, daß man sagt, ich will mir das anschauen oder ich will mir das nicht anschauen. Aber nicht jeder, der in der Innenstadt einkauft, will sich das anschauen, aber er wird zwangsläufig nicht daran vorbeikommen. Wir wehren uns gegen diese Zwangsbeglückung, die hier stattfindet. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich erinnere Sie schon, und einige werden sich schon informiert haben, was der Herr Schlingensief sonst noch alles aufgeführt hat, was in Salzburg passiert ist. Da hat ein Politiker den Mut gefunden und gesagt, so weit, wie Herr Schlingensief es will, lassen wir es nicht kommen. Bei uns werden die Subventionen eingestellt, wenn dieses Spektakel stattfindet. Was ist passiert? Das Stück, das Spektakel des Herrn Schlingensief, ist in Salzburg abgesagt worden. In Salzburg haben Politiker den Mut gefunden, zu sagen, nein, in unserer Kulturstadt, wo wir auch viele Touristen haben, da soll dieses geplante Spektakel des Herrn Schlingensief nicht stattfinden. In Salzburg wurde der Mut gefunden – in der Stadt Graz, und wir kennen ja das Kulturverständnis schon, wurde der Antrag der Freiheitlichen, gleichlautend wie der in Salzburg, die Subventionen diesbezüglich einzustellen, damit das nicht stattfinden kann, von ÖVP und SPÖ niedergeschmettert. In Salzburg hat Herr Bürgermeister Dechant, für die, die es nicht wissen, er ist ein Kollege aus der ÖVP, gesagt, es könne nicht angehen, daß ein Projekt unter dem Deckmantel Kultur sakrosankt sei und sich jeder Nachfrage entziehe, so der Bürgermeister, nach dessen Informationen Schlingensiefs Partei „Chance 2000“ mit der anarchistischen Pogopartei Deutschlands von Altenburg quasi den Schulterschuß vollzogen hat, und über Umwege würde hier eine Kultursubvention der deutschen Chaotenszene zukommen. In Salzburg war das nicht möglich. In der Steiermark soll es möglich sein. Hier genießen die Künstler eine Narrenfreiheit zu sagen „Tötet Helmut Kohl“, „Aufruf zu Straftaten“, „Kriegserklärung an Graz“. Stellen Sie sich einmal vor, einer von uns Politikern würde das sagen, was dann passieren würde. In Graz genießen die Künstler Narrenfreiheit, und wahrscheinlich werden wir als nächstes dann auch noch die Chaostage nach Graz bekommen. Für die, die erlebt haben, was das in Salzburg geheißen hat, wünsche ich viel Spaß dabei, wenn das nämlich der erste Schritt ist, daß das Sandler event stattfindet, dann kann ich mir schon vorstellen, daß auch alles andere bei uns in Graz möglich sein wird. Wir Freiheitlichen nehmen den Fehdehandschuh, der der Stadt Graz hingeworfen wurde, auf und wir spielen mit. Wir spielen gerne mit, denn das ist ja die Rolle, die von den Kulturschaffenden von uns erwartet wird. Aber diese Rolle wird auch von den Bürgern

erwartet, denn die Bürger sind die, die vor allem in Graz sagen, das wollen wir nicht, daß es soweit kommt. Wir wollen Graz nicht verschandeln lassen, wir wollen Graz nicht mit solchen Sandler spielen in die Medien kommen lassen. Das sagen die Bürger. Unsere Unterschriftenaktion diesbezüglich gibt uns hier recht. Wir haben innerhalb kürzester Zeit sehr viele Bürger gewonnen, die das unterstützen, und das sind nicht freiheitliche Wähler, das sind Bürger, die sagen, so weit darf es doch bitte nicht kommen, so weit kann es nicht kommen, daß wir hier in Graz jetzt auch noch die Sandler spielen aufführen. Das erwarten die Bürger von uns. Deshalb spielen wir diese Rolle sehr gerne. Ich bin schon gespannt, welche Rollen Sie jetzt einnehmen werden. Die ÖVP spielt die Rolle: „Frag mich nicht, ich weiß von nichts“, am besten nirgends anecken, ich werde mich nicht äußern. Wahrscheinlich ist heute auch die Parole ausgegeben: „Kein Kommentar, da sagen wir nichts dazu.“ Was ist denn das für eine Partei, die einmal die Kulturpartei im Lande Steiermark war und jetzt noch behauptet, sie will die Kultur wieder zurückholen und will die Kultur wieder haben, wenn es hier keinerlei Aussage gibt. Wir haben öfters schon angefragt, was sagt die ÖVP dazu? Keine Antwort. Ich bin gespannt, welche Rolle sie jetzt hier einnehmen wird. Ich weiß nicht, wer von euch dazu sprechen wird, welche Rolle die ÖVP hier spielt, die einstmals die Kulturpartei im Lande Steiermark war. Ich bin gespannt, welche Rolle Sie hier einnehmen werden und was Sie dazu sagen werden. Denn bis jetzt hat es nichts von der ÖVP gegeben, weder ein „das ist gut“ noch „das ist schlecht“ oder was auch immer. Ich bin sehr gespannt, was kommen wird und wie Sie sich dazu verhalten werden. Aber ich bin auch gespannt, welche Rolle die SPÖ hier einnehmen wird und worauf sie sich vorbereitet haben. Denn ich kann mir nicht vorstellen, ich will ja nicht vorgreifen, aber ich kann mir nicht vorstellen, daß der Herr Landeshauptmannstellvertreter Schachner, der die neuen Kulturevents in der Steiermark geprägt hat mit „Classic in the City“, das wirklich bei den Bürgern ankommt und jetzt die Impressionisten nach Graz geholt hat, zwar mit viel Geld, aber doch nach Graz geholt hat und hier eine sehr schöne Ausstellung gemacht hat. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das die Art von Event ist, die der Herr Landeshauptmannstellvertreter gerne sieht, den Sandler event in Graz. Wenn das die Art von Event ist, die wir hier in der Zukunft haben werden, den Sandler event in Graz, dann sage ich auch, es ist schade um die Kulturpolitik, die jetzt mit dem neuen Kulturreferenten doch eigentlich ganz nett begonnen hat. Wenn so etwas wie das mit den Sandler spielen möglich ist, dann sage ich, wenn das die Auswüchse sind, nein danke – stellen die freiheitlichen Abgeordneten folgende Dringliche Anfrage:

Was waren die Gründe für die Beauftragung des Herrn Schlingensief im Rahmen des „steirischen Herbstes“?

Wie hoch sind die Kosten für das von Herrn Schlingensief geplante Sandler treffen in Graz im Rahmen des „steirischen Herbstes“?

Welche kulturelle Bereicherung erwarten Sie sich von den geplanten Aktivitäten des Herrn Schlingensiefs in Anbetracht der Tatsache, daß dieser unter anderem im Zuge seines künstlerisch-politischen Schaf-

fens den Aufruf „Tötet Helmut Kohl“ plakatierte? Ich habe mir überlegt, ob ich anstatt diesem Plakat auch so ein Plakat „Tötet irgendeinen Politiker“ draufschreibe, weil es ist ja der Aufruf zur Straftat. Ich habe es mir nicht getraut. Aber der Herr Schlingensief hat hier die Narrenfreiheit alles zu machen unter dem Deckmantel als Politikünstler. Nächste Frage:

Finden Sie, daß es auch Aufgabe der Kunst sein sollte, der allgemeinen Radikalisierung und Verrohung der Gesellschaft entgegenzuwirken? Wenn nein, warum nicht? Wenn ja, wie sehen Sie dies durch den Künstler Schlingensief verwirklicht?

Wir glauben, daß mit dieser Art und Weise von Sandler event den Sandler in keiner Weise geholfen wird, ganz im Gegenteil, sie werden hier zur Schau gestellt in einer menschenverachtenden Art und Weise, sie werden in einer Art von Gladiatorenkämpfe hier an den Pranger gestellt, und das dann auch noch unter dem Deckmantel der Kunst.

Bestehen Ihrer persönlichen Meinung nach Schranken des Grundrechtes der „Freiheit der Kunst“? Wenn ja, wo sind diese?

Welche Hilfestellung beziehungsweise Verbesserung erwarten Sie sich für die betroffenen Sandler durch die geplante Aktion von Schlingensief in einer Stadt wie Graz?

Einer wird davon profitieren, nämlich der, der die 70.000 Schilling bekommen wird, der dann als Sandlerkönig den ersten Preis gewinnen wird. Der wird höchstwahrscheinlich davon profitieren. Ich bin gespannt, welche anderen davon auch noch profitieren sollen.

Abschließend, Herr Landeshauptmann, ich bin gespannt, welche Rolle Sie einnehmen werden, und fallen Sie bitte nicht aus der Rolle, die Sie als Kulturreferent schon so gut begonnen haben, denn die ÖVP ist bereits in Sachen Kultur schon von der Rolle. (Beifall bei der FPÖ. – 16.12 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Hasiba: Die Frau Abgeordnete hat die ihr laut Geschäftsordnung bei Dringlichen Anfragen zur Verfügung stehende Zeit wie für alle anderen Redner – ich sage das auch deshalb – muestergültig eingehalten, ja unterboten. Ich ersuche nunmehr den Herrn Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek um die Beantwortung.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (16.13 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir werden uns heute nicht so nahe kommen, Frau Klubobfrau, wie das vielleicht von Ihnen vermutet wurde. Alles, was nicht nett ist, ist nett, kann ich leider nicht zum kulturpolitischen Ziel erheben. Unter besonderer Auseinandersetzung von Kunst und globalen Medien wird im diesjährigen „steirischen Herbst“ ein Theaterschwerpunkt gesetzt, der mit sieben Uraufführungen vom Königsdrama bis zum Straßentheater reicht. Eine dieser Produktionen ist Schlingensiefs „Künstler gegen Menschenrechte“ Chance 2000 für Graz. Das ist das, was Sie in der Frage eins haben wollten. Für das Programm des „steirischen Herbstes“ zeichnet dieser verantwortlich mit der Intendantin und

dem Gremium, von seiten der Kulturpolitik ist es unzulässig und aus meiner Sicht auch falsch, sich in die Frage der Gestaltung der Inhalte einzumischen oder gar Zensur zu üben. Es handelt sich - und da haben Sie andere Informationen als ich, Sie haben zum Teil bessere Informationen scheinbar als ich -, es handelt sich nach meiner Information nicht um ein Sandler-treffen, sondern um ein Theaterprojekt mit Obdachlosen, deren Kosten - da haben wir den gleichen Informationsstand - mit 700.000 Schilling vom „herbst“ beziffert werden. Anzumerken aber ist noch zusätzlich, was die Kostentragung betrifft, daß der „steirische herbst“ als Festival von allen Gebietskörperschaften, Bund, Land und Stadt und Sponsoren finanziert wird. Das ist also nicht ein Alleingang des Landes.

Ihr Hinweis, wie Schlingensiefel mit der Sprache umgeht, und ihr Hinweis darauf, was sich in St. Wolfgang abgespielt hat. „Tötet Kohl!“ war eine Ihrer Fragen, ist aus meiner Sicht keine Bereicherung der Kultur. Es gibt allerdings im sprachlichen Umgang der Kultur Formen, in denen die Sprache bewußt und gewollt als Instrumentarium eingesetzt wird, um Dinge darzustellen, auch gesellschaftskritische Dinge darzustellen, von denen jeder weiß, daß die Sprache hier absichtlich so gebraucht wird und man auch weiß, daß sie nicht der Realität entspricht und auch nicht der Realität entsprechen soll. Das ist in einer Kunstform des Dadaismus gang und gäbe gewesen. Trotzdem sage ich noch einmal, ich halte es nicht für eine Bereicherung, weil Sie mich das gefragt haben, bekommen Sie diese Antwort. Ich sage aber auch, der historisch darüber hinausgehend staatsmännische Dr. Helmut Kohl, wie ich das einschätze, hat diese Aktion sehr gelassen hingenommen. Mir steht es nicht zu, über Aufgaben der Kunst zu richten. Schlingensiefels Konzept sei, so wird mir jedenfalls gesagt, auch eine Auseinandersetzung mit der Krise des Sozialstaates in einer globalisierten Welt des Kapitalismus. Ich glaube schon, daß eine Auseinandersetzung mit diesem Thema dem Grunde nach wertvoll ist. Ich glaube auch, daß wir alle die Tendenz dazu haben, die zunehmende Armut zu verstecken, weil wir sie nicht sehen wollen. Das ist ein Zeitgeist, und dieser Zeitgeist hat sich zu oft geirrt, als daß ich ihm folgen würde. Ich glaube schon, daß wir diese Auseinandersetzung, wenn man sie so sieht und wenn man sie so sehen kann, auch führen müssen. Es ist die Wahrheit, daß immer mehr Menschen an diesem unserem System aus dem hinausfallen, was wir soziale Absicherung nennen. Es ist das Verdrängen derselben aus unserem Gesichtsfeld keine Problemlösung. Es geht also schon auch um die Auseinandersetzung mit sozialen Problemen, die natürlich brisant sind. Wo sind die Grenzen der Freiheit der Kunst? Ich will Sie mit Gerichtsurteilen und deren Begründung nicht beglücken. Es ist aber relativ klar: Die Freiheit der Kunst ist als Staatsgrundgesetz, Artikel 7 a, in einem besonderen Ausmaß geschützt und in diesem Sinn auch unverbrüchlich. Die Grenzen liegen schlicht an der Rechtsstaatlichkeit und sonst nirgends, das heißt, die Übertretung von Strafrecht, Übertretung von Verwaltungsstrafrecht, ähnliche Dinge, wo der Staat sein Imperium einsetzt, sind die natürlichen Schranken und sind die Schranken der Gesetzgebung. Um auf den Vergleich einzugehen, den Sie gebracht haben, daß überall dort, wo die Öffentlichkeit an der

Teilnahme gezwungen ist, etwas zu sehen, was sie nicht sehen will, würde ich sorgsamer umgehen. Jede Form von Veranstaltungen, die in der Öffentlichkeit stattfinden, mögen bei Andersdenkenden gleich aufgenommen werden, wie es Ihnen in diesem Fall geht. In dem Augenblick also, in dem sie sich in den öffentlichen Raum begeben, ist wahrscheinlich auch eine Parteiveranstaltung einer bestimmten Partei für die andere Partei nicht das, was sie sich gerade wünscht und woran sie sich erfreut. Wenn dort jemand einkaufen und vorbeigehen muß, dann tut er das auch, und das kann doch bei uns allen nicht Entsetzen hervorrufen. Ich glaube also nicht, daß jemand in dem Maße gezwungen wird, sich dieser Veranstaltung anzuschließen, wie Sie das formuliert haben. Ich glaube, da sollten, und um das bitte ich Sie auch, Sie auch im Umgang mit dem, was ist öffentlicher Raum, und wie lassen wir im öffentlichen Raum Darstellung auch zu, vorsichtiger umgehen. Die Grenzen, und ich sage es noch einmal, sind für mich die Grenzen der Rechtsstaatlichkeit. Zur Frage, was bringt das denen, die sich dort darstellen oder dargestellt werden oder die uns eigentlich dargestellt werden, wie wir darüber nachdenken sollten im Zusammenhang mit einer solchen Straßentheatervorführung, wie geht es manchen Menschen: Ich glaube, das Wichtigste ist, daß wir anstelle der üblichen Reaktionsmechanismen der Stigmatisierung zumindest Interesse und Anteilnahme setzen an deren Stelle. Stigmatisierung hat noch nie etwas gebracht. Reflexe, meine sehr verehrten Damen und Herren der FPÖ, haben auch noch nie etwas gebracht, und Sie sehen auch, daß ich in meiner Rede wirklich versuche, jenen Reflex, der ja sehr oft üblich ist, Ihnen gegenüber einfach zu sagen, naja, so seid Ihr halt in der Kulturpolitik, zu vermeiden. Nein, eben nicht. Diese Reflexe halte ich für falsch und ich plädiere für das Gegenteil. Ich plädiere dafür, anstelle dieses Unreflektierten, anstelle dieser Stigmatisierung, die Hinwendung, die Annahme, die Auseinandersetzung mit dem Problem zu sehen. Der materielle Nutzen, den Sie hinterfragen, wird keiner sein mit Ausnahme von dem, was Sie selbst angeführt haben, daß es irgendwelche Auslosungen von Preisen geben wird. Ich glaube, daß wir dieses Thema in der Wirtschaftsdebatte schon abgehandelt haben, was es da an Problemen gibt, und daß wir in anderen Feldern der Politik, eben denen, wie bringt man Menschen in Arbeit, wie schafft man Arbeit, wie geht man mit diesem Phänomen um, dort zu behandeln haben, wo es hingehört. Hohes Haus, meine Damen und Herren! Kulturpolitik ist eben nicht nur Politik des Nettseins, wobei es ja die Formel gibt, das Ärgste, was man einem sagen kann, ist „Sie sind aber nett“. Das gibt es auch, habe es Ihnen aber nicht unterstellt, weil ich grundsätzlich nichts unterstelle. Nettsein allein genügt nicht, man muß auch zu etwas stehen und man muß auch zu so etwas stehen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. - 16.24 Uhr.)

Präsident: Ich eröffne nunmehr die Wechselrede zur Dringlichen Anfrage der FPÖ-Abgeordneten und weise auf Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt.

Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Mag. Hartinger (16.24 Uhr): Hohes Haus, Herr Landeshauptmannstellvertreter!

Graz, die Kulturhauptstadt Europas, Graz, die Bettlerhauptstadt Europas. Die Kriegserklärung an die Schönheit unserer Kulturstadt Graz. Die Entsorgung Graz: Graz der Lächerlichkeit preisgegeben. Touristen bestaunen nicht mehr unsere schöne Altstadt, sondern müssen das Zurschaustellen von Armut und aus der Bahn geworfenen Menschen betrachten. Meine Damen und Herren! Dieses Thema ist wirklich zu ernst, um es ins Lächerliche zu ziehen, und zu ernst auch, um es nicht zu reflektieren, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Es ist für mich zu ernst als Grazer Bürger und zu ernst auch für die vielen Armen und Obdachlosen in unserer Stadt. Die Sandlerversammlung dient nur einem, nämlich dem Geschäft von Herrn Schlingensief. Sie dient in keinsten Weise, und das möchte ich wirklich betonen, den Grazer Bürgern hinsichtlich der Sensibilisierung der Situation von Obdachlosen und armen Menschen. Hier möchte ich Sie schon fragen, hat einer von Ihnen über dieses Thema schon einmal mit Obdachlosen gesprochen oder mit den Armen in der Mariengasse, wenn sie sich um die Arme-Leute-Suppe anstellen. Reden Sie einmal mit diesen Leuten, wie sie dieses sogenannte kulturelle Ereignis sehen. Sie bezeichnen es als Geschäft mit ihrem Leid, mit ihrem Schicksal. Meine Damen und Herren! Ich meine, das sind Menschen, die einmal am „richtigen Weg“ waren, die einen Beruf gehabt haben, die teilweise Kinder haben, die plötzlich durch einen Unfall arbeitslos geworden sind, Schulden haben, geschieden sind, allein hadern mit ihrem Schicksal, mit ihrem Kummer. Aus diesen Schicksalen jetzt Geschäftemacherei zu machen, halte ich wirklich für verachtenswert. Nennen wir dieses hier in unserem Land, in unserer Stadt Graz Kultur? Ich kann es mir nicht vorstellen. Diese Einladung an die Sandler, an die Obdachlosen, nach Graz zu kommen, ist ein Schauspiel, ein Spiel, nicht mit Schauspieler, sondern ein Zurschaustellen von Betroffenen. Es ist weiters ein Kulturzwang für den Grazer Bürger. Er hat nicht mehr die Freiheit zu wählen, ob er sich dieses sogenannte „Schauspiel“ ansehen möchte oder nicht. Nein, es wird den Grazer Bürgern aufgezwungen. Und, Herr Landeshauptmann, Sie haben zugegeben, daß 700.000 Schilling an Steuermitteln - bitte, das ist egal, ob es jetzt Bundesmittel, Landesmittel oder Mittel aus der Stadt Graz sind - für eine Kriegserklärung an Graz, für eine Zwangsbeglückung der Grazer, für eine Verhöhnung der Grazer Kultur, ja, unserer Volkskultur ausgegeben werden. Was will eigentlich der Herr Schlingensief erreichen? Er fordert auf zu töten, „Tötet Kohl“. Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, wenn Sie sagen, ja das ist ja nur so eine Redewendung. Er meint das ja nicht so. Und der Herr Bundeskanzler Kohl hat das eh gelassen genommen. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Wenn Sie mich schon zitieren, dann exakt!“) Bitte, um Entschuldigung, was haben Sie genau gesagt? Sie haben gesagt, daß der Herr Bundeskanzler es gelassen genommen hat. (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek: „Ich habe vorher gesagt, es gibt in der Kunstform des Ausdruckes eine Form, die weder der Realität entspricht noch entsprechen soll!“) Gut! (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek:

„(Ich hatte es nicht für eine Bereicherung dieser Kunst!“) Das ist richtig! Danke, er hat es sehr gelassen genommen. Da möchte ich jetzt einhaken. Er hat es gelassen genommen, aber er unterstützt und fördert es nicht. Das ist der Unterschied zu der Kulturpolitik, die wir hier in unserem Land betreiben. Er erklärt nämlich auch Graz den Krieg und er benützt Sie - und das betone ich jetzt -, Sie wirklich als Marionette seines Ziels. Eines Ziels, nämlich Unruhe zu stiften, schlecht zu machen und Populismus zu betreiben. Ich zitiere jetzt auch aus einem Interview: „Jeder ist unterwegs, um zu beweisen, daß er auf der Welt ist. Das ist nämlich sehr schwer.“ Zitat Schlingensief. Da sehen wir ja eigentlich, wie Populismussüchtig er eigentlich ist. Ich glaube nicht, daß Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter, so schätze ich Ihre Kulturpolitik ein, die Sie bis jetzt gemacht haben, es notwendig haben, sich von Herrn Schlingensief mißbrauchen zu lassen. Wenn Sie jetzt sagen, es ist ein materieller Nutzen gegeben durch diese Aktion, ich sehe für die Stadt Graz nur einen Schaden, Schaden nämlich, was den Tourismus betrifft. Und wenn Sie sagen, die Freiheit der Kultur, die einzige Grenze, die Sie sehen, liegt in der Rechtsstaatlichkeit, so weiß ich nicht, wenn einer auffordert, und sei es nur ein Wortgeplänkel „Tötet Kohl!“, ob das nicht strafrechtlich zu verfolgen ist. Das ist mein Rechtsstaatlichkeitsbegriff. Aber vielleicht - und das möchte ich jetzt auch sagen als Gesundheitssprecher -, ich glaube zu wissen, an welchem Ort Herr Schlingensief seine Ideen weiterspielen könnte. (Landesrat Dörflinger: „Sag es bitte!“) Das kann sich jeder selbst denken! Du bist Gesundheitslandesrat, also du wirst es wohl wissen, was ich damit meine. Es soll jeder nachdenken. Das ist ja das Spiel der Worte. Das macht der Herr Schlingensief genau so. (Landesrat Dörflinger: „Ich denke nach. Mich würde interessieren, wo du meinst, wo der Schlingensief das machen soll!“) Weiters darf der freiheitliche Landtagsklub, betreffend effektive Hilfe für Obdachlose, folgenden Antrag stellen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, umgehend Maßnahmen zu setzen mit dem Ziel, von sämtlichen im Rahmen des „steirischen Herbstes“ geplanten Aktionen den Herrn Christoph Schlingensief Abstand zu nehmen und all jene finanzielle Mittel, die für ihn beziehungsweise seinen Aktionismus vorgesehen waren, jenen sozialen Einrichtungen zur Verfügung zu stellen, die sich wirklich um Obdachlose und in Armut geratene Menschen kümmern. Meine Damen und Herren, das sind 700.000 Schilling. Ich glaube, daß wir alle genug Themen haben, um wirklich armen Menschen diesbezüglich zu helfen und sie nicht in so eine Sache zu stecken. (Beifall bei der FPÖ. - 16.33 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Getzinger. Ich erteile es ihm.

Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (16.33 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Die Argumente sind bekannt. Ich glaube, es ist an der Zeit, daß sich die Mehrheitsmeinung hier im Haus artikuliert und findet. Es ist mir eine Freude, einen Antrag im Steiermärkischen Landtag hier vorzubringen, einen Entschließungsantrag aller hier im

Haus vertretenen Parteien, natürlich mit Ausnahme der Freiheitlichen Partei, betreffend Freiheit der Kunst, der Abgeordneten Dipl.-Ing. Getzinger, Dr. Jeglitsch, Mag. Zitz und Dr. Brünner.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Erstens: a) In Anerkennung der Freiheit der Kunst und ihrer auch notwendigen kritischen Auseinandersetzung mit der Gesellschaft wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, Maßnahmen zu setzen, um in der Steiermark ein Klima der kulturellen Toleranz, der Offenheit und des Interesses an Kunst und Kultur zu erhalten und immer wieder neu zu schaffen. b) Darüber hinaus wird die Steiermärkische Landesregierung aufgefordert, Aktivitäten zur Kunst- und Kulturvermittlung verstärkt zu fördern, um manchmal vorhandenes Unverständnis gegenüber moderner Kunst abzubauen und das Interesse an sowie das Verstehen von Anspruchsvollen und auch provokanten künstlerischen Äußerungen zu stärken und zu verbessern.

Zweitens: Der Steiermärkische Landtag bekennt sich zum Ausbau der Förderung moderner Kunst durch die öffentliche Hand und lehnt politische Eingriffe in die künstlerische Programmgestaltung kultureller Institutionen – wie etwa des „steirischen Herbstes“ – durch Entzug von Fördermitteln als unzulässige politische Zensur ab.

Das, meine Damen und Herren, ist die Antwort auf den zynischen Populismus, die dem Steiermärkischen Landtag würdig ist. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der SPÖ. – 16.35 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dipl.-Ing. Schmid. Ich erteile ihm das Wort.

Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (16.35 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen von der Regierung! Hohes Haus!

Nicht zu diskutieren, nicht auf ein Thema einzugehen, das diese Stadt, unsere Landeshauptstadt berührt, nicht auf ein Thema einzugehen, das viele in Not geratene Menschen, Obdachlose, Asylanten betrifft, nicht zu diskutieren über den Begriff, was ist Kunst, wo hört Kunst auf, wo beginnt sie, ist natürlich auch eine Antwort. Ich glaube, daß das aber eine sehr beschämende Antwort ist, die vier Parteien des Steiermärkischen Landtages heute der Bevölkerung (Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Balzizek: „Ich habe mich schon geäußert!“) – auf das komme ich schon – geben. Ich attestiere – und das habe ich auch vorgehabt, ohne Zwischenruf, Herr Landeshauptmannstellvertreter – dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter, daß er als verantwortliches Regierungsmitglied für kulturelle Fragen sehr ernsthaft auf die Thematik eingegangen ist, und man muß ja nicht immer einer Meinung sein. Ich attestiere dir ein hohes Maß an Sensibilität in dieser Frage, und ich glaube aber, daß der Landtag, und von dem habe ich gesprochen, wir als Regierungsmitglieder sind ja nicht Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaft, sondern haben hier in der Exekutive unsere Entscheidungen zu treffen, diese Antwort in der Form, diese Diskussion fehlt mir. Ausgenommen eines Satzes, der so als

ceterum censeo ohnedies von niemandem mehr ernst genommen wird, des Dipl.-Ing. Getzinger Schweigen im Walde. Wo sind die Liberalen, die in Presseausstellungen sich dazu geäußert haben? Wo sind die Grünen, die als die Verteidiger auftreten? Wo ist diese Österreichische Volkspartei, deren Bürgermeister in Salzburg sehr klare Worte gefunden hat? Ich erwähne noch einmal in Stichworten, worüber hier nicht diskutiert wird, worüber der Steiermärkische Landtag, vier Parteien des Landtages, augenscheinlich keine Meinung haben. Für mich ist der Herr Schlingensief in dieser Aktion, die du als Straßentheater bezeichnet hast, ich habe es immer anders gelesen, ich habe es immer als Sandlertreffen dargestellt bekommen, auch von den Kulturjournalisten, die Aufforderung, Graz den Krieg zu erklären etc. Diese Form oder dieses Spektakel bezeichne ich absolut nicht als Kunst und Kultur. Diskutieren wir, wo fängt sie an? Du hast richtig gesagt, dort, wo die Grenzen des Rechtsstaates überschritten werden. Eine Aufforderung „Tötet Kohl!“, eine Aufforderung zum Krieg, eine Aufforderung zur Gewalt. Ich glaube, das ganze Haus würde aufspringen, wenn diese aus dem Mund eines Freiheitlichen kämen. Dann reden wir nicht mehr von Toleranz, von Freiheit der Kunst. Wenn ein Freiheitlicher oder den Freiheitlichen nahestehender Künstler ähnliche Äußerungen von sich geben würde, wird er wahrscheinlich mit Handschellen abgeführt werden oder irgendwo sitzen – auch zu Recht. Daß heute der Begriff der Anarchie – Anarcho – schon zum Modewort wird, so quasi Technobewegung, Anarcho, Anarchiebewegung, bezeichnet sich ja selbst. Was ist Anarchie: Gesellschaftszerstörend, jede Ordnung ablehnend. Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber nicht diskutieren, ist auch eine Antwort. Das, was mich im ganz besonderen Ausmaß wirklich berührt, ist Stigmatisierung, ist schlechte Emotionalisierung. Du hast völlig recht. Es glaubt aber niemand in diesem Haus. Wer in Graz zum Beispiel die Wahlkämpfe mitgemacht hat, der die Diskussion in dieser Stadt bezüglich der Bettler kennt, der weiß, daß diese Form zu einem Nachdenken führen wird. Diese Form wird mit Sicherheit zu einer Emotionalisierung führen, und dagegen bin ich. Ich bin absolut dagegen, daß wir eine Szene anheizen. Ich unterstelle dem Herrn Schlingensief Mißbrauch, Zynismus gegenüber den Obdachlosen und, wie ich es schon bezeichnet habe, gegenüber den armen Hascherln. (Beifall bei der FPÖ.) Ich lade Sie gerne zu meinen Sprechtagen ein, wenn wir Möglichkeiten suchen, für jemanden, der unterstandlos geworden ist, eine Wohnung zu finden. All die großen humanen Bewegungen, wenn sie angesprochen werden, helfts ma, daß man vielleicht für jenen Personenkreis irgendwo ein kleines Nest baut. Es gibt keine wohltätige Vereinigung. Wir haben hier im Landtag einen Gesetzesbeschluß herbeigeführt, um denen zu helfen. Dann aber ist „Schweigen im Walde“. Seit sieben Jahren finde ich keinen Partner, der sich bereit erklärt, mit dem einen oder anderen Unterstandlosen, Obdachlosen, unter ein Dach einzuziehen. Das ist die Situation. Wenn ich jetzt die mobilisiere, so wie sie Herr Schlingensief dieser Stadt aufs Auge drückt, dann fragen wir einmal die Institutionen, ob sie glauben, daß es zu einer Nachdenklichkeit führen wird. Ich glaube, daß es Menschen gibt, die da sehr wohl in der Lage wären, auch das so zu inszenieren. Ich würde es jedenfalls sofort

unterstützen. Ich rede dabei aber nicht von der Kunst, sondern rede von diesem sozialen Gewissen. Wenn ein Herr Schlingensief, der in seiner gesamten Sprache, die nicht der Kultur dienlich ist, wie du, Herr Landeshauptmann, auch sagst, mit der Kriegserklärung an Graz, mit dem Aufruf zum Mord in seinem Sprachgebrauch hier mit den Obdachlosen kommt, wird das leider Gottes, wie ich befürchte, nicht zu einer Nachdenklichkeit, sondern zu einer Emotionalisierung führen. Daher ist unser Antrag, das abzustellen, diese Nichtkulturveranstaltung, diese Bühne für einen Anarchisten, diese Bühne für einen Selbstdarsteller, der aggressiv gegen die Gesellschaft losgeht, ernst zu nehmen. Denken Sie in diese Richtung, was Sie den Menschen, die hier zur Selbstdarstellung des Herrn Schlingensief mißbraucht werden, antun, dann werden Sie unserem Antrag zustimmen. Ich danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 16.42 Uhr.)

Präsident: Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek hat sich zu Wort gemeldet.

Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek (16.42 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Bei den Zitierungen und bei dem, was sich aus meiner Wortmeldung ergibt, kann man das eine oder andere so nicht im Raum stehen lassen. Herr Landesrat, ich habe am Beispiel der üblichen Reflexe zeigen wollen, daß es mir zu allen Zeiten ferngelegen hat, was die steirische FPÖ betrifft, bei der Diskussion um Kulturfragen zu sagen, naja, so sind sie eben, sie sind eine Antikulturpartei. Ich stelle fest, daß es ganz seltsame Beziehungsfelder gibt und daß das keineswegs überall gleich ist. Wir haben in dieser besonderen Bezugssituation den Zustand, daß es einen Grazer Kulturstadtrat gibt, der gegen ein Kunsthaus ist. Wir haben in dieser seltsamen Situation den Zustand, daß die drei in der Landesregierung vertretenen Parteien, einschließlich der FPÖ, für den Bau des Kunsthauses sind. Es ist also durchaus sehr differenziert auch in diesen Fragen vorzugehen. Bei dem, was ich an Worten gewählt habe, kann man manches nicht hineininterpretieren von dem, was auch du gesagt hast. Die Sprache ist ein sehr mächtiges Instrument, mit dem man verschiedenes bewirken und erwirken kann. Sie ist mitunter auch eine Waffe, das wissen wir hier vom Hohen Haus. Es ist nicht gut, wenn sie als Waffe eingesetzt wird. Ich habe schon klargelegt, daß ich die Sprache als Waffe auch in der Politik und schon gar nicht in der Kunst haben will, insofern ja. Aber ich gebe zu bedenken, daß vielleicht gerade die FPÖ in dieser Situation in eine Falle gegangen ist. Ich sage vielleicht: Vielleicht ist es die Falle, auf die man wartet. Herr Schlingensief lebt offensichtlich davon, daß es eine derartige Aufschaukelung auch gibt, und offensichtlich ist sie von ihm durchaus gewollt. Die Unterscheidung zwischen Aufregung und Aufgeregtheit, wenn wir schon bei der Sprache sind, ist für mich auch wichtig. Aufregung ist, wenn man sich über etwas beschwert und etwas nicht sehen will, was es zum Beispiel gibt. Aufgeregtheit ist ehrliches Empfinden und Auseinandersetzung mit dieser Materie. Ob das glückt, weiß ich allerdings auch nicht. Ich kann das auch nicht sagen. Jedenfalls ist es der FPÖ gelun-

gen, durch ihre Aktivitäten das zu transportieren, was sie eigentlich nicht wollte. Insofern, gestatte ich mir und gestatten Sie mir, sagen zu dürfen, sind Sie hier in eine Falle getappt. (Beifall bei der SPÖ. – 16.46 Uhr.)

Präsident: Es gibt keine weitere Wortmeldung. Wir kommen zu den Abstimmungen der beiden Entschließungsanträge.

Erstens: Wer dem Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend effektive Hilfe für Obdachlose, zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag ist in der Minderheit und somit abgelehnt.

Zweitens: Jene Damen und Herren, die dem Entschließungsantrag der SPÖ, ÖVP, Grünen und des LIF, betreffend Freiheit der Kunst, zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Antrages.

Wir kommen nun zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der Abgeordneten der Grünen und des LIF an Frau Landeshauptmann Klasnic, betreffend steirische Konsequenzen aus der Katastrophe in Lassing.

Bevor ich der Frau Abgeordneten Mag. Zitz das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage der Grünen und des LIF erteile, ersuche ich die Damen und Herren, nicht nur die Abgeordneten, in den Nischen die Handys auszuschalten. Entweder bleiben die Handys draußen, oder Sie bleiben bei Ihren Handys.

Frau Mag. Zitz bitte.

Abg. Mag. Zitz (16.49 Uhr): Herr Präsident! Frau Landeshauptfrau! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und sehr geehrte Gäste!

Wir haben im Rahmen dieser Dringlichen Anfrage vor, die Fragen zu stellen im Steiermärkischen Landtag, die in der Öffentlichkeit gestellt werden seit 17. Juli dieses Jahres. Die Fragen, die in Lassing gestellt worden sind, bis jetzt unbeantwortet geblieben sind, die Fragen, die im Nationalrat gestellt worden sind, bis jetzt teilweise unbeantwortet geblieben sind und die Fragen, für die wir uns wünschen, daß endlich in der Steiermark auf Landtagsebene ein Forum geschaffen wird, damit Sie sich, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, dazu politisch positionieren und daß wir die Möglichkeit haben, die Dinge auf den Punkt zu bringen und anzusprechen, die viele, viele Leute in der Steiermark und in Österreich mit sehr, sehr unterschiedlichem Hintergrund in den letzten zwei Monaten bewegt haben. Ich möchte auch als Vorspann bringen, wie unsere Dringliche Anfrage entstanden ist. Wir haben uns am Anfang sehr wohl überlegt, ob das ein angemessenes Mittel ist, dieses Thema hier im Landtag zu diskutieren und sind aber dann daraufgekommen, daß es gar nicht anders geht. Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste, die Sie nicht so oft an der Landtagssitzung teilnehmen, wir diskutieren hier im Landtag, was im Frühjahr gelaufen ist, den Verkauf von einzelnen Dienstwohnungen in Leibnitz. Wir diskutieren hier im Landtag den Straßenumwidmungsbereich in der ganzen Steiermark, Straßenneubauten. Wir diskutieren kleine Bewegun-

gen im Bereich des Landesbudgets, und es ist unsere politische Aufgabe und es ist das, was von uns von draußen erwartet wird, daß wir das Thema Lassing, und zwar steirische Konsequenzen aus der Katastrophe von Lassing, hier auf die Tagesordnung geben. Das was ich mir wünsche in der folgenden Debatte zur Frage „Steirische Konsequenzen aus Lassing“ ist sehr wohl eine parteiische Debatte. Eine Debatte, die das berücksichtigt, was mit den Betroffenen geschehen wird, die volle Unterstützung brauchen, aber auch eine Debatte, wo man bereit ist, politische und rechtliche Konsequenzen aus dem zu ziehen, was zu dem Grubenunglück geführt hat, und ich wünsche mir eine Debatte, die auch bereit ist, endlich auf die wirtschaftspolitische Dimension dieses Grubenunglückes hinzuweisen. Die Konsequenzen, ich greife jetzt bereits den Anträgen vor, die von unserer Fraktion eingebracht werden, stehen auf drei Ebenen an:

Die erste Konsequenz ist, daß wir uns sehr genau anschauen, wer hier der wirtschaftspolitische Gegenspieler – ich sage sehr bewußt Gegenspieler – ist. Das Grubenunglück in Lassing geht auf das Konto des größten privaten Bergbaukonzernes der Welt Rio Tinto. Rio Tinto ist mit 99 Prozent beteiligt am Talc de Luzenac. Und Talc de Luzenac ist ebenfalls mit 100 Prozent beteiligt an den früher genannten Naintscher Mineralwerken. Und Rio Tinto hat im Jahre 1997 einen Profit von 11 Milliarden Schilling gemacht. Ich komme jetzt auf die Ebene unseres Bergrechtes, eine Frage, die sehr wohl den Nationalrat angeht. Aber auch im Nationalrat gibt es steirische Abgeordnete. Und ich wünsche mir von diesen steirischen Abgeordneten, daß sie zusammen mit Ihnen, Frau Landeshauptfrau, eine Offensive starten, die das Bergrecht in Österreich so gestalten, daß es nicht Rio-Tinto-freundlich ist, nicht ausbeutungsfreundlich ist, nicht freundlich ist gegenüber einem Großkonzern und Sicherheitsbedingungen und Anrainerrechte komplett unter den Tisch kehrt.

Unser zweites Vorhaben geht in die Richtung, das Berggesetz so zu demokratisieren, und ich wünsche mir da die Steiermark als parteiische, nicht als parteipolitische Sperrspitze gegenüber dem Nationalrat in Wien, wo die Vertreter von ÖVP und teilweise auch SPÖ nicht das unternommen haben, das eigentlich seit 1990 am politischen Tisch liegt, nämlich das Bergrecht zu demokratisieren und zu ökologisieren.

Unser dritter Punkt geht in die Richtung, daß wir uns eine rechtsstaatliche Begleitung, und zwar eine glaubwürdige und nachvollziehbare rechtsstaatliche Begleitung von den Ereignissen von Lassing wünschen. Und das ist nur möglich, in einem tatsächlich vom Nationalrat installierten Untersuchungs-Ausschuß. In einem Untersuchungs-Ausschuß, der kontrolliert, wie es so weit kommen kann, daß Schwarzabbau über Monate hinweg betrieben wurde, ein Untersuchungs-Ausschuß, der kontrolliert, wie bei uns in Österreich ein System läuft, wo die Leute, die einen Abbau genehmigen gleichzeitig die sind, die ihn kontrollieren, und einen Unterausschuß, der alle Resultate aufnimmt, die von der Expertenkommission gekommen sind, aber sehr wohl auch von der betroffenen Bevölkerung gekommen sind. Sie wissen, daß es seit 17. Juli Stimmen in Lassing gegeben hat, die man sehr, sehr schnell mit Klageandrohungen zum Ver-

stummen gebracht hat, die gesagt haben, dieser Konzern handelt in einer Art und Weise, daß wir als Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, als betroffene Frauen, als Kinder, als Anrainer und Anrainerinnen nicht genau wissen, was unter Tag passiert. Seit Sonntag beziehungsweise gestern hat das Unternehmen selber diese 46 Meter sogenannten Schwarzabbau zugegeben, und die Leute, die darauf hingewiesen haben, daß dieser Schwarzabbau existiert, sind über Monate hindurch mundtot gemacht worden, lächerlich gemacht worden, als Gerüchtebetreiber niedergemacht worden und außerdem mit Klagedrohungen von seiten der Konzernleitung versehen worden. Das, was wir uns – wie gesagt – im Rahmen einer parteiischen Aufarbeitung der Katastrophe von Lassing erwarten, ist, daß man einem Konzern mit dem entgegentritt, was wir in der Steiermark an politischen Möglichkeiten haben, gegenüber dem Bund aktiv zu werden. Ich glaube, es macht sehr, sehr wenig Sinn, wenn wir jetzt hergehen und alles auf eine Ebene abwälzen, wo eigentlich die Akteure und Akteurinnen nicht mehr sehr klar sind. Mit dem Konzern, mit dem wir es hier zu tun haben, der preist sich selber in seiner Homepage. Jeder von Ihnen hätte sich in Vorbereitung auf diese Landtagsrede dort kundig machen können, daß er seinen Abbau auf der ganzen Welt betreibt mit Weltklasse und besonders kostengünstig. Weltklasse und besonders kostengünstig führt dazu, daß in der Steiermark Menschen verschüttet sind, führt dazu, daß in Österreich bis jetzt die politische Klärung nicht konsequent angegangen wurde, sondern daß einiges vertuscht wurde, und führt dazu, ich komme jetzt zu einer kleinen Chronologie, wo man einfach die unterschiedlichen Statements anführt, führt dazu, daß wir letztendlich im Landtag im Rahmen einer Dringlichen Anfrage dieses Thema auch auf die steirische Tagesordnung setzen. Am 15. September dieses Jahres, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, waren Sie im Sicherheits-Ausschuß des Landtages, nicht im Wirtschaftsausschuß, und haben von der Katastrophe von Lassing berichtet. Am 16. September, tags darauf, hat Minister Farnleitner angeblich das erste Mal über die Gerüchte bezüglich Schwarzabbau erfahren, obwohl – wie gesagt – diese sogenannten Gerüchte seit 17. Juli im Raum gestanden sind, in ihrem Bundesland, hier in der Steiermark. Aber die Leute wurden mundtot gemacht, wurden lächerlich gemacht und wurden an den Rand gedrängt. Am 17. September hat es eine Plenardebatte im Nationalrat gegeben, und da habe ich erfahren, daß unsere steirischen Kollegen dort genau das getan haben, was wir kennen. Sie sind hinausgegangen und haben gesagt, die Naintscher Mineralwerke, das ist ein seriöses Unternehmen mit dem ganzen Paternalismus und der ganzen Herablassung, die in dieser Branche beheimatet ist. Es gibt in Österreich nur eine Montanuniversität, es gibt in Österreich, und ich würde sagen, in Mitteleuropa, ein System, wo sich die Leute kontrollieren, die Leute, die Genehmigungen geben, die zusammen auf der Studienbank gesessen sind. Wo sich die Leute natürlich auch beim Mittagessen treffen, bei der Jause treffen und einander Unterstützung geben, von denen wir uns erwarten müßten, daß sie erstens einmal schauen, daß die Arbeiter in der Grube bestens geschützt werden, zweitens schauen, daß der Bergbau so läuft, daß es nicht zu einer völligen Ausbeutung von natürlichen

Rohstoffen kommt und drittens darauf schauen, daß Anrainer- und Anrainerinnenrechte nicht so weggeschwächt werden, wie das derzeit beim Berggesetz der Fall ist. Die Frau Landeshauptfrau hat gegenüber Minister Farnleitner gesagt, daß er bemüht gehandelt hat, und der Konzern Rio Tinto selber hat sich genau zweimal zur Katastrophe von Lassing geäußert in einer mittelmäßigen Presseaussendung am 19. Juli mit zwei Tagen Verspätung und am 18. August, an dem Tag, an dem zum Glück einer der Bergleute, Herr Hainzl, gerettet worden ist. Rio Tinto selbst macht dadurch Gewinne, hat dadurch auch diese Art von Grubenbetriebe auf der ganzen Welt durchführen können, weil wir kein demokratisches Bergrecht haben, weil es bei uns eine Verhaderung zwischen Kontrolle und Genehmigungsverfahren und den angeschlossenen Personen gibt und, wie schon gesagt, weil wir nicht bereit waren, bis jetzt dieses Thema parteiisch, nicht parteipolitisch, zu behandeln. Für mich stellt sich auch die Frage, wie man in der Situation mit dem Bergrecht umgeht. Sie wissen, daß sehr knapp vor der Katastrophe von Lassing eigentlich eine fertige Bergrechtsnovelle auf den Tischen von den Regierungsmitgliedern vorgelegen ist, und diese Novelle würde zu einer kalten Enteignung der Anrainer und Anrainerinnen und der Gemeinderechte führen. Das Bergrecht in der jetzigen Form bricht alle anderen Rechte. Das Bergrecht in der jetzigen Form führt genau dazu, daß es nicht möglich ist, Bergwerke so zu führen, daß nicht Menscheninteressen und Naturinteressen komplett unter den Hund kommen. Ich möchte jetzt die Anfrage der Grünen und des Liberalen Forums an die Frau Landeshauptfrau, nachdem sie sich zu Lassing auch immer wieder positioniert hat, betreffend steirische Konsequenzen aus der Katastrophe in Lassing, einbringen.

Erste Frage: War Ihnen am 15. September 1998 im Sicherheits-Ausschuß des Landtages bei Ihrer Darstellung der Bergwerkskatastrophe bereits bekannt, was Minister Farnleitner am Tag darauf im Hinblick auf den Verdacht eines nicht genehmigten Abbaus geäußert hat oder läuft Ihre Kommunikation zum Ministerbüro so schlecht, daß sie darüber nicht vorab informiert wurden. Wie sind Sie mit Gerüchten aus der Bevölkerung, die genau das seit zwei Monaten vorhergesagt haben, umgegangen?

Zweite Frage: Was werden Sie als Landeshauptfrau in der Steiermark und im Rahmen der Landeshauptleutekonferenz unternehmen, um für ein zeitgemäßes Berggesetz einzutreten?

Drittens: Welche Bestimmungen sollten aus Sicht der Steiermark in einem neuen Berggesetz enthalten sein?

Viertens: Welche Konsequenzen sind aus Ihrer Sicht nach aus der Bergwerkskatastrophe zu ziehen?

Fünftens: Wurden von der Landesregierung auf Grund von Paragraph 39 Absatz 2, Berggesetz, Einwände gegen die Verleihung der Bergwerksberechtigung oder die begehrten Grubenmaße zum Talkabbau in Lassing erhoben? Wenn ja, welche? Wenn nein, warum nicht?

Sechstens: War dem Land Steiermark im Zuge der Parteistellung auf Grund von Paragraph 39 Absatz 2, Berggesetz, bekannt, daß der Mutterkonzern und 100prozentige Eigentümer Rio Tinto menschen-

unwürdige Geschäftspraktiken betreibt, wie zum Beispiel in anderen Bergwerken, speziell in der Dritten Welt, mit Kinderarbeit, Rassismus, Kampf gegen Gewerkschaften?

Siebtens: Welche Schritte wird die Steiermark unternehmen, um all seine Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Bergwerksunglück von Rio Tinto zurückzufordern? Könnte allenfalls auch der Bund durch die Vorgangsweise von Minister Farnleitner dem Land gegenüber schadenersatzpflichtig sein?

Achtens: Bis wann wird die Steiermärkische Landesregierung ihren Bericht dem Land vorlegen?

Neuntens, und das sind jetzt die Fragen, die das Liberale Forum eingebracht hat im Rahmen unserer gemeinsamen Anfrage: Wer hatte vom 17. auf den 18. Juli den Vorsitz im Krisenstab?

Zehntens: Welche Kompetenzen hatte der Krisenstab beziehungsweise welche die Einsatzleitung und welche Personen waren in den beiden Einrichtungen von wann bis wann in welchen Funktionen tätig?

Elfens: Waren bei den Einsatzleiterbesprechungen, bei denen laut Zeitungsberichten auch Frau Landeshauptfrau Klasnic anwesend war, Karten der Scheibe 1A vorhanden und gab es darauf Anhaltspunkte auf die in Frage stehenden 46 Meter Schwarzabbau?

Zwölftens: Wird im Bericht der Steiermärkischen Landesregierung auch auf folgende Fragen eingegangen: a) kann, und wenn ja wie lange noch, in Lassing Talk abgebaut werden? b) wie wird das Bergwerk gesichert? c) wer übernimmt die Kosten für die Sicherung des Bergwerkes?

13.: Wird vom Land Steiermark ein Umschulungskonzept für jene Bergleute von Lassing angeboten werden, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können oder wollen?

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte Regierungsmitglieder und sehr geehrte Gäste! Ich wünsche mir eine parteiische Behandlung dieser Fragen, weil ich einfach glaube, daß das die sicherste Möglichkeit ist, einerseits Würde und Respekt gegenüber den Opfern und den Angehörigen zu bezeugen, und andererseits ich mir wünsche, daß das, was in Lassing passiert ist, in der Steiermark und in Österreich nicht mehr möglich ist. Dafür gibt es klare politische Verantwortung, dafür gibt es ein wirtschaftspolitisches System, das genau im Extremfall zu diesen Katastrophen führen kann, die nicht naturgemacht sind, sondern menschengemacht sind. Dazu gibt es auch eine Reihe von politischen Handlungsmöglichkeiten, zu denen ich uns auffordere. Sehr geehrte Frau Landeshauptfrau, ich ersuche Sie um Klärung. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit! (Beifall bei den Grünen und beim LIF. – 17.04 Uhr.)

Präsident: Ich erteile der Frau Landeshauptmann Klasnic das Wort zur Beantwortung.

Landeshauptmann Klasnic (17.04 Uhr) Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Anfrage darf ich folgend beantworten: Eingangs möchte ich festhalten, daß das Grubenunglück von Lassing mit seinen tragischen Auswirkungen die

Menschen unseres Landes und weit darüber hinaus tief bewegt hat. Ich habe immer darauf hingewiesen, daß die Rettung und jetzt leider nur mehr die Bergung der Verschütteten oberste Priorität haben muß. Eine weitere Forderung von mir ist, daß die Ursachen des Bergwerksunglückes von Lassing vollständig und lückenlos aufgeklärt werden müssen. Der Ausgang der Verschuldensfrage darf nicht zu Lasten der Betroffenen ausgetragen werden. Auch ist dieses Ereignis für mich Anlaß, Überlegungen anzustellen, wie in Zukunft solche Katastrophen vermieden beziehungsweise bewältigt werden können. Damit komme ich zur Beantwortung der 13 Fragen dieser Dringlichen Anfrage. Am 15. September 1998 im Sicherheits-Ausschuß war mir die Aussage, die vom Bundesminister am 16. September um 19.30 Uhr in der ZIB 1 getroffen wurde, nicht bekannt. Wenn Sie mich fragen, ob ich mich darum gekümmert habe, was Gerüchte gesagt haben, dann darf ich Ihnen versichern, daß ich bei Feststellung, bei Gerüchten, bei Erkenntnissen dort mitgeholfen habe, daß zusätzliche Bohrungen in diesen vier Wochen der Rettungsphase stattgefunden haben.

Zweite Frage, zeitgemäßes Berggesetz: In der nächsten Landeshauptleutekonferenz, so es bis dorthin nicht im Parlament schon beschlossen ist, die im November 1998 stattfinden wird, werde ich an meine Kollegen appellieren, daß sie vor allem jene Vorschläge, auf die ich in der Frage drei näher eingehen werde, von den Ländern vehement mitvertreten.

Zur Frage drei: Das Land Steiermark hat bereits im November 1997 in seiner Stellungnahme zum Entwurf einer Novelle zum Berggesetz gefordert, daß die Rechte von Anrainern gestärkt werden, das heißt, Personen, deren Leben oder Gesundheit durch den Bergbaubetrieb gefährdet werden kann oder die durch diesen Betrieb unzumutbar belastigt werden können, sollten Parteistellung haben. Zudem ist die Parteistellung der Standortgemeinden gefordert worden. Der Gegenstand dieser Frage wird zudem den Inhalt eines Entschließungsantrages von Frau Dr. Karisch und Kollegen bilden. Im einzelnen bedeutet dies für mich: Die Sicherheit von Bergleuten muß oberste Priorität haben und gewährleistet sein; Einräumung einer echten Parteistellung für Gemeinde und Anrainer; Berücksichtigung der regionalen und überregionalen Raumordnung in der Weise, daß von der Raumplanung ein Nutzungsplan auszuarbeiten ist und in den Flächenwidmungsplänen Positivzonen, sprich Abbaugelände, und Negativzonen, zum Beispiel Wohngebiete, ausgewiesen werden; Rückführung des Abbaues von Massenrohstoffen, wie Schotter, Kies, Sand, in das Gewerberecht; Ende des Grundsatzes, daß das Bergrecht Vorrang vor anderen Rechtsgebieten hat.

Zur Frage vier: Welche Konsequenzen sind meiner Ansicht nach aus der Bergwerkskatastrophe zu ziehen? Die tragischen Ereignisse in Lassing haben gezeigt, daß jedenfalls Konsequenzen in zwei Bereichen gezogen werden müssen. Der erste Bereich ist die Sicherheit in den Bergwerken, der zweite betrifft die Kompetenzen im Katastrophenfall. Zunächst zur Sicherheit: Ich habe den Bundesminister für wirtschaftliche Angelegenheiten bereits ersucht, die bestehenden Bergwerke auf ihren Sicherheitsstandard

zu überprüfen, einen umfassenden Sicherheitsbericht vorzulegen und erforderliche Verbesserungen vorzunehmen. Im Konkreten muß das in der Steiermark folgende Grubenbetriebe betreffen:

Salzbergbau Altaussee der Salinen Austria GmbH., die bereits von sich aus eine solche Prüfung angekündigt hat.

Grafitbergbau Kaisersberg der Grafitbergbau Kaisersberg GmbH.

Talk und Glimmerbergbau Kleinfeldstritz der Naintscher Mineralwerke GmbH.

Magnesitbergbau Oberdorf (Grubenbetriebe Wieser und Angerer) der Styromagnesit Steirische Magnesitindustrie GmbH.

Magnesitbergbau Breitenau der Veitsch-Radex AG. für feuerfeste Erzeugnisse

Muschelkalkbergbau Aflenz bei Wagna der Ernst Grein GmbH.

Calcitbergbau der Albogel in Kainach

Zweitens: Zu den Kompetenzen im Katastrophenfall:

Es hat sich gezeigt, daß die derzeitige Zuständigkeitsverteilung zur Bewältigung von Katastrophen nicht ausreicht. Derzeit ist die Zuständigkeit nämlich zersplittert. Dies kann das zur Bewältigung von Katastrophen erforderliche Zusammenwirken der Organe und Hilfskräfte der unterschiedlichen Kompetenzträger ausschließlich als Behinderung gewertet werden. Zwar hat die Landesregierung schon bisher Vorbereitungen für ein gemeinsames Vorgehen von Landes- und Bundesorganen im Katastrophenfall getroffen. Die Grundlage dafür ist aber die Freiwilligkeit beziehungsweise die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Lassing hat gezeigt, daß dies nicht ausreicht.

Ich habe daher bereits im August die Forderung erhoben, die Zuständigkeiten neu zu regeln und zwar im folgenden Sinn:

Der Landeshauptmann soll ermächtigt werden, im Fall einer Katastrophe alle Behörden, deren Zuständigkeit berührt ist, und alle Hilfskräfte zu koordinieren. Dem Landeshauptmann sollen also im Katastrophenfall auch die Bundesbehörden, die im Land ihren Sitz haben, unterstellt werden.

Aber auch auf Bundesebene müßten Vorkehrungen getroffen werden, um zu erreichen, daß ein für die Koordination des Katastrophenschutzes zuständiges Bundesorgan, das die Tätigkeit aller in Betracht kommenden Bundesstellen lenken kann, geschaffen wird.

Auf diese Weise soll sichergestellt werden, daß zur Bewältigung von Katastrophen eine einheitliche Zuständigkeit gegeben ist. Das zentrale Katastrophenschutzorgan des Bundes soll jene Voraussetzungen schaffen, die zur Bewältigung von Katastrophen erforderlich sind, aber auf Landesebene nicht geschaffen werden können (zum Beispiel Ermöglichung des Einsatzes bestimmter Großgeräte, Gewährleistung der Möglichkeit der Heranziehung von Einsatzkräften des Bundes aus Teilen des Bundesgebietes, die von der Katastrophe nicht betroffen sind.)

Die Zuständigkeit des zentralen Bundesorganes soll sich jedoch nicht auf die Anordnung von Maßnahmen vor Ort erstrecken, die tatsächliche Bewältigung soll Aufgabe des Landeshauptmannes sein.

Frage fünf: Wurden von der Landesregierung auf Grund von Paragraph 39 Absatz 2 Berggesetz Einwände gegen die Verleihung der Bergwerksberechtigung oder die begehrten Grubenmaße zum Talkabbau in Lassing erhoben? Wenn ja, welche?

Das letzte bergrechtliche Verfahren in Lassing, in dem das Land Parteistellung hatte, fand im Jahre 1978 statt. Daher war für dieses Verfahren die damals geltende Fassung des Berggesetzes maßgeblich. Das Land hatte auf Grund seiner Parteistellung nur die Möglichkeit, im Zusammenhang mit seinen Zuständigkeiten für Naturschutz, Fremdenverkehr und Raumordnung Einwendungen zu machen. Da es sich jedoch um einen Untertagebergbau handelt, gab es in naturschutzrechtlicher Hinsicht keine Bedenken. Im Bereich des Fremdenverkehrs wurden deshalb keine Einwendungen erhoben, weil es sich damals nicht um ein Fremdenverkehrsgebiet handelt; im Bereich der Raumordnung waren aus dem damaligen Wissensstand raumordnungsrelevante Gefahren nicht erkennbar.

Zur Frage sechs, der Parteistellung Mutterkonzern Rio Tinto, darf ich Ihnen mitteilen:

Rio Tinto ist seit 1989 Eigentümer von Luzenac. Das Verfahren Land, ich habe es gerade angesprochen, war 1978.

Frage sieben: Welche Schritte werden unternommen, und kann der Bund durch die Vorgangsweise dem Land gegenüber schadenersatzpflichtig sein?

Die Steiermärkische Landesregierung hat am 20. Juli einstimmig mit grundsätzlich für sämtliche Hilfsmaßnahmen folgenden Vorbehalt beschlossen:

Ausgenommen die im Punkt eins vorgesehenen Sofortmaßnahmen sind sämtliche Maßnahmen des Landes unvorgreiflich schadenersatzrechtlicher Pflichten Dritter, insbesondere von Haftpflichten, die ihre Grundlage in den Bestimmungen des Berggesetzes haben, zu verstehen.

Ich setze fort: Aufwendungen für Soforthilfemaßnahmen sollen davon jedoch ausgenommen sein, denn diese Hilfe hat einem Gebot der Menschlichkeit entsprochen. Sie sollte ohne Rücksicht darauf geleistet werden, ob die dafür aufgewendeten Mittel von irgend jemandem zurückgefordert werden können.

Zum zweiten Teil der Frage führe ich aus: Es ist derzeit nicht erkennbar, daß dies der Fall sein könnte

Die Fragen acht und zwölf möchte ich im Grunde genommen zusammen beantworten, es geht um die Zeit, während der Bericht vorgelegt wird und im Bericht, ob drinnen steht, kann Talk abgebaut werden, und wenn ja, wie lange noch, wie das Bergwerk gesichert wird und wer die Kosten für die Sicherung des Bergwerkes übernimmt.

Ein Bericht an den Landtag hat erst dann Gesamthalt, wenn die dafür erforderlichen Informationen vorliegen, das heißt wenn die entsprechenden Untersuchungen und Studien abgeschlossen sein werden. Diese sind jedoch nicht vom Land, sondern von der Bergbehörde und allenfalls vom Eigentümer in Auftrag zu geben. Daher kann ein Zeitpunkt für diese Vorlage eines zusammenfassenden Berichtes an den Landtag derzeit nicht genau angegeben werden. Sollte es sich jedoch ergeben, daß zu einzelnen Teilbereichen Informationen zur Verfügung stehen, werde

ich als Katastrophenschutzreferentin der Landesregierung nicht warten, bis alle Informationen vorliegen, sondern selbstverständlich dem Landtag so rasch als möglich Bericht erstatten.

Die Fragen neun und zehn, wer hatte vom 17. auf den 18. Juli den Vorsitz im Krisenstab und welche Kompetenzen hatte der Krisenstab, möchte ich in diesem Zusammenhang auch gemeinsam beantworten. Gestatten Sie mir aber vorweg eine grundsätzliche Feststellung Im Katastrophenfall Lassing hatten Landesorgane keine behördlichen Kompetenzen. Nach geltender Rechtslage sind Maßnahmen zum Schutz vor Katastrophen und zur Bewältigung von Katastrophen von der jeweils sachlich in Betracht kommenden Behörde für ihren Zuständigkeitsbereich zu veranlassen. Eine Landeszuständigkeit besteht nach dieser Rechtslage für bestimmte Katastrophenfälle, wie zum Beispiel Hochwässer und Brände, jedoch nicht für Katastrophen, die sich auf Gebieten ereignen, die in die Zuständigkeit eigener Bundesorgane fallen. So ist nach dieser Rechtslage für Bergwerkskatastrophen die Bergbehörde (Berghauptmannschaft, allenfalls oberste Bergbehörde im Bundesministerium für wirtschaftliche Angelegenheiten) zuständig.

Wie ich schon zur Frage vier festgestellt habe, ist diese Kompetenzlage unbefriedigend. Es hat sich nämlich in Lassing gezeigt, daß in der Wirklichkeit zur Bewältigung einer Katastrophe Maßnahmen erforderlich sein können, die über die Möglichkeiten der zuständigen Stelle hinausgehen. Um nur ein Beispiel zu nennen: Die Bergbehörde kann keine Maßnahmen zur Regelung des Straßenverkehrs oder zur Sicherung eines größeren Gebietes gegen das Eindringen von Unbefugten treffen.

Es war für mich als das für Katastrophenschutz zuständige Mitglied der Landesregierung selbstverständlich, sofort zu veranlassen, daß ohne Frage nach Zuständigkeitsgrenzen die dem Land für den Katastrophenschutz zur Verfügung stehenden Kräfte eingesetzt werden, um jene Hilfe zu leisten, die zur Ergänzung von Maßnahmen der Bergbehörde erforderlich waren. Bereits am 17. und 18. Juli 1998 waren Vertreter der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung sowie der Bezirkshauptmannschaft Liezen vor Ort. Ich bin am 18. Juli 1998 um 0.15 Uhr selbst in Lassing eingetroffen und habe mich insbesondere der Angehörigen angenommen. Am Samstag, dem 18. Juli 1998, fand über meinen Auftrag im Gemeindeamt Lassing um 10 Uhr eine Krisensitzung mit dem Ziel statt, die Einsatzleitung bei der Bewältigung der Katastrophe zu unterstützen. Da bei dieser Sitzung keine Vertreter der Bergbehörde und der Werksleitung anwesend waren, habe ich persönlich mit Berghauptmann Dr. Wedrac Kontakt aufgenommen und erreicht, daß Vertreter des steirischen Katastrophenschutzes der Einsatzbesprechung um 11.30 Uhr beigezogen wurden. Konkret waren dies Dr. Konrad, Bezirkshauptmann Dr. Rabl, der Einsatzleiter der Feuerwehr, Abschnittsbrandinspektor Freiberger und Bürgermeister Zeiser. Es hat dann in der Folge auch um 12 Uhr eine koordinierte Information an die Medien stattgefunden - eine Schwachstelle der folgenden Zeit. Die Vertreter der Abteilung für Katastrophenschutz und Landesverteidigung, der Fachabteilung 3a und der Bezirkshauptmannschaft

Liezen waren vom 17. Juli bis 18. August 1998 vor Ort. Insbesondere gilt mein Dank den Hauptverantwortlichen, den Herren Hofrat Konrad, Oberregierungsrat Kalcher und Hofrat Saurer. Von der Gruppe Katastrophenschutz wurden folgende unterstützende Maßnahmen gesetzt: Koordination außerhalb des Zuständigkeitsbereiches der Bergbehörde (Herstellung der Verbindung zwischen Gemeinde, Bezirk und Land sowie Einsatzorganisationen zur Einsatzleitung; Anlaufstelle für Wünsche beziehungsweise Anregungen aus der Bevölkerung); Aufbau der Rettungskette: Einsatz der Feuerwehren, des Roten Kreuzes, der Notärzte, Hubschrauber, Druckkammern und der Universitätsklinik Graz; Umleitung des Döllachbaches; wasserbautechnische Maßnahmen zur Stabilisierung des Wasserhaushaltes der Binge (Wasserstandsmessungen); Bau einer Umfahrs-(Not-)Straße; psychosoziale Betreuung der Angehörigen, besonders der Kinder der vermißten Bergleute sowie unterschiedlicher Zielgruppen; Absperrmaßnahmen – Verkehrsleitung; Einsatz von Hubschraubern; Unterstützung bei der Organisation von Gerätesondertransporten aus den Nachbarstaaten; Betreuung des Expertenteams der Deutschen Montan-technologie sowie Zusammenführung mit der Einsatzleitung; Durchführung von Einsatzbesprechungen, in der Regel zweimal pro Tag; Versorgung der eingesetzten Kräfte. In der Zeit vom 17. Juli bis 17. August 1998 waren aus den Bereichen Feuerwehr, Österreichisches Rotes Kreuz, Bundesheer, Notärzte, psychosoziale Betreuung, Gendarmerie, Druckkammerteams, Grubenwehr, Höhlenrettung und behördliches Krisenmanagement über 3000 Helferinnen und Helfer, das sind rund 100 pro Tag, im Einsatz. Allen, die sich in so hohem Maß eingesetzt haben, danke ich herzlich. Diese Menschen wurden gebraucht, und sie haben zum Teil bis zur Erschöpfung gearbeitet, ihren Urlaub, ihre Freizeit voll und ganz eingebracht. Was die Maßnahmen auf Grund des Berggesetzes anlangt, kann ich folgendes berichten: Auf Grund der eingangs festgestellten Kompetenzlage gehe ich davon aus, daß man unter „Krisenstab“ und „Einsatzleitung“ dasselbe versteht. Die Einsatzleitung erfolgte vom 17. Juli auf 18. Juli 1998 durch die Werksleitung sowie für den behördlichen Bereich durch den Berghauptmann von Leoben. Die Aufgabe der Einsatzleitung bestand in der Bewältigung der Katastrophe, das heißt in der Rettung und Bergung des eingeschlossenen Georg Hainzl beziehungsweise der Verschütteten sowie in der Stabilisierung der Binge. Einsatzleiter waren: Berghauptmann Dr. Wedrac vom 17. Juli bis 21. Juli; Dipl.-Ing. Mag. Maier/Oberste Bergbehörde vom 21. Juli bis 2. August 1998; Dipl.-Ing. Plaschke/Oberste Bergbehörde vom 2. August bis 17. August 1998. Als deren Vertreter: Univ.-Doz. Dr. Weber/Oberste Bergbehörde; Dipl.-Ing. Dr. Faissner/Berghauptmannschaft Leoben. Gruppe Bergetechnik: Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Wagner. Gruppe Geotechnik: Univ.-Prof. Dipl.-Ing. Dr. Golser. Stabsgruppe: Vertreter der Naintscher Mineralwerke: Ing. Engelhardt, Dipl.-Ing. Schmidt, Ing. Gutternigg. Presse: Frau Nowotny, Dr. Rupnik, Dipl.-Ing. Mag. Zechling. Vermessung: Dipl.-Ing. Pilsinger. Logistik: Herr Schinner. Gruppe Katastrophenschutz, Land: Dr. Konrad, Dipl.-Ing. Saurer, der ein Absolvent der Montanuniversität Leoben mit der Fachrichtung Bergwesen ist, Dr. Kalcher. Feuerwehr: Oberbrandrat Freiburger. Rotes Kreuz: Bezirks-

rettungskommandant Schrempf. Leitender Notarzt: Dr. Rampler. Bundesheer: Hauptmann Gaugl, Hauptmann Führer. Gendarmerie: Bezirksgendarmeriekommandant Major Brandstätter. Bezirkshauptmannschaft: Dr. Rabl, Dr. Wieser, Mag. Wissmann-Aigner. Gemeinde: Bürgermeister Zeiser, Vizebürgermeister Stangl. Psychosoziale Betreuung: Dr. Purtscher, Ing. Preßl und die Gruppe Hamedl des Landesgendarmeriekommandos.

Zur Frage elf: Waren bei den Einsatzleiterbesprechungen die Pläne aufgelegt und wußten wir etwas vom Schwarzabbau? Ich sage dazu, wenn 46 Meter angesprochen sind, dann denken wir nur an die Länge. Ich möchte das Wort der Breite diesem Thema hinzufügen. Ich kann selbstverständlich nur über meine persönlichen Wahrnehmungen berichten. So kann ich auf Ihre Frage nur mit nein antworten. Über einen nichtbewilligten Abbau und den Ort eines solchen habe ich ebenfalls erst durch die Medienberichte über die Mitteilung von Bundesminister Farnleitner vergangenen Mittwoch erfahren.

Frage zwölf: Diese Frage wurde mit der Frage acht behandelt.

Zur Frage 13: Wird vom Land Steiermark ein Umschulungskonzept für jene Bergleute von Lassing angeboten werden? In der Regierungssitzung vom 20. Juli 1998 wurde folgender Beschluß, auch einstimmig, gefaßt: „In Anbetracht der Arbeitsplatzsituation in der Gemeinde Lassing und des drohenden weiteren Verlustes von Arbeitsplätzen wird das Wirtschaftsressort beauftragt, das vorhandene Industrieareal ‚Ost‘ in der Gemeinde Lassing für Betriebsansiedelungen und Betriebserweiterungen zu nutzen und auch ein entsprechendes Förder- und Bewerbungspaket auszuarbeiten“. Auch mit den zuständigen Bundesstellen wurde Verbindung aufgenommen, um jenen Bergleuten, die ihren Beruf nicht mehr ausüben können oder wollen, eine Umschulung, gemeinsam mit dem Land, zu ermöglichen.

Abschließend möchte ich bei dieser Gelegenheit allen jenen danken, die in Lassing im Einsatz standen und ihr Bestes gegeben haben. Das gilt besonders für die Mitglieder der Steiermärkischen Landesregierung, ebenso wie für viele einzelne Mandatäre, die vor Ort Hilfe angeboten und geleistet haben. (Beifall bei der ÖVP. – 17.24 Uhr.)

Präsident Wir kommen jetzt zur Wechselrede und weise nochmals auf Paragraph 68 Absatz 5 GeoLT hin, wonach die Redezeit höchstens 20 Minuten beträgt. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Keshmiri. Ich erteile es ihr.

Abg. Keshmiri (17.25 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren, Hohes Haus!

Es ist jetzt sicher nicht leicht für mich, nach dieser chronologischen Aufzählung der Vorkommnisse in Lassing, wie sie gerade Frau Landeshauptfrau vorgebracht hat, meine Wortmeldung zu beginnen, zumal sie auch einige Kritikpunkte beinhaltet. Unserer Meinung nach ist die Übernahme der Verantwortung und die Klärung für zwei Bereiche erforderlich. Der erste Bereich betrifft die Ursachen nach dem Unglück, das heißt, was ist tatsächlich passiert, wie konnte es zu

Fehlentscheidungen kommen. Der zweite Punkt betrifft die Fakten vor dem Unglück. Ich möchte mit den Fakten quasi im ersten Bereich, was nach dem Unglück passiert ist, beginnen. Tatsache ist, daß Fehler in der Einsatzleitung passiert sind. Es war von organisatorischer Einsatzleitung keine Rede, und es hat Organisationsmängel gegeben. Die Einsatzleitung ist quasi kopflos vor dem Unglück gestanden. Es waren falsche Vergehen auf der Tagesordnung, und fremde Hilfe wurde nachweislich abgewiesen. Das heißt, Bergmann Hainzl konnte letztendlich nur deswegen gerettet werden, weil die deutsche Bergungstruppe eigenverantwortlich weitergebohrt hat und nur durch Zufall zum Bergmann Hainzl vorgestoßen ist und dadurch sein Leben gerettet werden konnte. Für diese Fehler, die nach dem Unglück passiert sind, ist die Verantwortlichkeit festzustellen, das heißt, wer hat vielleicht falsch entschieden oder warum ist nicht richtig entschieden worden. Zweiter Bereich, die Fakten vor dem Unglück: Dabei stellt sich natürlich die Frage, wie konnte es zum weiteren Abbau, zum illegalen Abbau in der Scheibe eins kommen. Die Bergbehörde war nachweislich mehrere Male im Stollen eins. Hier stellt sich die entscheidende Frage, wo ist jetzt der Einbruch. Ist der Einbruch im legalen oder ist der Einbruch im illegalen Bereich. Wenn der Einbruch im Bereich ist, dann frage ich mich, warum hat die Bergbehörde diesen Bereich genehmigt, war das vielleicht eine Fehlentscheidung oder mangelt es eventuell an Kompetenz. Wenn der Abbau im illegalen Bereich war, dann stellt sich die Frage, warum hat die Bergbehörde das nicht erkannt. Dann stellt sich für mich noch eine entscheidende Frage, was war mit der Gewerkschaft, wo war sie, als die Bevölkerung vor dem Unglück, im Vorfeld des Unglücks immer wieder darauf hingewiesen hat, daß sich die Fenster verziehen, daß die Türstöcke sich verziehen, daß die Gläser klirren, wenn gesprengt wird? Und vor allem, wo war die Gewerkschaft, als die Menschen nachweislich unter Druck gesetzt worden sind? Für uns ist es ungeheuerlich, daß die Gewerkschaft so lange geschwiegen hat. Und noch mehr, der Gewerkschaftsbericht, der am 26. August nachweislich verfaßt wurde, wurde vom Abgeordneten Nürnberger im Parlament in Wien auf Anfrage unseres Nationalrates verleugnet. Das heißt, er ist nicht darauf eingegangen, er hat gesagt, es gibt keinen Gewerkschaftsbericht, und das war am 17. September. Einen Tag später, als ihm offensichtlich die ganze Sache etwas zu heiß wurde, ist er mit diesem Gewerkschaftsbericht, wo er noch einen Tag vorher gesagt hat, daß es ihn nicht gibt, in die Medien gegangen. Offensichtlich hat die Gewerkschaft Minister Farnleitner in diesem Zusammenhang gedeckt, solange es ging, und als man gemerkt hat, daß die weiße Weste vielleicht schwarze Flecken bekommen könnte, dann ist man mit dem Bericht in die Medien gegangen.

Eine Kritik möchte ich auch noch an den Betriebsrat Reiter machen. Am Sonntag, „Zur Sache“, war seine Aussage dahingehend, daß es ja nicht schlecht war, als die zehn Bergleute in den Berg runtergegangen sind, weil es ja letztendlich zur Sicherung des Arbeitsplatzes gedient hat.

Um diese Fakten, zum einen die Verantwortung für das, was nach dem Unglück passiert ist, und zum anderen die Verantwortung für das, was vor dem Un-

glück passiert ist, zu klären, ist natürlich diese internationale Expertenkommission, die jetzt eingesetzt wurde, notwendig. Wir halten es aber nach wie vor für notwendig, daß dafür auch ein Untersuchungs-Ausschuß im Parlament eingesetzt wird, um diese Fakten aufzuklären.

Es sind da zehn Bergleute verschüttet, und die Verantwortung wird, hin- und hergeschoben, und keiner will dafür, was passiert ist, vor und nach dem Unglück, die Verantwortung übernehmen.

Ich fordere Sie deswegen auf und ich bitte Sie auch eindringlichst, den Antrag auf Einsetzung des Untersuchungs-Ausschusses zu unterstützen, damit wir das, was vor und nach dem Unglück passiert ist, restlos aufklären können. Danke! (Beifall beim LIF und den Grünen. – 17.31 Uhr.)

Präsident: Danke sehr!

Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Wabl das Wort.

Abg. Dr. Wabl (17.31 Uhr): Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin sehr froh darüber, daß wir als steirischer Landtag in Selbstachtung unserer Verantwortung und in würdiger Trauerarbeit uns dieses Themas annehmen. Ich wäre sehr unglücklich darüber gewesen, wenn wir heute bei dieser Tagesordnung von 40 Punkten viele wichtige oder weniger wichtige Dinge diskutiert hätten, aber dieses tragische Ereignis, das nicht nur die Menschen in der Steiermark, sondern darüber hinaus die österreichische Bevölkerung und über die Grenzen unseres Landes auch viele Menschen bewegt hat, nicht. Wir stehen vor der Tatsache, daß dieses schreckliche Unglück natürlich nicht mehr rückgängig gemacht werden kann und wir es bei aller Diskussion über die Entwicklung bis zum Unglück und auch über die Konsequenzen daraus uns vor allem bemühen um eine Aufklärung und über politische Verantwortung entsprechende Schlüsse zu ziehen, einfach zur Kenntnis nehmen müssen. Da bin ich der Frau Landeshauptfrau auch sehr dankbar, und das ist mir auch wichtig, daß man das erkannt hat. Es ist da doch eine Spur österreichische Nachlässigkeit dabei. Ich selbst – und der Kollege Majcen wird mir da recht geben – kenne die Situation in der Schweiz. Ohne daß ich jetzt die Arbeit der Beamten vor Ort nicht hervorheben will, weil ich sie kenne und weil ich weiß, daß dort höchster Einsatz vorhanden ist, aber so ein bißchen das Motto „es wird schon nichts passieren, es wird schon alles gutgehen, und wenn dann etwas passiert, dann werden wir schon irgendwie über die Runden kommen“ wird schon angewandt.

Eine Erfahrung möchte ich hier auch zum Ausdruck bringen, die mir unter den Nägeln brennt, als Abgeordneter, eine Erfahrung, die vielleicht die Damen und Herren der Regierung nicht in dem Ausmaß geglaubt haben. Ich bin jetzt schon seit dem Jahr 1981 im Landtag, mit Unterbrechungen, und ich habe immer wieder Bürger und Bürgerinnen erlebt, die an uns oder an mich herangetreten sind, und ich sage das jetzt ganz deutlich, an uns Grüne noch verstärkt herantreten, weil sie von uns Grünen erwarten, daß wir hier im Landtag, ohne daß ich das parteipolitisch hervor-

streichen möchte, die Interessen der Betroffenen, den Anspruch auf Lebensqualität, den Schutz vor Beeinträchtigung durch Betriebe, den Schutz vor Beeinträchtigung durch den Abbau in Bergwerken, daß sie den von uns erwarten. Und da geht es nicht nur um das Bergwerk in Lassing, da geht es auch um Salla, da geht es um Semriach, da geht es um Peggau, da geht es um Feistritz bei Knittelfeld, um St. Hemma und noch viele andere Orte in der Steiermark, und das können wir uns einen Vorwurf – und das sage ich als verantwortungsvoller Politiker – nicht ersparen, daß das Berggesetz – und ich will hier keinen Vaterschaftsstreit hervorrufen, Frau Landeshauptfrau, du hast es auch erwähnt –, daß dringend Handlungsbedarf nicht nur ist, das zu novellieren, sondern seit einigen Jahren gewesen ist, und daß es ein schwerer politischer Fehler war, daß man Schotter und diese gewöhnlichen Materialien, daß man die ins Berggesetz hineingenommen hat. Frau Landeshauptfrau, du hast vielleicht selbst das dramatisch erlebt, daß fast die halbe Steiermark oder sehr viele Gemeinden in der Steiermark durch dieses Berggesetz Abbaugelände geworden sind. Nicht nur in Salla, nicht nur in Semriach, auch in Fürstenfeld, wo immer das war, da ist ein Schreiben von der Berghauptmannschaft gekommen, und auf einmal war eine Region, ein Gebiet, wo die Häuser inzwischen schon an den Rand hingebaut worden sind, Abbaugelände. Dann hat man den Menschen mitgeteilt, wir von der Gemeinde können da nichts machen, da wird jetzt abgebaut. Was das heißt für viele Familien, die mit ihrem ersparten Geld, die von Anfang an den Groschen zusammengelegt haben und Jahre hindurch jedes Wochenende dort gearbeitet haben, und auf einmal müssen sie feststellen, daß hier ein Abbaugelände ist, daß möglicherweise der Schotterabbau beim Fenster herein droht, so kann man sich vorstellen, welche Belastungen das mit sich bringt.

Eines sollten wir auch lernen, und das war auch in Lassing der Fall, an mich ist man direkt nicht herangetreten, wir alle wissen aber, daß seit Wochen, Monaten vor diesem Vorfall Warnungen aus der Bevölkerung gekommen sind. Aber diese Erfahrungen habe ich als Abgeordneter auch in anderen Bereichen gehabt. Und da ist eines festzustellen, was wir in Zukunft verhindern sollten, diese Solidarität zwischen denen, die kontrollieren, und denen, die kontrolliert werden sollen.

Ich habe einen Fall erlebt in Feistritz bei Knittelfeld oder in der Nähe, da gab es ein Haus, da war schon mitten durch ein Riß, das völlig aus den Fugen geraten ist, weil die eine Hälfte ist tiefer gestanden als die andere. Wir sind dorthin gefahren. Ich habe mit dem Berghauptmann von Leoben telefoniert und habe ihn gefragt, bitte schön, die können ja gar nicht mehr dort wohnen, die müssen ja jeden Tag annehmen, daß das Haus zusammenstürzt, weil weiter oben ein Lehmabbau durchgeführt wurde. Da hat es geheißen, das kommt auf keinen Fall von diesem Abbau.

Und das haben wir immer wieder festgestellt, und das ist offensichtlich auch in Lassing passiert, daß man die Warnungen aus der Bevölkerung, die Warnungen der betroffenen Kumpel nicht ernst genommen hat.

Eines müssen wir in Zukunft verhindern, wenn die Bevölkerung zu den Behörden kommt, zur Frau Landeshauptfrau – du wirst ja auch Sprechtag haben,

wo Leute hinkommen und sagen, Frau Landeshauptfrau, das kann doch nicht so weitergehen, dort wird abgebaut, die Kumpel, die Leute und die Arbeiter dort wissen es, aber wir schauen zu. Und wenn man dann wo hingehet, zu einem Sachverständigen, manche sagen Schwachverständigen, dann heißt es immer nur, es gibt keinen Zusammenhang, es gibt keinen ursächlichen Zusammenhang, das kann man nicht nachweisen.

Ich war daher immer der Meinung, daß wir bei dem Umweltbereich, was das Schadenersatzrecht betrifft, auch das Berggesetz dazunehmen müssen, daß wir nachdenken müssen, wie wir die Bürger besser schützen können.

Und ich persönlich wünsche mir und ich sage – wir sind ja hier nur eine – wie die Edith das auch gesagt – eine Zweipersonen-Fraktion – uns allen, Ihnen, und da mache ich keine Ausnahme, liegt es am Herzen, daß das Berggesetz endlich jenen Rahmen bekommt, daß es einer modernen Demokratie mit den Mitsprachemöglichkeiten einer Gemeinde entspricht. Weil es ist unmöglich und es ist einfach für die Autonomie der Gemeinden auch unerträglich, daß heute ein Bürgermeister zusehen muß, wie schrittweise, Stück um Stück in seinem Gemeindegebiet abgebaut wird, er ohnmächtig danebenstehen muß, daß heute die Lebensbedingungen und die Lebensqualität der Bevölkerung entsprechend reduziert wird. Und das wünsche ich mir.

Und ich muß noch eines sagen dazu. Wir erleben das immer wieder, ich will jetzt auch keine parteipolitische Kritik üben, weil dieser Platz und diese Stunde nicht dazu angebracht sind. Aber wenn heute, wie das schon mehrmals passiert ist, in Wien Bürgermeister und Betroffene des Berggesetzes, Leidtragende und Opfer des Berggesetzes in Wien protestieren vor dem Bundeskanzleramt, dort einen Schotter abladen und dann der Bundeskanzler – man muß annehmen, der mächtigste Mann dieser Republik, der die Regierung führt und ein Gestaltungsrecht hat und der ganz genau weiß, daß diese Koalition dieses Berggesetz seit Jahren nicht novelliert hat, zu Lasten und zum Nachteil der Bevölkerung – hinausgeht und sagt „ja, liebe Bürgerinnen und Bürger, liebe Bürgermeister, ihr habt völlig recht, ich bin ganz auf eurer Seite, ich werde euch voll unterstützen, und es kann nicht so weitergehen, daß das Berggesetz solche Formen annimmt und daß solche Nachteile, wie sie in Lassing passiert sind, passieren.“ Ich habe manchmal das Gefühl auch in anderen Diskussionen, daß jene, die in dem Land Verantwortung tragen, wenn dann die Bürger protestieren, den Eindruck erwecken, daß sie die letzten fünf Jahre in einem anderen Land oder in einem anderen Erdteil gewesen sind und daß sie nichts mit dem zu tun haben. Daher appelliere ich an dich, Frau Landeshauptfrau, wir können die Dinge offen beim Namen nennen. Es waren die ÖVP und der Wirtschaftsflügel der ÖVP, und es waren die Schotter Mitzi und Fechter Maria, die dieses Berggesetz mit all den Verschlechterungen zu verantworten haben. Und es ist noch immer oder hoffentlich nicht mehr die ÖVP, die eine moderne Novellierung eines Berggesetzes verhindert. Daher, jeder Tag ist ein verlorener Tag für die Bürger der Steiermark, die betroffen sind, wo hier keine Novellierung stattfindet. Und ich würde mir wünschen, im

Sinne auch unserer Fragen, daß das keine Lippenbekenntnisse bleiben und daß man nicht herumstreitet, 100 Meter, 300 Meter. Ich bin überzeugt davon – und da gebe ich dir recht, die Kompetenz muß bei der Landeshauptfrau sein. Und es kann nicht sein, daß die Mitsprache der Anrainer, der betroffenen Bürger und der Gemeinden null ist, sondern es muß so sein, daß hier ein Mindeststandard erreicht wird, der einer modernen Demokratie gerecht wird. Und so tragisch es ist, es heißt eben im Volksmund, es muß etwas passieren, daß etwas passiert – und es war ja so, daß dieses Berggesetz 14 Tage vor dem Unglück schon im Ministerrat war, eine sehr weiche Novelle.

Jetzt sind Gott sei Dank alle Verantwortlichen draufgekommen, daß hier ein dringender Handlungsbedarf gegeben ist. Wir können ja diese Geschehnisse nicht mehr rückgängig machen, und es hat uns alle bitter bewegt und getroffen, aber wenigstens eines sollten wir hier im Landtag machen, daß wir Konsequenzen daraus ziehen und daß wir, wie es auch die Edith Zitz gesagt hat, alles unternehmen, auf allen Ebenen, auf allen legislativen Ebenen und auch auf der Ebene der Entscheidungsstrukturen des Krisenmanagements und des Handlings für diese Fälle, daß solche Fälle nicht mehr passieren. Es war zwar zuerst schwierig abzugrenzen, wie weit war das ein Naturereignis, wie weit ist menschliches Versagen hier im Spiel gewesen. Ich bin überzeugt davon, so tragisch es ist, daß in diesem Fall, in diesem tragischen Unglücksfall Lassing, in einem hohen Maße menschliches Versagen, in einem Vorfeld von seiten der Verantwortlichen der Firma, vorliegt. Und nachträglich gesehen – und das noch als persönliche Bemerkung –, irgendwo zeigt die Natur auch ihr Gesicht, wenn sie mißbraucht wird und wenn das Gefüge auseinandergebracht wird. Bei den ersten Alarmzeichen, wo Häuser schon zusammengestürzt sind, da haben sich die Hausbewohner noch retten können, mit Ausnahme des Georg Hainzl, der sich dann noch in den Jausenraum retten konnte, sind die anderen noch davongekommen. Und daß man dann, wenn man dieses erste Signal schon gespürt hat, dieses Anzeichen eines großen Unglücks, daß dann noch einmal bei aller Beschwörung der Solidarität der Kumpel, daß dann noch einmal Leute dort hinuntergehen unter Einsatz ihres Lebens und letzten Endes unter Verlust ihres Lebens, dann bin ich der Meinung, daß hier die Signale der Natur und die Signale der mißbrauchten Natur nicht gehört worden sind. Und das ist vor allem für mich in vielen anderen Bereichen, wo wir kämpfen darum, wo wir ausgelacht werden, wo wir die Verhinderer sind, wo wir gesagt bekommen „wegen dieser paar Bäumchen, wegen dieser paar Risse tut euch nichts an, da wird schon nichts passieren“. Dort sind die Signale nicht gehört worden, und ich wünsche mir – Frau Landeshauptmann, ich bin optimistisch für die Zukunft –, daß Sie die Signale erkennen und die Lehren sehr wohl ziehen werden.

Ich habe auch zwei Entschließungsanträge hier einzubringen und ich darf an diesem Tag appellieren, an dem ich froh darüber bin, daß wir alle übereinstimmend zum Ausdruck gebracht haben, daß wir dieses tragische Thema heute diskutieren, daß diese Entschließungsanträge vielleicht auch Ihre Zustimmung finden könnten.

Der erste Entschließungsantrag lautet:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, an den Präsidenten des Nationalrates heranzutreten und diesem mitzuteilen, daß die Steiermark den Nationalrat ersucht, einen Untersuchungs-Ausschuß zur Bergwerkskatastrophe in Lassing einzurichten.

Da gibt es ja auch schon von allen Seiten Zustimmung, über die Medien zumindest, und es gibt Leute, die sagen, das gibt es noch zu verbergen, und es soll auf den Tisch.

Und der zweite Antrag:

Der Landtag wolle beschließen, die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, mit dem Ersuchen an die Bundesregierung heranzutreten, daß diese eine zeitgemäße Novelle – wie ich das schon ausgeführt habe – zum Berggesetz als Regierungsvorlage in den Nationalrat einbringt, die insbesondere folgende Punkte umfaßt:

Auch bei der Gewinnung bergfreier Mineralrohstoffe (zum Beispiel Schotter) ist das öffentliche Interesse im Einzelfall zu prüfen und nicht per se der Rohstoffgewinnung der Vorrang zu geben.

Die Gemeinde und die Nachbarschaft muß eine Parteistellung im Verfahren zur Verleihung der Bergwerksberechtigung erhalten.

Den Gefahren durch das Wasser ist erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Bei der Betriebsführung sind die gesetzlichen Vorgaben zu verschärfen.

Der Rohstoffabbau muß einer integrativen Gesamtplanung mit Standortausweisung (Bundes-Bergbauplan) unterliegen – das ist mir wirklich ein dringendes Anliegen, ich halte es einfach für unerträglich, daß so viele Gemeinden in der Steiermark davon betroffen sind, Schottergemeinden zu werden und was das für die Lebensqualität der Menschen bedeutet, ständig zittern zu müssen, und ich habe es auch in der Oststeiermark erlebt, wo dann der Abbau bis zu den Siedlungen hinreicht, das sollte endlich einmal in Angriff genommen werden. Und ein Letztes: Die Nachhaltigkeit der Ressourcenbewirtschaftung ist zu verankern.

Ich darf Sie wirklich bitten, daß Sie diesem Entschließungsantrag zustimmen. Es geht ja wieder nur darum, daß die Bundesebene hier tätig wird. Wir selbst werden im Rahmen des Katastrophenschutzes ein modernes Katastrophenschutzgesetz hier im Landtag beschließen, von dem man hoffen kann, daß der Ernstfall nie eintritt, aber wenn er eintritt, daß dann hier optimaler Schutz und optimale Möglichkeiten geschaffen werden. Danke schön! (Beifall bei den Grünen. – 17.47 Uhr.)

Präsident: Als nächstem Redner erteile ich dem Kollegen Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

Präsident Abg. Dipl.-Ing. Vesko (17.47 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, meine Damen und Herren!

Gesetze verhindern keine Katastrophen, und doch ist es notwendig, Gesetze, Verordnungen zu haben, um dem Ablauf des Lebens, dem Ablauf der Wirtschaft, dem Ablauf des Miteinanders, des Gegeneinanders klare Richtlinien zu geben. Unter dem Ein-

druck einer Katastrophe kommt dann immer der erste Schrei nach Maßnahmen und nach Gesetzen, und oft wird in der ersten Verbitterung zur Anlaßgesetzgebung gegriffen, und vieles von solcher Anlaßgesetzgebung schießt über das Ziel hinaus oder umfaßt wesentliche Punkte nicht.

Was Katastrophen an sich haben, ist auf der einen Seite ihre Unberechenbarkeit, und die einzigen Menschen, die in der Lage sind, mit diesen Katastrophen umzugehen, im Sinne von sie vorauszusehen mit einem gewissen Gespür, sind Personen, die laufend mit der Situation zu tun haben. Das heißt, der Bergmann vor Ort, der jedes Geräusch aufnimmt, oder der Mann im Einsatz bei der Feuerwehr, der erkennt, weil er es gelernt hat, weil er Erfahrung hat, Leute, die mit Wasserkatastrophen zu tun haben. Die ganzen Bereiche der Medizin sind alle darauf abgestimmt, auf Erfahrung, auf Grund von Wissen, zum richtigen Zeitpunkt die richtige Entscheidung zu treffen.

Meine Damen und Herren, wir haben unter dem Eindruck von Lassing, einer Katastrophe, die zehn Menschen das Leben gekostet hat, und die uns das Wunder der Rettung des Georg Hainzl beschert hat, bemerkt, daß es viele Komponenten gibt, die im Nachvollziehen des Ganzen zu behandeln sind. Es ist erstens der Bereich, wie könnte es zu dem Unglück kommen? Der zweite Bereich, was war die Ursache für die Katastrophe? Der dritte Bereich, wie sind die Maßnahmen der Rettung, der versuchten Rettung abgelaufen? Der vierte Bereich, was ist zu tun, um die Bergleute zu bergen? Und der fünfte Bereich, was können wir tun, um in Zukunft Katastrophen dieser Art zu verhindern? Alles große Bereiche, alles Bereiche, die viel Sensibilität, die viel Erfahrung und viel Wissen benötigen und vor allem eines, eine klare Analyse dessen, was geschehen ist. Wir dürfen uns nicht im spekulativen Bereich bewegen, wir dürfen nicht die Gerüchte alleine als Maßnahme unserer Handlung sehen oder als Maßgabe für unsere Handlungen sehen, sondern wir haben die verdammt Pflicht und Schuldigkeit, diese Dinge sorgfältig zu prüfen und daraus abzuleiten, was zu tun ist und was man tun kann, um in Zukunft solche Dinge zu verhindern.

Das bedeutet, und Schritte sind in diese Richtung bereits aufgenommen worden, von Experten, von Fachleuten, von erfahrenen Menschen, diese fünf Punkte klar analysieren zu lassen und aus den Ergebnissen die richtigen Schritte und Konsequenzen zu ziehen, um zu gewährleisten und um den Versuch zu wahren, diese Dinge zu tun, um zu verhindern, daß es noch einmal passiert. Es gibt kein Rezept gegen Katastrophen, aber es gibt Maßnahmen, die Risiken und die Gefahren auf ein Minimum zu reduzieren. Unsere Aufgabe ist es, die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Wir sollen uns jener Menschen bedienen, die diese Erfahrungen haben, die dieses Wissen haben, um uns zu helfen, gesetzliche Voraussetzungen für diese Bereiche zu schaffen. Das, meine Damen und Herren, sehe ich unter der Bewältigung der Situation, und das gibt uns die klare Legitimation, auf Grund dieser Ergebnisse unsere Entscheidungen zu treffen.

Es gab viele Gerüchte, viele widersprüchliche Aussagen, viele Dinge, die im nachhinein wesentlich mehr Bedeutung gewonnen haben, als sie am Anfang vielleicht gehabt haben, und viele menschliche Tragö-

dien, die sich in diesem Zusammenhang abspielen, auch unter jenen, die sich dafür eingesetzt haben, möglichst rasch zu retten, zu bergen und was immer notwendig war, aber es waren immer Menschen. Ich glaube, daß es unsere Aufgabe ist, die Expertenberichte in allen Bereichen abzuwarten, um dann unsere klaren Entscheidungen zu treffen.

Wir als Politiker können einen Teil des Bereiches abdecken, die legistischen Erfahrungen aus dem Bereich der anderen zu schaffen. Ich möchte nicht, daß wir jetzt beginnen, das Kind mit dem Bade auszugießen. Aber, meine Damen und Herren, wir dürfen auch nicht zulassen, daß allfällige Fehler und Fehlhandlungen und vielleicht auch, wie sich andeutet, Dinge, die zu einem tatsächlichen Bruch bestehender Gesetze des Bergrechtes und was immer geführt haben, zu vertuschen. Das dürfen wir nicht tun. Aber wir sollen sehenden Auges diese Aufgabe wahrnehmen und wir sollen alle Möglichkeiten ausschöpfen, um zu diesen Tatsachen zu finden und die daraus notwendigen Schlüsse zu ziehen.

Was immer es ist, es ist keine leichte Aufgabe. Es ist keine leichte Aufgabe für die Experten, der Natur, die uns ein Schnippchen geschlagen hat, was immer das auslösende Moment war, Herr zu werden und auf der anderen Seite dem Gesetzgeber all die Erfahrungen, die in der Bewältigung dieser Tragödie sind, auch in die richtigen, wirkenden, greifenden gesetzlichen Maßnahmen umzusetzen.

Wir werden jenem Beschlußantrag, den wir gemeinsam, zusammen gefaßt haben, unsere Zustimmung geben, wo wir auch für die Hinterbliebenen, für zukünftige Maßnahmen im Bereich des Bergbaues und andere Dinge Vorsorge treffen.

Auf der anderen Seite werden wir auch dem Begehren nach einem Untersuchungs-Ausschuß im Parlament unsere Zustimmung geben, weil wir glauben, daß auf diese Weise jene Berichte, aber erst zu einem Zeitpunkt, wo die Informationen vorliegen, auch ordentlich verarbeitet werden.

Wir werden alles daran setzen, daß wir im Lande eine Einsatztruppe zustande bringen, die in der Lage ist und uns hilft, bei allfälligen Katastrophen rasch und wirksam einzugreifen, und sicherlich auch Maßnahmen zu treffen, um Katastrophen zu verhindern.

Das ist unsere Aufgabe, und dieser Aufgabe haben wir uns zu stellen! (Beifall bei der FPÖ. – 17.55 Uhr.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Gennaro. Ich erteile es ihm.

Abg. Gennaro (17.56 Uhr): Frau Landeshauptfrau, geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ich habe mich noch nie so schwer getan wie heute, hier ans Rednerpult zu treten, aus der inneren Überzeugung, nachdem ich durch die, ich sage jetzt auf der einen Seite leider Gottes Zuständigkeit als Gewerkschafter in vielen Stunden und Tagen über diese bedauerliche Zeit, über die heute berichtet wird, die Möglichkeit oder sogar die Verpflichtung hatte, mich vor Ort mit den Betroffenen, mit Angehörigen, mit Betriebsräten, aber auch mit der Firmenleitung auseinanderzusetzen. Und wenn man die ganzen Emotionen mitgespürt hat und das Leid sieht, dann ist man emo-

tionell etwas bewegt. Ich glaube aber, meine Damen und Herren, daß dieses tragische Grubenunglück von Lassing, und so bedauerlich wir das zur Kenntnis nehmen müssen, das größte in der Zweiten Republik war, mit dem wir konfrontiert worden sind.

Und ich sage hier auch etwas – ein Signal an die Medien –, es war ein Sommerloch für Medien, daß es internationale Fernsehstationen bewegt hat, nach Lassing zu gehen und hier zu berichten. Aus meiner Erfahrung – und in der Steiermark hat es schon öfter bedauerliche Unfälle im Berg gegeben, wo auch Menschenleben zu beklagen waren –, wenn nicht spektakulär für die Öffentlichkeit ein Bild gezeichnet werden könnte, wo man sieht, daß ein Haus verschwindet, dann hätte man vielleicht berichtet „Tragisches Grubenunglück in Lassing – zehn Bergleute verschüttet!“ und in zwei Tagen wäre die Situation erledigt gewesen.

Wir haben in dieser Zeit große Anteilnahme in unserem Land, im Staat Österreich, aber auch über unsere Staatsgrenzen hinaus bekommen, Solidaritätsbezeugungen und viele Spenden erhalten. Ich glaube, liebe Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete, daß es auch angebracht ist, daß wir den vielen Helferinnen und Helfern, die mitgeholfen haben, zu retten, was noch zu retten ist, hier von dieser Stelle auch einen Dank aussprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Frau Landeshauptmann, Ihre Beantwortung läßt sicherlich viele, viele Fragen noch offen. Ich verstehe schon, daß ja konkrete Fragen gestellt wurden und daß Sie die Summe oder die große Palette der offenen Fragen gar nicht beantworten konnten. Daher – und Herr Präsident Vesko hat es bereits ausgeführt – muß es für uns alle Aufgabe sein, wirklich zu analysieren und zu untersuchen, wie es dazu kam. War es ein unabwendbares Naturereignis, oder waren andere Dinge dahinter, war es Fahrlässigkeit, und ich weiß, wovon ich spreche, verbunden mit Gewinnsucht, was wußte die zuständige Bergbaubehörde, wie liefen die Rettungsmaßnahmen wirklich ab, welche Kompetenzen hat in diesem Zusammenhang die Landesregierung gehabt, auch mit dem Katastrophenschutz.

Frau Landeshauptmann, ich will Sie nicht attackieren, aber Sie haben in Ihrer Rede drei Viertel der Zeit oder der Begründung dafür verwendet, uns zu erklären, welche Kompetenzen Sie hatten oder nicht hatten und wo Sie nicht eingreifen konnten. Ich glaube schon, daß den Betroffenen oder den noch verbliebenen Beschäftigten im Betrieb oder den Angehörigen es völlig egal ist, welche Kompetenzzuständigkeiten vorhanden sind, für sie ist wichtig, daß ordnungsgemäß gehandelt wird. Und wenn Sie sagen, Sie haben Weisungen gegeben bezüglich Bergwerke, Frau Landeshauptmann, das ist nichts Neues. Bitte, das mußte sowieso permanent geschehen auf Grund der Gesetzessituation. Dazu gibt es eine Berghauptmannschaft, dazu gibt es eine Bergbehörde, die ja permanent dazu da ist, um Sicherheitsvorkehrungen im Betrieb zu überprüfen, die dementsprechenden Abbaupläne zu genehmigen. Und hier werden sicherlich noch einige, aber auch Leute des Landes wahrscheinlich Erklärungsbedarf haben, wie die Situation gelaufen ist. Und wenn die Frau Kollegin Keshmiri so locker herausgeht und Anschuldigungen trifft, und ich fühle mich nur als Gewerkschaft angesprochen – Sie ist jetzt

nicht da, ich sehe sie nicht, weil es ist nicht mehr interessant, ihren Part hat sie abgelegt, jetzt ist sie wahrscheinlich in der Milchbar, aber man wird es ihr ausrichten –, ich müßte die Frage stellen, wo sie war in der ganzen Zeit, wo sie den Unfug, den sie hier verbreitet, her hat, denn es gibt offiziell keinen Bericht. Ich habe als zuständiger Landessekretär der Gewerkschaft Metall, Bergbau, Energie Steiermark, einen Brief an unseren Vorsitzenden geschrieben, wo wir aus unserer Sicht auf Befragung der zuständigen Kolleginnen und Kollegen im Betrieb nach Zustimmung der Betriebsräte und mit Gesprächen mit der Firmenleitung, aber auch Beobachtungen und Mitteilungen vor Ort aus unserer Sicht Stellung genommen haben. Wir wollten prüfen, weil wir wollten nicht noch Öl ins Feuer gießen, sondern ich bekenne mich auch dazu, daß wir abwarten sollen, und die Gerichte – die Staatsanwaltschaft hat bereits Erhebungen durchgeführt – werden beurteilen. Es gibt einen Bericht des Bundesministeriums, wo ich bitte, daß man diesen dem Landtag auch vorlegt oder vielleicht koppeln kann mit dem Bericht des Landes, damit wir ihn sehr genau durchlesen können. Ich habe hier, meine Damen und Herren, die Abhandlung vom ersten Tag, das sind nur einmal Pressemeldungen über Hin und Her und wie immer Aussagen getätigt wurden. Es war sicherlich nicht einfach, daher möchte ich nicht billige Polemik betreiben, weil ich glaube, niemand hat sich das verdient. Und selbst wenn, hoffe ich und da hoffe ich sehr, die Aufklärung und die Analysierung vollständig gemacht wird, wird eines sein, daß wir die, die verschüttet sind, nicht mehr zum Leben erwecken werden.

Und es ist die Frage zu richten, und da werden wir nicht darüber hinwegkommen, was haben die Behörden gewußt und warum haben Sie nicht gehandelt? Welche Lehren werden wir aus dieser Erfahrung ziehen? Denn dieses tragische Unglück soll ja bitte nicht nur Menschenleben zu beklagen haben, sondern, wie bereits erwähnt, es muß alles unternommen werden, um das zu verhindern. Eine Katastrophe, wenn man es weiß, kann man sie verhindern, aber Katastrophen treten manchmal so auf, daß man überrascht wird und sie nicht verhindern kann, aber wenn man dann in einer gewissen Pietätlosigkeit darstellt, von der Bergbehörde, vom Bundesminister, und ich sage auch von Medien – was die Medien dort oben aufgeführt haben, außer, und das möchte ich betonen, der ORF hat eine sehr objektive Berichterstattung gehabt –, aber was uns die Angehörigen erzählt haben, wie die anderen Fernsehstationen die Leute genötigt und bedrängt haben, so ist das dem Stand der Journalisten nicht würdig. Ich glaube, derartige Dinge kann man nicht zur Kenntnis nehmen. Und ich warte nur, ich habe selbst die Gelegenheit gehabt, mit dem geretteten Georg Hainzl privat zu sprechen, ich warte nur, bis er in der Lage ist, einmal aus sich herauszugehen und einmal selbst darüber zu reden. Denn, meine Damen und Herren, wenn auch die Medien das nicht verstehen, warum sich der immer versteckt, wenn man das mitgemacht hat und wenn man dann im Gespräch erfährt, was den Menschen bewegt, was er noch innerlich für Probleme hat, dann muß man Verständnis dafür haben, daß er sich nicht an die Öffentlichkeit wendet, aber er wird sicher seinen Beitrag dazu leisten.

Wenn der Bundesminister Farnleitner mit dem Berghauptmann Maier sich ganz locker hinstellt und die alle für tot erklärt und nicht einmal noch die Rettungsaktionen dementsprechend besprochen wurden unter dem Motto „Schwarzabbau“, den der Herr Bundesminister Farnleitner gewußt hat, weil am 13. August war es der Staatsanwaltschaft bereit, hat der Bundesminister gewußt, daß es Schwarzabbau gibt. Und am 17. haben sie im Land die Besprechung gehabt, entweder hat Sie der Bundesminister wirklich nicht informiert, dann können Sie nichts dafür, aber er hat es gewußt, also hat er geschwiegen. Und wenn der Herr Berghauptmann Wedrac dann am letzten Tag, am 16., ganz kurz vor der ZIB-2-Sendung mit dem Minister die Bombe platzen hat lassen, einen Tag vorher dem Minister angeblich Bericht gibt, daß es sehr wohl Schwarzabbau gegeben hat, dann wird er den höchsten Erklärungsbedarf haben, wieso er das nicht vorher kontrolliert hat, was seine Pflicht gewesen wäre, die Abbaupläne sind dementsprechend vorhanden gewesen. Und ich habe eine riesige Störung zu den sogenannten Experten, weil dort oben sind die Experten herumgerannt und haben stundenlange Sitzungen und Gespräche geführt, und das Ganze, was sich im Umfeld ergeben hat, daß man die Medien nicht informiert hat, hingehalten hat. Daß natürlich dann eine Berichterstattung gekommen ist, die nicht notwendig gewesen wäre, ist darauf zurückzuführen, weil sich die Experten nicht einig waren.

Frau Landeshauptmann, am 17., als das bedauerliche Ereignis passiert ist, den großen Vorwurf, den werden wir nicht aufhören zu predigen, als um 13 Uhr bereits der Herr Berghauptmann Wedrac in Lassing war, hat sich an der Oberfläche schon abgezeichnet, was sich ergeben wird. Die Bergbehörde ist am laufenden Nachmittag ein paarmal miteingefahren mit Firmenleitung, mit Kaufleuten aus dem Betrieb, und haben eigentlich diese Aktion – weil zu diesem Zeitpunkt war der Heinzl schon verschüttet – behindert. Und wenn Sie mit den drei Kumpeln reden, die vorher noch das Glück gehabt haben, aus dem Berg herauszukommen, dann werden Sie eine andere Einstellung kriegen zu dem Gesagten, was in der Öffentlichkeit behauptet wurde. Und wenn die Firmenleitung inklusive der Bergbehörde eine Arroganz und eine Präpotenz an den Tag gelegt hat, daß man die Leute vor Ort, ob das Betriebsräte waren, ob das bitte die Steiger waren, die die Pläne kennen, die die Stollenpläne kennen, weil in den ersten paar Tagen haben die Experten nach Aussagen, wie es uns berichtet wurde, nicht einmal die Pläne gekannt und haben dann erst recht begonnen, die Bergungsarbeiten zu machen, wie sie den Hainzl durch Zufall gefunden haben. Das ist ja die Wahrheit, das muß man sagen. Dann haben sie natürlich die Leute geholt aus dem örtlichen Bereich und haben gesagt, bitte schön, wo können die überhaupt noch hingegangen sein. Ich will nicht zu tief ins Detail gehen. Ich hoffe, daß alles an den Tag kommen wird.

Nur, wir werden verlangen – und da bitte ich Sie schon um Unterstützung –, daß in der Kompetenz der Berghauptmannschaft es hier zu einer Änderung kommt, insofern daß die Berghauptmannschaft bitte nicht Vormittag anschafft, was sie am Nachmittag kontrollieren wird. Hier muß es eine unabhängige Institution geben, genauso wie beim Arbeits-

inspektorat. Es kann nicht so sein, daß sich der Berghauptmann 14 Tage vorher anmeldet und sagt, ich komme jetzt den Betrieb kontrollieren. Er hätte unaufgefordert in den Betrieb gehen müssen und ihn kontrollieren. Er hätte müssen unter Tag hineinschauen, warum sind gewisse Dinge abgesperrt, wo sind die Unterlagen, was ist mit dem Wasser, das hier eingebrochen ist. Nicht Vormittag schon wissen, daß um 11.30 Uhr bereits der Bach verschwunden war und Nachmittag noch immer nicht reagieren, wo schon Häuser beginnen einzustürzen. Das ist der Vorwurf, den man erheben kann, wenn man von einem Experten verlangen kann, daß der sicherlich die Gefahr erkennen muß. Als einzige Entschuldigung kann man vielleicht nur sagen, er hat selbst diese Katastrophe oder diese Situation unterschätzt. Und wenn, wie behauptet wird, erst zum Schluß die Situation bekannt war, Frau Landeshauptmann, dann muß ich sagen, dann müssen wir das abklären. Ich kann natürlich nicht verstehen, wenn Sie sagen, das Land hat ohnedies eingegriffen in irgendeiner Form. Am dritten Tag erst, nachdem die chaotisch oben herumgerannt sind und die Leute nicht gewußt haben, was sie tun sollen, Retter sich angeboten haben. Da haben Sie recht, daß es eine Koordinierung geben muß. Aber warum hat man dann erst am dritten Tag vom Land sich bemüht, dort etwas zu tun? (Landeshauptmann Klasnic: „Entschuldigung, darf ich einen Zwischenruf machen?“) Bitte gerne. (Landeshauptmann Klasnic: „Am 18. Juli, das heißt zehn Stunden nach der Verschüttung habe ich die erste Koordinierungssitzung einberufen, nicht am dritten Tag!“)

Wird sich schon herausstellen, das ist keine Frage.

Ich möchte noch zu dem Punkt, weil die Frau Kollegin Keshmiri es gesagt hat und die Kollegin Zitz, bezüglich des Unternehmens etwas sagen. Wir wissen ganz genau, daß es letztendlich zwei Bauernopfer geben wird. Und ich stimme mit dem überein, und deswegen werden wir diesen Entschließungsantrag, was die Rio-Tinto-Geschichte betrifft, unterstützen, weil wir wissen, daß Rio Tinto weltweit die Leute dementsprechend unter Druck setzt. Wir wissen aber, daß Rio Tinto sich im örtlichen Bereich in der Steiermark abputzen wird, hier wird es andere Kompetenzen und Verantwortliche geben.

Ich ersuche nur, daß wir gemeinsam schauen und daß Sie, Frau Landeshauptfrau, mithelfen, daß das, was bereits von dem Unternehmen gesagt wurde, eingehalten wird, daß diese Unterstützung für die Hinterbliebenen kommt, für die Kinder, und vieles andere mehr, daß wir genau kontrollieren. Und deshalb bin ich auch froh, daß wir einen gemeinsamen Entschließungsantrag in der Situation erreicht haben, weil politisch können wir da eh nicht punkten – ich sage das sehr kritisch. Nur wenn in der Öffentlichkeit, und damit möchte ich das Bedauerliche abschließen, ein Bild gemalt wird, welches aus Wachs hergestellt ist, und wenn man draufleuchtet, fängt es zum Zerrinnen an, dann muß ich schon sagen, Frau Landeshauptfrau, Sie waren sicher sehr bewegt, aber es ist dann zu wenig, zu sagen, „der liebe Gott hat entschieden“, wenn man nachweisen kann, daß andere Dinge, wie Gewinnsucht, Schlampereien und Nichttätigkeit von Behörden, sicher einen entscheidenden Beitrag haben. Aber ich bin mit dabei, daß wir abwarten, daß die

ganzen Berichte, inklusive die Berichte aus der Staatsanwaltschaft, dann bei uns noch diskutiert werden können.

Zum Untersuchungs-Ausschuß im Nationalrat werden wir aus einem Grund nicht mitstimmen, weil wir uns als Landtag auch sehr aufregen würden, wenn uns der Nationalrat vorschreibt, schaut daß ihr einen Untersuchungs-Ausschuß macht. Im Nationalrat hat es die Debatte gegeben, und es wird wahrscheinlich auch rechtzeitig, sobald Fakten am Tisch liegen, im Nationalrat zu diesem Antrag kommen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 18.10 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächster Redner ist der Herr Klubobmann Schützenhöfer.

Abg. Schützenhöfer (18.10 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich darf vielleicht gleich zu Beginn eines sagen: Wenn es jemanden gegeben hat in den letzten Wochen und Monaten, der als Mensch, als Persönlichkeit bewiesen hat, daß Politik und Herz vereinbar sind, und der eigentlich Tag und Nacht dort war, um bei den Betroffenen zu sein – sehr oft ohne Kamera, damit das klar ist –, dann war das die Frau Landeshauptmann, und ich danke dir ausdrücklich für diese große menschliche Haltung. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin eigentlich recht froh, meine Kolleginnen und Kollegen, daß wir, bis auf den einen oder anderen Schlenkerer, in der Lage waren, diese Debatte in der Steiermark nicht zum Politikum werden zu lassen. Wir haben alle allen Grund, das Leid betroffener Menschen nicht ins politische Kalkül zu nehmen. Ich habe daher im Vorfeld zu dieser Sitzung auch sozusagen auf jeden taktischen Winkelzug verzichtet, was die Dringliche anlangt. Ich glaube, das ist nicht die Zeit für parteipolitische Manöver. Aber selbstverständlich ist dieses Thema Lassing, ist der Katastrophenfall Lassing, der Österreich bewegt, auch ein Thema für uns steirische Landtagsabgeordnete, denn zuviel ist geschehen, so viele Fragen sind offen, so vieles ist noch ungeklärt.

Ich möchte persönlich nur drei Punkte nennen:

Erstens, wir können das Leid und den Schmerz der Angehörigen in Wahrheit nicht lindern. Aber ich denke, ob wir zuständig sind oder nicht, ob wir etwas beeinflussen können oder nicht, zu allererst muß jetzt alles getan werden, daß die Opfer geborgen werden können. Und ich verstehe, daß die Ungeduld der Betroffenen und Angehörigen wächst, weil es noch immer kein Bergkonzept gibt. Wir fordern mit Nachdruck, an einem solchen zu arbeiten und der Bergung allererste Priorität einzuräumen.

Zweitens, wir alle wissen nicht, und da wird so viel geredet, und da nehmen so viele Leute Stellung, ob die Katastrophe von Lassing verhinderbar gewesen wäre, doch alles muß getan werden, damit sich so etwas nach menschlichem Ermessen nie mehr wiederholen kann. Ich denke daher, daß das Berggesetz endlich radikal und umgehend, vor allem, was die Rechte der Anrainer und Gemeinden anlangt, zu ändern ist.

Und schließlich drittens, auch das wurde festgestellt und sei der Objektivität halber auch von mir festgehalten, das Krisenmanagement hat nicht funktio-

niert. Es wurden schwere Fehler gemacht. Aber jetzt einen politischen Verantwortlichen sozusagen zum allein Schuldigen zu erklären, damit man nur ja einen Schuldigen hat, wäre zu wenig. Freilich, und ich sage es dezidiert, politische Verantwortung ist wahrzunehmen, auch dann, wenn man selbst nicht schuld hat. Aber nun sind zunächst der Staatsanwalt und die Gerichte am Zug und jene oft besprochene internationale Expertenkommission, die hoffentlich bald ihren Bericht vorlegen wird.

Dann ist zu entscheiden, dann, nicht jetzt! Deshalb stimmen wir dem Antrag auf einen Untersuchungs-Ausschuß der Grünen jetzt nicht zu. Dann ist zu entscheiden, ob ein Untersuchungs-Ausschuß einzusetzen ist, dem wir, meine Damen und Herren, unvoreingenommen gegenüberstehen. Wir wollen nicht, daß politische Verantwortung ungeklärt bleibt oder durch Mehrheitsbeschlüsse überdeckt wird. Wir wollen dies auch im Interesse derer, um die es hier geht, nicht. Ein Untersuchungs-Ausschuß ist ja nicht von vornherein etwas, was verurteilt, er kann ja auch entlastend sein. Aber jetzt wollen wir den Bericht, und dann ist zu entscheiden, ob ein solcher Untersuchungs-Ausschuß einzusetzen ist.

Ich freue mich, daß wir heute vormittag in den Gesprächen mit den Klubobleuten einen Fünf-Parteien-Entschließungsantrag zustande gebracht haben und uns diesbezüglich, in dieser so schwierigen Stunde für die Menschen in Lassing und auch für unser Land, in einem anderen Niveau, was die Debatte anlangt, bewegen, als das vor einigen Tagen im Nationalrat geschehen ist.

Ich darf Ihnen diesen Entschließungsantrag, was den Antrag selbst anlangt, vortragen und bitte um Annahme.

Entschließungsantrag der Abgeordneten Schützenhöfer, Dr. Flecker, Dipl.-Ing. Vesko, Dr. Brunner und Mag. Zitz.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, im eigenen Wirkungsbereich beziehungsweise durch Herantreten an die Bundesregierung zu erwirken, daß erstens den Angehörigen der verunglückten Bergleute und der von Schäden betroffenen Bevölkerung weiterhin die notwendige umfassende Unterstützung und Hilfestellung geleistet wird, zweitens die Bergung der verunglückten Bergleute in die Wege geleitet wird, drittens nach der geleisteten Soforthilfe Maßnahmen getroffen werden, die langfristig Arbeitsplätze in dieser Region sicherstellen, viertens die Ursachen des Bergunglücks in Lassing vollständig und lückenlos aufgeklärt werden und der Bericht der unabhängigen Expertenkommission, des zuständigen Bundesministers sowie der für Katastrophenfälle zuständigen Referentin in der Landesregierung möglichst rasch dem Landtag vorgelegt werden, fünftens dem Landtag weiters über die Höhe und die Verwendung aller für diese Zwecke zur Verfügung gestellten Mittel, einschließlich jener der öffentlichen Hand, berichtet und raschestmöglich ein abschließender Bericht vorgelegt wird und schließlich sechstens der Entwurf des zu novellierenden Berggesetzes unverzüglich dem Land zugemittelt wird, damit die berechtigten

Wünsche und Anliegen der Steiermark, vor Beschlußfassung im Nationalrat, in den Gesetzestext einfließen können.

Ich bitte Sie um Annahme dieses Entschließungsantrages. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.18 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Prof. Brünner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Brünner (18.18 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, meine Damen und Herren!

Es gibt im Leben Ereignisse – und Lassing ist ein solches –, bei denen die adäquate Antwort, das Trauern, das Gedenken und das Nachdenken darüber ist, wie hätte ich angesichts der nach den Werksleiter gewesen wäre im Zusammenhang mit dieser Katastrophe, wenn ich Einsatzleiter gewesen wäre, wenn ich Berghauptmann gewesen wäre oder auch wenn ich Wirtschaftsminister gewesen wäre. Die Politik ist manches Mal ein schweres Geschäft, und in einer solchen Stunde empfinde ich Politik als schweres Geschäft, weil es so wenig Raum läßt für das Mich-in-die-Rolle-eines-anderen-Hineindenken und das Mich-Fragen, wie hätte ich angesichts einer solchen Katastrophe, angesichts des Scheinwerferlichtes der Medien gehandelt. Ein schweres Geschäft, das leider auch zwingt zu reden, so stehe ich hier und versuche zwei Punkte anzusprechen.

Erstens einmal, in diese ganze Debatte sind auch die Universitäten involviert. Es wird ihnen zu Recht oder zu Unrecht vorgeworfen, daß sie über die Akquirierung von Aufträgen der Wirtschaft ihre Unabhängigkeit eingebüßt hätten. Ich kann das im Einzelfall von Lassing nicht nachvollziehen, aber ich möchte von dieser Stelle aus an die Österreichische Rektorenkonferenzen den Appell richten, sich diesem Sachverhalt einer etwaigen Abhängigkeit der Universitäten von der Wirtschaft zu widmen und eine solche Diskussion im Schoße der Rektorenkonferenz und der Universität herbeizuführen. Ich halte es für die Rolle der Universität, für die kritische Rolle der Universität in der Gesellschaft für fatal, wenn das so quasi hängenbleibt, was jetzt allenthalben im Zusammenhang mit der Universität diskutiert wird. In diesem Zusammenhang möge man sich ein Beispiel an den amerikanischen Universitäten nehmen, die viel mehr als die österreichischen von der Akquirierung von Aufträgen seitens der Wirtschaft leben. Dort gibt es aber ganz klare Regeln für die Universitäten, zum Beispiel die, daß jeder Auftrag, den die Universitäten erhalten, veröffentlicht werden muß. Drei Monate haben so quasi die Auftraggeber den Schutz des Betriebsgeheimnisses, aber nach drei Monaten muß die Aktivität der Universität, das Gutachten, die Stellungnahme veröffentlicht werden. Ich wünschte mir so etwas auch für Österreich.

Ein zweiter Punkt ist das Berggesetz. Auch wir Liberale sind mit dem geltenden Berggesetz alles andere als zufrieden und wir haben schon die Kritik vielfach deponiert. Wir werden allerdings dem diesbezüglichen Entschließungsantrag der Grünen nicht zustimmen, weil ich keine Anlaßgesetzgebung haben möchte im Angesicht dieser Tragödie von Lassing. Es ist schon richtig, wenn Herr Kollege Wabl gesagt hat, daß

Lobbies zu einer Verschärfung des Bergegesetzes geführt haben, also so quasi das Pendel in das eine Extrem geschoben haben. Aber ich möchte den Pendelschlag in das andere Extrem vermeiden. Wir brauchen den Bergbau. Und wenn zum Beispiel, so wie das Frau Landeshauptmann nicht direkt gesagt hat, aber wie es im ursprünglichen Antrag der ÖVP drinnengestanden ist, die Erstellung des Nutzungsplans auf der Ebene der Gemeinden im Flächenwidmungsplan erfolgen soll, dann garantiere ich Ihnen, meine Damen und Herren, daß wir in Österreich den Bergbau zusperrten müssen, daß wir keinen Bergbau in Österreich haben werden.

Ich bin auch dafür, daß mehr als bisher in den behördlichen Verfahren die Kontrolle seitens der Betroffenen ausgeübt wird. Aber nicht mit einer Parteilichkeit, wo eine große Personenzahl Parteilichkeit hat. Wir haben einen Umweltanwalt zum Beispiel, der die Interessen der Umwelt, der Gesundheit et cetera vertreten kann und dem man solche Parteilichkeit einräumen könnte, weil es auch darum geht, innerhalb vernünftiger Zeit bergbehördliche Verfahren durchzuführen.

Und ein drittes noch zur Rolle der Experten. Hier möchte ich irgendwie auf Herrn Kollegen Gennaro antworten. Es ist zweifellos richtig, daß auch Experten irren können, und es ist auch richtig, daß Experten unterschiedliche Positionen einnehmen können. Und es ist komplett falsch, Wissenschaft und Expertise zu überschätzen, vor dem Hintergrund des Hausverständes des Menschen, vor dem Hintergrund auch einer akkumulierten Erfahrung, die gerade in einem solchen Bereich wie dem Bergbau diejenigen machen, die unter gefährlichen Bedingungen arbeiten müssen. Aber es ist auf der anderen Seite falsch, Experten und Expertise zu diskreditieren in einer Weise, wie das derzeit hin und wieder geschieht, und zwar deswegen, weil in einer komplizierten Welt es ohne Experten und Expertise nicht geht. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP und SPÖ. – 18.25 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Zitz. Sie hat das Wort.

Abg. Mag. Zitz (18.26 Uhr): Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, sehr geehrte anwesende Personen!

Ich bin mit der Anfragebeantwortung von Frau Landeshauptfrau in einigen Bereichen überhaupt nicht einverstanden und ich bin mit deiner Wortmeldung, Christian Brünner, zum Berggesetz überhaupt nicht einverstanden. Du weißt, daß das Berggesetz im Sommer fix und fertig am Regierungstisch gelegen ist, und es hat leider Gottes Lassing gebraucht, um es hinauszuzögern, und da Anlaßgesetzgebung und zufälliges Spielen mit Inhalten zu unterstellen, das halte ich für sehr unfair.

Frau Landeshauptfrau, in Ihrer Anfragebeantwortung sehe ich drei für mich sehr überraschende Defizite und ich möchte sie auch gerne jetzt in aller Kürze ansprechen. Erstens einmal bin ich entsetzt, zu hören, daß das Land seit 20 Jahren, seit 1978, nicht mehr in irgendeinem behördlichen Wege über irgendein Verfahren mit dem Talkabbau in Lassing befaßt gewesen ist. Daß das damals ein ganz anderes Berggesetz war, als das jetzt ist, das ist mir sehr wohl bewußt. Aber es

ist ein Riesendefizit, daß 20 Jahre lang ein Bergbau, der zu einer Katastrophe führt, vom Land Steiermark unbeobachtet existieren kann. Das ist der erste Punkt.

Der zweite Punkt ist, mir ist nach wie vor unklar, wann Ihr Bericht mit welchen Inhalten an den Landtag kommen wird. Mir ist unklar, was für ein Procedere der Behandlung wir haben werden. Das heißt, Sie lassen uns jetzt als Antragsteller in sehr viel Ungewißheit und auch die Leute draußen, die da auf eine Klärung, auf steirische Konsequenzen, für Lassing gehofft hätten.

Dann der dritte Punkt, auf den ich vorher nicht eingegangen bin. Es ist auch eine Diskussion, was die Rolle im Umgehen zwischen den Hinterbliebenen und Angehörigen und der Rio Tinto Group ist. Sie wissen, daß es gar nicht so einfach ist, das Unglück von Lassing als Arbeitsunfall zu deklarieren, und daß die Leute möglicherweise nur nach ASVG-Recht überhaupt Versicherungsansprüche haben, das heißt also, Weiterbildung, Umschulung, Aufbau von Eigenheimen und so weiter nicht finanziell abgedeckt werden würden, wenn man es nicht schafft, Rio Tinto ganz massiv unter Druck zu setzen. Diesbezüglich haben die Hinterbliebenen Gott sei Dank schon Kontakt mit Anwälten aufgenommen, auch Anwälten, die hoffentlich mit entsprechender Parteilichkeit und Courage gegen Rio Tinto vorgehen werden, der nämlich da der direkte Kooperationspartner ist.

Noch ein Punkt, zum Untersuchungs-Ausschuß: Ich glaube, unsere Debatte hier im Landtag ist ein Zeichen, daß wir bereit sind, uns zu diesem Thema zu artikulieren, und zwar auch in einem Ton, der ohne Verletzung, ohne Unterstellung und ohne Untergriffe passiert ist, was vielleicht sonst da oder dort passiert ist.

Ich hoffe aber, daß die Anträge, die wir eingebracht haben, auch von den anderen Parteien im Haus unterstützt werden, sonst war nämlich diese Debatte rein leere Kilometer. Wir haben drei Anträge eingebracht.

Die Idee mit dem Untersuchungs-Ausschuß, die habe ich einer Wortmeldung, die der Herr Klubobmann Schützenhöfer gegenüber dem ORF abgegeben hat, entnommen. Ich habe mir gedacht, großartig, wenn von ihm dieser Vorschlag kommt, dann schreiben wir einen Antrag, hoffen auf seine Unterstützung und bringen das zusammen ein.

Den Vorschlag mit dem Bergrecht, das ist genau das, was letzte Woche draußen in Wien vor dem Parlament von Hunderten Leuten gefordert wurde, wo auch der Bürgermeister von Lassing beteiligt war, der ein engagierter Kämpfer für ein modernes Bergrecht ist.

Und unser dritter Antrag, den ich jetzt einbringe, betrifft die Rio Tinto Group selbst.

Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, die Rio Tinto Group mit den internationalen Vorwürfen bezüglich antigewerkschaftlichem Vorgehen und Mißachtung von Menschenrechten zu konfrontieren und sich klar gegen solche Geschäftspraktiken auszusprechen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, nicht die Regierung, sondern Sie stimmen jetzt ab und Sie haben jetzt die Möglichkeit, klar nach außen hin, auch nach Wien, das Signal zu setzen, daß Sie bereit sind, dieses Thema politisch weiter zu bearbeiten, und zwar in dem Kompetenzbereich, der uns zur Verfügung steht.

Ich gehe davon aus, daß die Anträge, die nachher abgestimmt werden, hoffentlich mehrheitsfähig sind, weil es ein beschämendes Signal wäre, wenn wir hier eine Dringliche Anfrage einbringen, eine Lassing-Debatte führen, ich mir zwischendurch denke, es könnte Konsens geben, und letztendlich das, was für draußen das Signal wäre, daß wir eine Bearbeitung wünschen, hier herinnen in der Minderheit bleibt, und zwar deswegen, weil man zwar zum Glück Herz hat und auch Verstand, im Bereich des Katastrophenschutzes aktiv zu werden, aber die fehlende Courage und das fehlende Herz, die notwendigen politischen Schritte zu setzen, und das ist unsere Aufgabe als Abgeordnete im Landtag.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, mir ist auch aufgefallen, daß in dem Moment, in dem da diese Kamera hinten abgeschaltet wird, leider Gottes, auch wenn ich möglicherweise in der besseren Position bin und heute da die eine oder andere Auftrittsmöglichkeit habe, die meisten von Ihnen den Raum verlassen haben, oder auch in dem Moment, in dem die Kollegin Keshmiri hier heraus geht. Und mir ist auch aufgefallen, daß die Regierungsbank die längste Zeit zwischendurch komplett leer gewesen ist. (Landeshauptmann Klanic: „Nein, nein!“)

Eine Aufarbeitung von Lassing und eine Art von Respekt gegenüber den betroffenen Personen besteht darin, indem der Landtag seine Kompetenz wahrnimmt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das ist eine Sauerei, Frau Kollegin!“) Hier fallen Wörter vom Kollegen Peinhaupt, wie Sauerei, und hier kommen jetzt Wortmeldungen (Abg. Ing. Peinhaupt: „Aber genau bezogen auf Ihre Wortmeldung und Anschuldigungen!“ – Abg. Dr. Flecker: „Jetzt wird es penetrant!“ – Glockenzeichen des Präsidenten!)

Und da kommen Ausdrücke, wie moralinsauer. In dem Moment, in dem man dieses Thema hier debattiert und auch politische Handlungen einfordert, und zwar von Ihnen als Landtagsabgeordnete, nicht nur Aufträge an die Regierung und an den Nationalrat, in diesem Moment wird es hier im Land ziemlich eng (Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin Zitz, darf ich einen Zwischenruf machen?“), wirtschaftspolitisch ziemlich eng, demokratiepolitisch ziemlich eng und ziemlich eng, wenn es darum geht, das, was draußen artikuliert wird, hier politisch umzusetzen. Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit!

Herr Flecker, melden Sie sich bitte, lassen Sie sich auf die Rednerliste setzen. (Abg. Dr. Flecker: „Das sind Sie auch nicht wert!“) Auf wiedersehen! (Beifall bei den Grünen. – 18.33 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, ich bitte wirklich, die Wortwahl dem sehr ernstesten Anlaß anzumessen.

Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Keshmiri, nach ihr die Frau Landeshauptmann Klasnic.

Abg. Keshmiri (18.33 Uhr): Herr Klubobmann Schützenhöfer, ich muß sagen, ich bin etwas enttäuscht darüber, daß Sie unserem Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses nicht zustimmen, weil ich gerade von Ihnen gedacht habe, nachdem Sie in der Öffentlichkeit kundgetan haben, daß Minister Farnleitner offensichtlich auch Ihrer Meinung nach an Glaubwürdigkeit verloren hat, daß sie dem zustimmen werden. Es wäre unserer Meinung nach sehr sinnvoll, diese Ungereimtheiten aufzuklären. Ich bin leider geneigt dazu, anzunehmen, daß diese Verzögerung quasi, sagen wir, eine Verzögerungstaktik ist, um das ein bißchen auf die lange Bank schieben zu können. (Abg. Gennaro: „Frau Kollegin, glauben Sie nicht, daß der Nationalrat weiß, was er will?“) Doch, das weiß er schon, aber Sie könnten ihn dabei unterstützen.

Zu Ihnen, Herr Kollege Gennaro. Hier ist der Bericht des Gewerkschaftssekretariates Leoben, ich zitiere ein paar Zeilen daraus: „Die schulterklopfenden Verantwortlichen wurden jäh in eine schreckliche Realität zurückgeholt. Mit einer geschminkten Darstellung von Unfallzahlen läßt sich keine wirksame Sicherheitspolitik machen.“ – Zum einen und am Ende noch ein Satz: „Die Nichteinbringung der Praktika vor Ort, auch des Betriebsratsvorsitzenden, welcher zweifellos in das Katastrophengeschehen einzubinden gewesen wäre, zeigt von einer unverständlichen hierarchischen Arroganz dieser verantwortlichen Fachleute, im Betrieb wie in den Behörden.“

Und diesen Bericht haben Sie zurückgehalten, und zwar vom 26. August bis zum 17. September, bis es Ihnen offensichtlich zu eng wurde und auf Grund unserer Anfrage vom Abgeordneten Barmüller Sie in die Enge getrieben worden sind und diesen Bericht den Medien zuspiesen haben müssen. Danke! (Abg. Gennaro: „Sie können zwischen Bericht und Brief nicht unterscheiden!“) Ich gebe Ihnen ein Kopie davon. (Abg. Vollmann: „Sie wissen nicht, was ein Brief und was ein Bericht ist!“ – Glockenzeichen des Präsidenten! – 18.35 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist Frau Landeshauptmann Klasnic am Wort.

Landeshauptmann Klasnic (18.35 Uhr): Herr Präsident, Hohes Haus!

Ich möchte der Kollegin Zitz drei Antworten geben, weil sie drei Defizite hatte.

Das Berggesetz war vor 20 Jahren, das heißt bei der letzten Anhörung des Landes Steiermark, schon Bundeskompetenz. Es gab inzwischen keine neuen Anfragen beziehungsweise Anforderungen an das

Land, aus diesem Grunde auch in diesem Falle keine Stellungnahme des Landes. Daß das Berggesetz als Berggesetz diskutiert wird, das bewegt uns ohnehin miteinander seit Jahren.

Zum zweiten, weil Sie sagen, wann die Unterlagen in den Ausschuß kommen werden, ich werde mich sehr bemühen, daß bis zum nächsten Sicherheits-Ausschuß einmal eine erste Fassung vorhanden ist, das, was bisher am Tisch liegt, zur Verfügung zu stellen. Eine zweite beziehungsweise eine Ergänzung wird folgen. Wir wollen aber auch das, was auf Bundesebene bekannt ist, einarbeiten.

Drittens, zur Rolle des Unternehmens, da möchte ich sehr klarstellen, weil Sie von der Rechtsberatung gesprochen haben, die Landesregierung hat am 20. Juli die Rechtsberatung für die betroffenen Familien und für die Gemeinden beschlossen. Es ist auf Antrag des Finanzreferenten das Wort „für Notare und Wirtschaftstreuhand“ eingefügt worden – beides ist wichtig. Ich habe von dieser Rechtsberatung am vergangenen Wochenende selbst Gebrauch gemacht. Am Freitag mittag wurde mir mitgeteilt, daß am Montag wahrscheinlich ein Treffen im Unternehmen ist. Am Freitag abend bekam ich den ersten Termin, am Samstag wurde dieser Termin geändert. Ich habe am Samstag abend mit dem Präsidenten der Rechtsanwaltskammer Kontakt aufgenommen, und er ist gestern, am Tag der Verhandlung, vor Ort um drei Viertel 9 im Werk gewesen und hat die Betroffenen die Stunden bis 14.30 Uhr begleitet. Das heißt, ich bin der Aufgabe gerecht geworden, und wir sind für die Betroffenen da und für ihren Schutz. (Beifall bei der ÖVP. – 18.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Eine weitere Wortmeldung liegt vom Herrn Abgeordneten Dr. Flecker vor. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Dr. Flecker (18.37 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Nur ein paar kurze Sätze.

Ich bin sehr glücklich, daß diese Debatte so gelaufen ist, wie sie letztlich gelaufen ist. Ich glaube, Frau Kollegin Zitz, wir sind nicht angewiesen auf Ihre Zensuren. (Abg. Mag. Zitz: „Wenn Sie es nicht schaffen zuzuhören!“) Sie können sich dann zu Wort melden, so wie ich das jetzt getan habe. Ich wollte es in einem Zwischenruf sagen. Wenn Sie sagen, daß ein gemeinsames Vorgehen nur dann möglich sei, wenn wir all jenen Anträgen zustimmen, die Sie über den hinaus einbringen, den wir zu fünf bitte als Klubobleute vereinbart haben, dann ist das schlicht und einfach unseriös. Und ich glaube, man soll nicht mit Unseriosität ein doch sehr einvernehmliches Vorgehen von uns stören. Und das, was Sie dann noch dazu sagen, ist moralinsauer. Das ist jene Art der Politik, wenn man sich in Szene setzen will, weil man eben die Argumente nicht immer hat. Ich glaube, wir sollten uns zu dem bekennen, was wir eben gemeinsam tun. Dort, wo wir keine Gemeinsamkeiten haben, werden wir uns auseinanderzusetzen haben. (Abg. Mag. Zitz: „Dann stimmen Sie die Anträge nieder?“) Sie mit uns, wir mit Ihnen, und wir werden uns über den vereinbarten Antrag hinaus so verhalten, wie wir es wollen.

Es ist halt einfach nicht Aufgabe des Landtages, zu beschließen, daß der Nationalrat einen Untersuchungsausschuß einsetzen möge oder auch nicht. (Abg. Mag. Zitz: „Warum nicht?“) Da geht es ums Prinzip. Wir würden uns auch ganz schön beschweren, würde der Nationalrat einen Beschluß fassen: „Bitte macht in der Sache Soundso einen Untersuchungsausschuß.“ Da würden wir sagen, da greift der Nationalrat in unsere eigene Kompetenz ein. Das ist ausschließlich unsere eigene Sache. Das wollte ich zu Ihrer Wortmeldung nur sagen, weil Sie mich dazu aufgefordert haben.

Eines bleibt noch über, ich habe der Frau Landeshauptmann sehr aufmerksam zugehört und ich habe den Satz gehört, daß sie veranlaßt hat, daß die anderen Bergwerke umgehend überprüft werden. Frau Landeshauptmann, das ist eine gute Initiative von Ihnen, diesen Satz merken wir uns, weil das anscheinend doch geht, die andere Behörde zu etwas zu veranlassen. Danke. (Beifall bei der SPÖ. – 18.40 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Meine Damen und Herren, ich bitte Sie jetzt über insgesamt vier Entschließungsanträge abzustimmen.

Erstens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Grünen und des Liberalen Forums, betreffend Lassing und die Einrichtung eines Untersuchungsausschusses. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Zweitens stimmen wir ab über den Entschließungsantrag der Grünen, betreffend Lassing und die Novellierung des Berggesetzes. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag hat nicht die Mehrheit.

Drittens Entschließungsantrag aller Parteien, betreffend Bergwerkskatastrophe in Lassing. Wer diesem Antrag zustimmt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag findet die einstimmige Annahme.

Viertens und letztens, Entschließungsantrag der Grünen und der SPÖ, betreffend die steirische Position zur Rio Tinto-Group. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Dieser Antrag hat nicht die erforderliche Mehrheit.

Wir kommen nunmehr zur Tagesordnung zurück. Vorher möchte ich jedoch die Mitglieder der Landjugend Zettling mit ihrem Obmann Hillebrand Markus begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Nächster Redner auf der Rednerliste zum Obersteiermarkpaket ist der Herr Klubobmann Hermann Schützenhöfer. Er hat das Wort.

Abg. Schützenhöfer (18.42 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Lichter sind ausgeschaltet, wir kehren in die eigentlichen Debatten des Landtages zurück. Ich muß Ihnen ein Geheimnis verraten. Ich habe im ersten Teil der Wirtschaftsdebatte über die Obersteiermark den Eindruck gehabt, ich bin Zaungast einer öffentlichen Regierungssitzung, wo sozusagen das Innenleben

mancher unserer Regierer ein bißchen zum Vorschein kommt. Das war wichtig für uns, denn das läßt tiefe Rückschlüsse zu. Ich würde die beteiligten Herren – es handelt sich um Herren – darum ersuchen, das zu tun, was angedeutet wurde, nämlich daß man ressortübergreifende Initiativen setzt. Tut man dies, wird man in der Lage sein, tatsächlich Erfolge, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, zu erzielen. Nur eines, meine Damen und Herren, und das sage ich nicht, weil man das halt so sagt. Das sage ich aus tiefer Überzeugung. Ich weiß nicht, warum Sie sich wieder einmal den Wirtschaftslandesrat ausgesucht haben, an dem Sie sich reiben wollen. Ich kann Ihnen nur sagen und Sie wissen es, Sie wollen es nur nicht wahrhaben, die Bilanz, Herr Abgeordneter Grabner, die der Wirtschaftslandesrat Herbert Paierl seit seinem Amtsantritt vorzulegen hat, ist eine gute Bilanz, sie kann sich sehen lassen. (Beifall bei der ÖVP.) Und ich weise den unqualifizierten Teil der Wortmeldungen auch mancher Regierungsmitglieder der SPÖ zurück. Sehr interessant, was da so hoch kommt, wenn einmal effektiv diskutiert wird und wenn offensichtlich eine Partei mit sich selbst nicht im reinen ist, was Sekretariat und Führung anlangt. Ich kann es mir anders nicht erklären, was hier innerhalb der Sozialdemokraten vorgeht, denn meine Damen und Herren, erstens die Bilanz in der Wirtschaft und die aktuellen Daten am Arbeitsmarkt sind so, daß wir aufgerufen sind, vieles zu tun, aber sie sind in den letzten eineinhalb Jahren besser als Jahre zuvor. Und es ist kein Inserat, es ist keine Selbstdarstellung, wenn unabhängige Zeitungen etwa schreiben „Strukturwandel vorläufig erfolgreich“, wenn unabhängige Zeitungen schreiben „Steiermark – Aufsteiger des Jahres“. Ja, warum sagen Sie in Ihrer Analyse, bevor Sie auf die Frage kommen, was zu tun ist, nicht dazu, daß es in den letzten drei Jahren in der Steiermark ein Plus von 8500 Beschäftigten gegeben hat, während es in Österreich im gleichen Zeitraum ein Minus von 7000 Jobs gegeben hat? Warum sagen Sie nicht dazu, daß innerhalb der letzten zehn Jahre in der Steiermark ein Zuwachs von über 35.000 Beschäftigten erreicht werden konnte? Warum sagen Sie nicht, daß zwei Drittel des österreichischen Beschäftigtenzuwachses im letzten Jahr auf die Steiermark entfallen sind? Und in Antwort auf das, was der Landeshauptmannstellvertreter gesagt hat, bereits jedes dritte High-tech-Produkt, das die Bezeichnung „Made in Austria“ hat, kommt in Wahrheit aus der Steiermark, ist also Made in Styria.

Das allein ist nicht der Landesrat, aber es ist ganz gewiß auch seine Initiative und die Unterstützung der Landesregierung mit der Frau Landeshauptmann an der Spitze und auch unser Budget, das wir beschließen. Freuen wir uns, daß es Erfolge gibt auf dem Sektor der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes und hören wir auf, wieder damit zu beginnen, wofür wir in der letzten Periode eigentlich berühmt waren, daß wir uns gegenseitig heruntergemacht haben. Es ist beschämend, daß das von der Regierungsbank zu hören war, meine Damen und Herren, was hier zu hören war. (Beifall bei der ÖVP.) Gerade was die Obersteiermark anlangt, nur zwei Punkte, weil Sie die so in den Mittelpunkt stellen. Und ich bin bei Ihnen, daß Sie im Mittelpunkt sein sollen. Warum kämpfen wir nicht sehr viel schärfer und härter, daß etwa die regionale Innovationsprämie vom Bund ausgeweitet wird? Warum sind

das oft nur Lippenbekenntnisse? Punkt zwei: Wir hätten uns die heutige Schlacht auf der Regierungsbank ersparen können, wenn der Herr Landesrat die Förderung für AT&S Hinterberg ein bißchen früher unterschrieben hätte. Mein Appell ist, daß sozusagen in der Regierung ressortübergreifend gedacht wird, zwischen diesen beiden Ressorts, und daß unser Wirtschaftslandesrat, der viele Impulse gesetzt hat, in der Arbeit nicht behindert wird, sondern daß er unterstützt wird. Meine Damen und Herren, denn es ist im Interesse des ganzen Landes.

Nächster Punkt: Gießkannenprinzip wird ihm vorgeworfen. Ja, wissen Sie, was er macht? Er übernimmt wichtige Anträge von SPÖ-Abgeordneten – auch solche von uns – und sagt, das ist eine wichtige Initiative für die Obersteiermark, für die Weststeiermark, für Graz, jawohl, das, was Gennaro, Vollmann & Co. verlangen, wollen wir gerne, weil ich es für sinnvoll halte, umsetzen. Dann wird es oft – Sie wissen wo – blockiert. Meine Damen und Herren, wenden Sie sich an Ihren Teil der Regierung, wenn Sie die Frage stellen, wer, wann, wo durch bestimmte Blockaden behindert wird.

Ich habe mir das sehr in Ruhe heute angeschaut. Ich habe mir auch angeschaut – (Abg. Dr. Flecker: „Herr Kollege Schützenhöfer, die Debatte geht so weiter, wie sie der Herr Straßberger begonnen hat. Er hat nämlich gesagt, es kann doch nicht sein, daß die Verantwortlichen schuld sind!“) Herr Kollege Flecker, wir zwei wissen schon, um was es geht.

Ich nehme zur Kenntnis, daß bis 16.00 Uhr geredet wurde – ich war ja der nächste auf der Liste –, daß ich nicht zu Wort gekommen bin. Macht nichts, ich führe die Debatte trotzdem weiter, weil ich ganz bestimmte Dinge, meine Damen und Herren – ich sage noch einmal, fangen wir nicht wieder so an, wie wir es gehabt haben –, so nicht stehen lasse. Und wenn, meine Damen und Herren, der Herr Landeshauptmannstellvertreter fragt, fragen wir uns, was wir selber tun können. Ja, ich sage es Ihnen: A1-Ring, Thermenland, Sportereignisse, die wir letztlich alle gemeinsam tragen, haben dazu beigetragen, daß in bestimmten Bereichen die Arbeitslosigkeit heute geringer ist, als sie hier einmal war. (Beifall bei der ÖVP.)

Sind Sie nicht auch der Meinung, daß das ganze Thermenland zum Beispiel über unsere Eigeninitiative von Waltersdorf bis Radkersburg dazu beigetragen hat, daß es dort wieder mehr Beschäftigung gibt?

Wie ich im 78er Jahr mit Wegart mitgefahren bin, haben wir dort unten 18, 20 Prozent Arbeitslose gehabt. Wir haben sie heute nicht mehr. Da ist nicht nur, aber insbesondere auch, Eigeninitiative im Spiel.

Das gilt natürlich auch für die Obersteiermark, und wir werden es ganz bestimmt erweitern und durch neue Initiativen entsprechend unterstützen. (Abg. Vollmann: „Wo sind die Initiativen bis jetzt gewesen?“) Kollege Vollmann, zum Schluß nur eines. Der Herr Landeshauptmannstellvertreter hat in einer an sich großen Zeitung ein – ich nehme an – unbezahltes Inserat am Sonntag veröffentlicht, auf Seite drei, vier oder fünf oder sechs oder sieben oder acht, wo er wieder einmal untergebracht hat die Frage des zweiten Arbeitsmarktes. Ich bin ihm dankbar dafür.

Nur, sich herzustellen und zu sagen, diskutieren wir über den zweiten Arbeitsmarkt, das ist etwas ganz Neues. Das ist nicht neu.

Das ist auch in diesem Buch „Arbeit für unser Land“ nicht neu. Es tut mir leid, ich muß mit Eigenwerbung kommen. „Soziale Sicherheit im Umbruch“, von mir präsentiert im Mai 1994. Entschuldigen Sie, es kommt nicht oft vor, aber ich darf mich heute einmal selber zitieren. Ich zitiere Hermann Schützenhöfer. Kurt Flecker, es geht Ihnen dabei schlecht, nehmen Sie es einmal hin. (Abg. Dr. Flecker: „Solange Sie allein der einzige bleiben, der Sie zitiert!“)

„Ernst Ulrich von Weizsäcker votierte erst jüngst für einen sogenannten zweiten Arbeitsmarkt. Der Vorschlag geht davon aus, daß es gesellschaftlich sinnvolle Arbeit gibt, die unter Gesichtspunkten des Marktes aber wenig rentabel ist und daß es für die Betroffenen allemal sinnvoll ist, eine Zeitlang zu sozial akzeptablen Niedrigeinkommen beschäftigt zu sein, um die Kluft zwischen Arbeitslosenbezug und Tariflohn zu verkleinern und um vor allem nicht gänzlich vom Arbeitsmarkt ausgesperrt zu bleiben.“

Und der Bürgermeister Eberhard Dieppen: „Es hat der Berliner Senat gerade jetzt die Etablierung von Sozialbetrieben gebilligt. Arbeitsmarktförderungsmittel von Bund und Land werden dabei in privatwirtschaftlich organisierte Gesellschaften fließen, die regional- und kommunalpolitische Aufgaben übernehmen. Förderungen werden nur gewährt, wenn damit überwiegend Zielgruppen des Arbeitsmarktes beschäftigt werden und der Betrieb eigene Einnahmen erwirtschaftet.“

Eine linke Idee? Ganz und gar nicht, im Gegenteil. Das wäre ein neuer Weg, und ich glaube, die Zeit dafür ist gekommen.

Meine Damen und Herren, Polemik beiseite, ich glaube wirklich, daß das ein Punkt ist, über den wir reden sollten. Ich sage dazu, daß die Berliner mittlerweile wissen, daß dieser zweite Arbeitsmarkt sehr, sehr schwer angesprungen ist. Aber ich halte was davon, diese Idee in die politische Arbeit einzubeziehen, weil es darum geht, daß bestimmte Gruppen nicht insgesamt aus dem Arbeitsmarkt fallen dürfen.

Wenn wir heute wissen, daß bei der Arbeitslosigkeit, die wir haben, 18,3 Prozent ältere Arbeitslose sind – über 50 Jahre – und 18 Prozent unter 25 Jahre, dann sage ich, solange es gelingt, über die sozialen Sicherheitsmaßnahmen die älteren Menschen, die aus dem Arbeitsprozeß fließen, bis zum vorzeitigen Antritt der Alterspension sozusagen in der sozialen Matte zu halten, müssen wir alles tun, um jenen anderen Anteil, den jungen Anteil, derer bis 25 Jahre, in Beschäftigung zu bringen. Denn wenn ein junger Mensch mit der Schulausbildung, mit dem Studium fertig ist und keinen Job bekommt, stellt er die Sinnfrage des Lebens.

Daher bitte ich Sie, tun wir alles gemeinsam, gerade diese Aktionen in der Steiermark zu verstärken. Wir haben einige großartige Aktionen gestartet: „Schaffe Lehrplätze!“ Machen wir sie nicht immer schlecht, es ist eine gute Aktion. „Waltraud-Klasnic-Plan für Startjobs!“, „Verwaltungspraktikum“ und anderes mehr, auch im Zusammenhang mit dem nationalen Beschäftigungsprogramm, das wir nicht immer schlecht

machen sollen, weil der oder die oder der andere es in die Regierung eingebracht hat. Gehen wir davon aus, daß es uns allen erstes Anliegen sein muß, mehr zu tun für die jungen Menschen – und das ist Schwerpunkt auch seit der Regierungserklärung von Landeshauptmann Waltraud Klasnic –, dann wird der Wähler uns nicht mit nassen Fetzen, wie es jetzt einmal geheißsen hat, davonschlagen, sondern dann wird er auswählen zwischen den Parteien, aber insgesamt sagen, die haben ihr Bestes für das Land gegeben. (Beifall bei der ÖVP. – 18.55 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Ich habe jetzt einen Namen auf der Rednerliste, den ich nicht genau entziffern kann. Heißt das Flecker oder Grabner? Flecker heißt das.

Abg. Dr. Flecker (18.55 Uhr): Das Vordrängen scheint so unsere Sache zu sein.

Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Weil ich gerne mit Ihnen diskutiere, Herr Kollege Schützenhöfer. Jetzt habe ich wenigstens gedacht, Sie zitieren Schützenhöfer, dabei haben Sie Schützenhöfer zitiert, als er Weizsäcker zitierte. Also, wenn das so weitergeht, wird das eine relativ eintönige Sache. Vielleicht hätten Sie den Part wenigstens jemand anderen sagen lassen können.

Aber in der Sache selbst, Herr Kollege Schützenhöfer, wenn Sie glauben, in der Frage des zweiten Arbeitsmarktes in der steirischen sozialdemokratischen Partei eine Heimat gefunden zu haben, um das durchzusetzen, stimmen Sie mit uns, wenn wir solche Anträge bringen, unterstützen Sie den Herrn Landeshauptmann in diesen Fragen, Sie werden sicher die Gegner in Ihren Reihen finden. (Abg. Dr. Lopatka: „Frau Landeshauptmann meinst du?“) Nein, nein, Herrn Landeshauptmann. Du weißt es nicht, daß man zum Stellvertreter auch Landeshauptmann sagt, aber du wirst das auch noch lernen. (Abg. Dr. Lopatka: „Zur Frau Landeshauptmann Klasnic hast du das nie gesagt, als sie Stellvertreter war!“)

Was anderes, das, was Sie sonst gesagt haben, läßt sich wirklich mit dem Einleitungssatz des Kollegen Straßberger zusammenfassen: „Es kann nicht sein, daß die Verantwortlichen schuld sind.“

Ich muß sagen, wer denn sonst? Ich nehme zur Kenntnis – und das ist Ihre Sache –, wenn Sie Paieryl auch kritisieren. Wenn wir hier eine wirtschaftspolitische Debatte führen, wen sonst soll man ansprechen als den Herbert Paieryl? Und es ist traurig, es ist wirklich traurig, daß der Herbert die Arbeitslosenziffern, die uns – und das sollte auch für Sie gelten – in Alarmzustand versetzen, nicht einmal ignoriert. Das sind ja die Probleme. Ich kann nicht das Szenario aufzeichnen, daß alles wunderbar ist, und dort stehen die anderen vor der Tür draußen. Das sind ja die Probleme dieses Landes.

Und ob irgendein Betrieb mehr Produktivität hat, ist zwar schön (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Du kannst die Protokolle nachlesen!“), aber wenn ich Arbeitslose habe und wenn ich die zweithöchste Arbeitslosenrate Österreichs habe, dann habe ich mich damit zu beschäftigen. (Beifall bei der SPÖ.)

Und dann habe ich mich auch mit den und mit dem dafür Verantwortlichen in der Wirtschaftspolitik zu beschäftigen. Aber wenn Sie mich schon auffordern, nicht nur den Herbert Paieryl in die Diskussion einzubeziehen, na, natürlich gerne. Ich zitiere die „Kleine Zeitung“. Bis Ende Juli hat der Sommerfremdenverkehr in der Steiermark die zweithöchste Rückgangsrate gehabt bei den Nächtigungen. Auch nicht schön. Auch nicht schön, vor allem dann nicht, wenn wir wissen, daß ich die gesamten Marketingaktivitäten, nämlich eines verbundenen Fremdenverkehrs, daß ich den Touristen in der Obersteiermark ins Thermenland bringe und umgekehrt und ein bißchen inzwischen einen Städtetourismus betreibe, daß ich die ganzen Aktivitäten dieser Art und dieser Natur vermisse an unserer Fremdenverkehrspolitik. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber wir haben noch den August!“) Ja, auf den hoffen Sie noch immer. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Ja, den haben wir noch!“) Daß ich Incoming-Aktivitäten dieser Art vermisse. Dort soll der Herr Landesrat Hirschmann hinzielen. Und bitte, ich habe mir das sehr genau angeschaut, und es gibt keine Studie, die etwas anderes sagt. Nachhaltig einen Arbeitsplatz beim Österreicher zu finden, den müssen Sie schon über die nichtmarktfähige Arbeit finanzieren, damit Sie den dann haben, beim A1-Ring haben Sie keinen einzigen Dauerarbeitsplatz finanziert. Und wenn Sie es schon bringen, dann sagen Sie dazu, daß wir heuer den Verdienstentgang des Herrn Ecclestone abdecken müssen mit Millionen. (Abg. Dr. Lopatka: „Kennst du die Broschüre vom Kulturreferat vom A1-Ring?“) Du wirst es ja sehen. (Abg. Dr. Lopatka: „Ist aber das Gegenteil. Vom Landeshauptmannstellvertreter!“)

Und wenn wir schon dabei sind und Sie von Paieryl ablenken wollen. Na gerne. Wir haben in der Steiermark die höchste Lehrstellenandrangsziffer durch Lehrlinge. Auf eine offene Lehrstelle acht Lehrlinge. Und da gibt es den NAP, und da gibt es eine zuständige Stelle, das ist die Frau Landeshauptmann. Und dann ist auf Grund der nichtunterkommenden Lehrlinge in der Steiermark vom Arbeitsmarktservice, genau unsere Ansprechstelle für den NAP, vorgelegt worden, daß wir 40 Prozent der Mittel für den NAP bekommen müßten. Wissen Sie, was diese Ansprechstelle bekommen hat? Ich sage nicht erreicht, weil das klingt fast so, als hätte man sich gar nicht darum bemüht. Um die 18 Prozent. Es geht um die Bemühungen, lieber Herbert, es ist eine Bankrotterklärung, wenn ich nur 18 Prozent kriege und 40 zu erreichen hätte. Da muß ich politische Kompetenz zeigen. (Beifall bei der SPÖ.) Das ist Versagen.

Und, meine Damen und Herren, nur weil mich der Kollege Schützenhöfer auch auf andere Regierungsmitglieder aufmerksam machen wollte. Wir haben in der Sitzung des EU-Ausschusses und auch hier im Haus vor dem Sommer dieses Jahres gesagt, wir wollen doch haben, daß bei der Festsetzung der nationalen Kriterien für die Ziel-2-neu-Gebiete in etwa das Kärntner Modell verfolgt wird, das nicht von einer linearen Kürzung ausgeht, wie es die westlichen Bundesländer wollen, sondern von strukturellen Kategorien. Und wir haben von der Frau-Landeshauptmann die Auskunft erhalten, sie wird das in der nächsten Landeshauptleutekonferenz zumindest versuchen

durchzusetzen. Haben Sie es durchgesetzt? (Landeshauptmann Klasnic: „Er konnte die Zahlen nicht liefern. Er braucht noch zwei Monate!“) Frau Landeshauptmann, es geht ja nicht um die Zahlen, es geht um das Modell. Haben Sie die politischen Incentives in diese Richtung gegeben? Haben Sie den Kollegen gesagt, das werden wir machen, oder haben Sie es nicht einmal gemacht, weil Sie die Zahlen noch nicht haben? Ich glaube, politisch können wir da debattieren auch ohne Zahlen, wenn man weiß, um was es geht. (Beifall bei der SPÖ.) Und da meine ich, Frau Landeshauptmann, nur weil der Kollege Schützenhöfer vermeint hatte, wir schießen uns auf Paieryl ein. Wir schießen uns auf niemanden ein. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Ich habe mich geschreckt. Du hast mich bei deiner Pressekonferenz gelobt!“)

Ich habe dich gelobt, ich habe gesagt, du bist bemüht, nur in die falsche Richtung. (Beifall bei der SPÖ. Meine Damen und Herren, es geht hier überhaupt nicht darum, irgendwelche Leute anzugreifen, es geht ganz einfach darum, wir haben die höchsten Lehrlingsandrangsstelle, wir haben die zweithöchsten Rückgänge bei den Nächtigungsziffern im Sommerfremdenverkehr und die zweithöchste Arbeitslosenrate von Österreich, und von dieser Rate ist die Obersteiermark leider besonders betroffen. Und im Gegensatz zu dir, Herbert, im Gegensatz zu dir, der diese Sache zynisch betrachtet (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Oh nein!“), ist für mich, der ich aus einem Bezirk komme, der die höchste hat, das eine traurige Sache. (Landesrat Dipl.-Ing. Paieryl: „Außer Polemik hast du bisher nichts eingebracht!“) Und eine solche traurige Sache ist auch Anlaß, politische Verantwortung zu hinterfragen und das werden wir uns nicht nehmen lassen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 19.05 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Abgeordnete Purr am Wort.

Abg. Purr (19.05 Uhr): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei all der Auseinandersetzung, die es im Zuge dieser so wichtigen Debatte gibt, wird eines sehr deutlich. Welche Unterschiede es zu diesen wirtschaftlichen Problemen, zur Lösung dieser Probleme gibt, in der Anschauung dieser hier im Landtag vertretenen Parteien. Es ist interessant, die Zahlen zu hören von unserem Landesrat Paieryl, der in der Regierung unserer Frau Landeshauptmann erfreulicherweise gute Daten aufzeigen kann. Und wir erleben dann wenige Minuten später, wie dann alles angeprangert wird, so als ob nichts Gutes geschehen wäre, als ob es alles zu kritisieren gäbe, und man spricht von den Arbeitsplätzen, die zu schaffen sind, von der Arbeitslosenrate, von der Andrangsziffer der Lehrlinge und tut so, als wäre dafür überhaupt nur einzig und allein die Landespolitik schuld daran. Man übersieht dabei alles, man deckt zu, und selbst ein Landeshauptmannstellvertreter, der beim Aufzeigen wirtschaftlicher Probleme größte Aufmerksamkeit erregt, distanziert sich dann von seiner eigenen Partei dadurch, daß er sagt, ja, das ist dann Politik, und die Politik sieht das dann natürlich anders. So habe ich es gehört, so habe ich es verstanden. Und ich darf Ihnen sagen, auch damit deckt er nur zu, was wirklich geschieht. Denn ich stelle

Ihnen die Frage: Bitte warum haben wir denn Arbeitslose? Warum nehmen die Betriebe die Lehrlinge nicht? Und jetzt könnte ich es ganz nobel ausdrücken, weil in guten Zeiten die Sozialpartner in einem Ausmaß überzogen haben, daß wir heute nichts mehr gut machen können. Und, meine Damen und Herren, dort gilt es den Hebel Nummer eins anzusetzen, um den Rahmen zu bilden dafür, daß die Wirtschaft wieder bereit ist, Arbeitsverträge abzuschließen, sondern nicht Angst vor den Folgeerscheinungen hat, die sich mit einer Unterschrift ergeben.

Meine, sehr geehrten Damen und Herren, das sollen wir nicht überdecken! Und wenn auch jetzt die Zeitungen schreiben: Rigorose Maßnahmen gegen die Schwarzarbeit, hohe Strafen, so bin ich zwar dafür, daß die Schwarzarbeit bestraft wird, na net, aber bitte, das ist ja keine Lösung, das ist ja ein Angebot für zwischendurch. Probleme in der Wirtschaft löst man mit Strafen nicht. Ich sage in diesem Zusammenhang, wir haben in Österreich – und das gilt es nicht wegzuwischen – 100 Prozent Lohnnebenkosten, und, liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir die Schwarzarbeit verhindern wollen, dann müssen wir dort ansetzen, damit ein normalsterblicher Mensch wieder einen Maurer beschäftigen kann, einen Spengler, einen Dachdecker zu vernünftigen Preisen.

Dann wird das wieder anders aussehen am Arbeitsmarkt. So sind sie gezwungen, die Schwarzarbeit zu suchen. Wir müssen, meine Damen und Herren, eine Kampfansage den Arbeitskosten gegenüber unternehmen, und das in Gemeinsamkeit. Und wenn irgendein Minister sagt, „bei den 0,53 Prozent Dienstgeberbeiträgen ist dann anzusetzen“, bitte, das ist ein Blödsinn, ist lächerlich, ist bestens wert für eine Zeitungsschmierage, weil das bedeutet nichts, das sind Hundertstelprozente, bestenfalls Zehntelprozente, die ändern nichts Wesentliches.

Es gibt nur zwei Möglichkeiten: mehr Zeit und weniger Geld oder mehr Netto und weniger Brutto. Das müßte endlich einmal in die Köpfe hineingehen, und dann könnten wir einiges zum Besseren wenden. Alles andere, meine Damen und Herren, sind im wahrsten Sinne des Wortes Scheingefechte.

Es wird soviel vom Euro gesprochen, es wird soviel herumdiskutiert, und viele haben Angst davor, daß plötzlich der Schilling dann im Euro weniger wert ist. Wissen Sie, wer wirklich die Kosten dieser Umstellung trägt? Die kleinen und die mittleren Betriebe, die heute mit keinem einzigen Wort von keiner einzigen Wortmeldung anderer Parteien hier erwähnt wurden. (Abg. Vollmann: „Herr Kollege!“) Die sind damit am stärksten belastet, Herr Kollege. Und wissen Sie, wer dagegen etwas unternommen hat, soll ich es Ihnen sagen, als einziger überhaupt? Frau Landeshauptmann Klasnic mit unserem Landesrat Paieryl zusammen, die gesagt hat, für diese Euroumstellung für Betriebe mit weniger als 25 Beschäftigten – (Abg. Vollmann: „Jetzt führst du wirklich ein Scheingefecht!“) Herr Kollege, du kannst dich gerne melden, wo sind deine Vorschläge, wo sind deine Initiativen? Nur zu jammern und hier zu sagen, mein Gott, die Kleinen und die Mittleren, ohne überhaupt deren Aufgabe zu verstehen, das ist mir im wahrsten Sinne des Wortes zu wenig. (Abg. Vollmann: „Zum Rückzug blasen!“)

Zurück zu einem anderen Thema: Es hat uns sehr verwundert, und wir haben mit größtem Bedauern festgestellt, daß von der Steiermärkischen Landesregierung die Winterbauförderaktion für gewerbliche Bauten im nächsten Jahr keine Genehmigung fand. Das liegt vor allem an der unverständlichen Haltung der SPÖ, aber auch der Freiheitlichen, die dem Antrag von unserem Wirtschaftslandesrat Paierl nicht zugestimmt haben. Offensichtlich sind die Unterlagen ihnen nicht plausibel genug gestaltet gewesen oder sie haben sie falsch gelesen, denn die in den letzten Jahren durchgeführte Bauinitiative diente demselben Zweck, nämlich der Bekämpfung der traditionellen hohen Winterarbeitslosigkeit am Bau mit einem Direktzuschuß von 15 Prozent für die Bautätigkeit über die Wintermonate Dezember bis März. Vor allem in Anbetracht der überdurchschnittlichen Beschäftigungswirksamkeit von Bauleistungen mit einem Multiplikatoreffekt ist die Haltung der anderen Parteien uns unverständlich. Verwunderung kann die Haltung des SPÖ-Abgeordneten Otto Heibl auslösen, der immer dafür eingetreten ist und solche Aktionen für gut geheißen hat und scheinbar gezwungen wurde, seine Unterstützung dafür zurückzuziehen. Meine Damen und Herren, das wäre auch ein Beitrag für das, was auf uns zukommt. Der Winter steht im wahrsten Sinne vor der Tür.

Thema RIP - Regionale Investitionsprämie: Unter Hinweis auf die im Bund bestehenden Budgetrestriktionen wurde auf den Entschließungsantrag des Steiermärkischen Landtages im April dieses Jahres und auf die demzufolge geäußerten Forderungen der Steiermärkischen Landesregierung dort - auf Bundesseite - überhaupt nicht reagiert. In der Regierungssitzung im Jänner hat die Steiermärkische Landesregierung einstimmig die Neufestlegung des Aufteilungsschlüssels abgelehnt und den Bundesanteil von 40 Millionen Schilling einem gleich hohen Landesanteil gegenübergestellt. Gleichzeitig wurde an die Entscheidungsträger des Bundes appelliert, ehestmöglich eine Bedeckung sicherzustellen, die dem absehbaren Bedarf für die Steiermark in den Jahren 1998 und 1999 in der Höhe von insgesamt 400 Millionen Schilling Rechnung trägt. Eine Antwort diesbezüglich liegt bis dato nicht vor.

Deshalb bringe ich den Entschließungsantrag der Abgeordneten Purr, Straßberger, Dr. Flecker und Gennaro ein mit folgendem Wortlaut:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, neuerlich mit Nachdruck an die Bundesregierung heranzutreten, um zu erwirken, daß der Bund zur Fortführung der Regionalen Innovationsprämie als beschäftigungspolitisch wirksames Förderungsinstrumentarium seinen Finanzierungsanteil in der Höhe von 200 Millionen Schilling für die Jahre 1998 und 1999 sicherstellt, wobei im Sinne des bisherigen Aufteilungsschlüssels von eins zu eins das Land Steiermark einen gleich hohen Finanzierungsanteil zur Verfügung stellt.

Letzter Satz, meine Damen und Herren, dazu, bevor ich schließe. Wissen Sie, ich habe mir gedacht, warum gibt es diese Problematik überhaupt und diese Unterschiede immer wieder? Aber ich habe kürzlich von Norbert Leser gelesen, der ein neues Buch geschrieben hat, in dem er - ich zitiere - folgendes schreibt:

„Tausende SPÖ-Funktionäre hängen an der Macht, die ihnen einen Lebensunterhalt sichert.“ Das dürfte das Hauptproblem sein. Danke schön! (Beifall bei der ÖVP. - 19.14 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Nunmehr ist der Herr Präsident Vesko am Wort. Nach ihm stehen auf der Rednerliste zu diesem Punkt weitere zehn Damen und Herren.

Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (19.15 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Man kann die letzten drei Wortmeldungen, so wie sie hier im Plenum vor sich gegangen sind, nicht unkommentiert vorbeigehen lassen.

Ich darf gleich beim Kollegen Purr, der mir noch frisch im Ohr mit seinem lebhaften Vortrag ist, beginnen. Die Lohnnebenkosten sind sicherlich ein Problem, und zwar ein sehr großes. Ich darf durchaus daran erinnern, daß es eine Fülle von Anträgen im Nationalrat und hier in diesem Haus gegeben hat, die die freiheitliche Handschrift tragen, wie und zu welchem Zeitpunkt man diese Lohnnebenkosten senken könnte und was man dazu tun muß. Nur, lieber Kollege Purr, das hat die Österreichische Volkspartei zusammen mit den Sozialdemokraten hier im Hause und im Bund, im Parlament abgelehnt. Warum denn? Weil ihr auch, wie die kleinen Klammeräffchen, so lieb in der Koalition zusammenhängt und es viel lieber habt, so wie die vielen kleinen sozialistischen Funktionäre, von denen du gerade gesprochen hast, ein bißchen, ein Zipferl von der Regierung zu haben, um dort ein bißchen mitspielen zu können, um ein bißchen Europa zu machen, und das Schüsslerl macht dann da ein Buckerl und da ein Buckerl. Das ist das Problem.

Ihr habt sogar den Wirtschaftsminister. Der kommt momentan nicht sehr gut weg. Das muß ich sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber der ist auch mit keinem Antrag gekommen, die Lohnnebenkosten zu senken. Wenn du mir bitte in seiner Amtsperiode irgendein Beispiel einer Aktivität in diese Richtung geben könntest, wäre ich dir sehr dankbar, weil ich viele meiner besorgten Klein- und Mittelbetriebe beruhigen könnte, die zu mir kommen und sagen, was ist eigentlich mit den Schwarzen los, wo sind sie denn hin verschwunden mit ihrer Wirtschaftskompetenz? (Abg. Purr: „Wenn sie zu dir kommen, kommen sie aber zur falschen Adresse!“ - Glocke des Präsidenten!) Lieber Kollege Purr, du hast natürlich vollkommen recht, du hast nur eines vergessen (Präsident: „Darf ich wirklich bitten, ein bißchen die Gemüter zu zügeln!“), die waren alle schon vorher bei der Kammer, und die waren alle schon vorher bei der ÖVP, und dort haben sie sich die Nasen an der gläsernen Fassade plattgedrückt und haben gesagt, ein zweites Mal will ich mir nicht die Nase anhauen, da gehe ich lieber gleich dort hin und frage, wie schaut das aus, und wir können ihnen die Wahrheit sagen. (Beifall bei der FPÖ.)

Aber das ist ja nicht das einzige. Ihr habt ja auch einen riesigen Apparat, der sich Wirtschaftskammer nennt. Wunderschön mit allen Facetten, die Funktionäre sind unterwegs und hussen die Unternehmer auf, keine Getränkesteuer mehr zu zahlen und so

weiter und so fort, weil das eine Schweinerei ist. Dieselben Funktionäre, lieber Herr Kollege Purr, sind im Parlament draußen alle dagegen gewesen oder aus Scham, nicht aus Scham, aus Gram und Feigheit hinausgegangen und haben nicht abgestimmt, wie alle diese Dinge zur Diskussion gestanden sind. Das ist die Doppeltzungigkeit, die die Leute nicht verstehen.

Und deswegen rennen euch die Wirtschaftstreibenden in Scharen davon (Abg. Purr: „Weißt du, wie viele Stimmen man haben muß, wenn man sich im Parlament durchsetzen will?“), die gehen sogar zur SPÖ und glauben, daß sie dort Wirtschaftskompetenz finden.

Ich weiß es nicht. Du bist in der Regierung, nicht wir, ihr seid dort. Ihr habt viele Möglichkeiten gehabt, das zu tun. Aber es ist leider Gottes nicht möglich, weil, wie gesagt, die lieben kleinen Klammeröffchen immer wieder so lieb beieinandersitzen und schauen, daß das alles über die Bühne geht.

Ich möchte auch noch einmal zurückkommen auf die Aussagen, die über den heurigen Tourismus getroffen worden sind, den A-Ring und die Arbeitsplatzzahlen. Natürlich hat der Tourismus im heurigen Jahr Probleme gehabt mit einem interessanten Phänomen, alle Monate, die ungerade Zahlen gehabt haben, waren schlecht, und die geraden Monate haben es wieder aufgeholt. Und jenes triste Szenario, das der Kollege Flecker an die Wand gemalt hat im Juli, teile ich mit ihm, er hat nur den Satz nicht zu Ende gesprochen. Er hat den August nicht dazu erwähnt, der Gott sei Dank, und jetzt sage ich das, Gott sei Dank, das sage ich nämlich für unsere Betriebe und die Tourismusinstitutionen draußen, so schön war, daß wir das Minus, das wir bis dorthin angespart haben, auch auf Grund von Witterung, schlechter Schneelage und, und wettgemacht haben. Nur bitte, wenn wir schon davon reden, dann dürfen wir so einen sensiblen Industriezweig, wie es der Tourismus ist – (Abg. Purr: „Was meinst du?“) Der Kollege Flecker weiß, wovon ich rede, weil er unmittelbar in Schladming jeden Tag betroffen ist, wenn die Betriebe zu ihm kommen und sagen, was ist jetzt, können wir da etwas tun, daß wir auch im Sommer attraktiv werden, nicht nur im Winter, aber daß diese Sensibilität bei den Leuten da ist. Und bitte, wenn ihr uns nicht helft, und zwar jetzt nicht bitte wieder darum, daß wir den Dunstabzug in der Küche mit 10.000 Schilling subventionieren und dort vielleicht beim Dachdecken das Blechdach streichen, das kostet 23.000 Schilling, das macht auch noch die Wirtschaftsförderung, sondern daß ihr uns bitte endlich einmal helft aus dieser wahnsinnigen Schere der Besteuerung, der hohen Lohnnebenkosten und aller damit verbundenen Schwierigkeiten herauszukommen. Dann wird auch ein Herr Tasch wieder Wein verkaufen können, dann wird auch der Fleischer – auch ein Tasch – etwas anbringen. So kann es wieder beginnen zu florieren. Nur, die Leute sind in ihrer wirtschaftlichen Lage, in ihrer Kapitaldecke so beschränkt, daß sie gezwungen sind, diese Almosen zu nehmen, es ihnen aber nicht aus ihrer mißlichen Situation heraushilft. (Abg. Dr. Flecker: „Ich wollte nur sagen, ein bißchen Know-how-Hilfe vom Land mit Marketingkonzept wäre auch notwendig!“) Natürlich. Wir haben ja auch – und das muß ich dazusagen – ein Instrumentarium installiert, das ist in diesem Hause

beschlossen worden, das ist die Steiermark-Werbung, sie heißt jetzt ein bißchen anders, wir haben das Problem, daß wir so in regelmäßigen Abständen unsere Geschäftsführer gewechselt haben, weil sie halt doch nicht so willig waren, in der Verteilung von Inseraten an die entsprechenden Stellen oder entsprechenden Magazine einschlägiger Coleur, sondern wir haben jetzt eine solche Organisation, und die Konzepte, die die vorliegen, sollten auch einer gewissen Überprüfung unterliegen. Ich glaube, das wäre sinnvoll, und ich glaube, das findet im Wirtschaftsressort und im Tourismusressort statt. Ich halte es auch nicht für sehr glücklich, daß beide getrennt sind. Aber man muß die Arbeit gleich verteilen, es sind also die Schultern gleichmäßig zu belasten, das muß einfach sein.

Ich möchte aber auch zum A-Ring noch etwas sagen, Kollege Flecker, weil Sie immer einer sind, der den A-Ring, A1-Ring meine ich, in besonderen Mißkredit bringt. Herr Kollege Flecker, wenn ich auf der einen Seite mit diesem Instrumentarium A1-Ring – wie man immer dazu stehen mag, jetzt von der Sache her – dem Staat Einnahmen – und ich denke an das vergangene Jahr, wo die Größenordnung der steuerlichen Einnahme, die durch diesen A-Ring gekommen ist, sogar von euren Leuten im Parlament durchaus akzeptiert, zwischen 600 und 700 Millionen Schilling liegen, wenn sie im heurigen Jahr, obwohl wir Schwierigkeiten mit dem Grand Prix gehabt haben, weil auch das Wetter nicht so gut gepaßt hat in der Periode und vieles andere mehr – (Abg. Dr. Flecker: „Umsatz, nicht Steuer!“) Moment, nein Steuerleistung. (Abg. Dr. Flecker: „Umsatz!“)

Nein, nein, Umsatz, die Steuerleistung war 240 Millionen Schilling, Sie haben recht – aber aus dem Kartenverkauf 240 Millionen Schilling der Bund lukriert hat, wenn ich sage, im heurigen Jahr sind es um ungefähr 25 Millionen Schilling weniger, und auf der anderen Seite ich dazuzahlen muß (Abg. Dr. Flecker: „Die Zahlen stimmen nicht!“), nein, die Zahlen stimmen. (Abg. Dr. Flecker: „240 Millionen nicht, weil wir gewisse Kartenumsätze nach Großbritannien exportieren!“)

Nein, nicht die Umsätze, ich meine die Steuerlast. Es gibt eine ganz klare Auflistung der Steuer des vergangenen Jahres, im heurigen Jahr sind es bis jetzt Schätzungen, sie liegen auch über 200 Millionen Schilling. Das ist die Steuerlast aus dem Verkauf der Karten über alle Veranstaltungen von A bis Z und sonstige Steuern, die direkt an den Bund fließen. Wenn ich jetzt auf der anderen Seite sage, okay, wir haben das Risiko übernommen, weil wir gesagt haben, wenn ich auf der einen Seite verdienen kann, dann kann ich durchaus auch ein gewisses Risiko mittragen, und ich trage das. Das Problem, das wir haben, ist, daß auf der einen Seite der Bund kassiert und auf der anderen Seite die Verpflichtungen das Land eingehen muß. Und mir leuchtet es einfach nicht ein, wenn wir hier in dem großen Land, in dem schönen Land Österreich sagen, auf der einen Seite habe ich das Geld, und auf der anderen Seite habe ich die Leistung, die dafür erbracht wird, und ich blockiere einen Transfer, um zumindest auf der einen Seite die Negative abzudecken. Da bleibt immer noch genug übrig. Vom A1-Ring profitieren sogar die Vorarlberger, weil sie in den Zuweisungen – (Abg. Vollmann: „Vielleicht zahlen sie

uns etwas, fragts.“) Nein, aber ich sage, es wäre doch ganz einfach möglich, auf dem Verhandlungswege gewisse Dinge zu erreichen. Es wäre möglich. Ist überhaupt kein Problem, ihr braucht doch nur mit dem Finanzminister reden und sagen, lieber Freund, paß auf (Abg. Vollmann: „350.000 Dollar sind Tatsache!“), 4 Millionen Schilling haben wir an den Ecclestone bezahlt. (Abg. Vollmann: „Extra!“)

Ja, natürlich extra, selbstverständlich. Du, ich werde dir etwas sagen, ich zahle jemand gerne 10 Millionen Schilling, wenn ich bei einem Geschäft 50 Millionen verdiene, das ist Wirtschaftlichkeit, vielleicht seid ihr noch nicht soweit. (Beifall bei der FPÖ. – Abg. Vollmann: „Die Steiermark hat kein Geschäft gemacht!“) Oh ja, wir haben sehr viel Geschäft gemacht. (Abg. Vollmann: „Wann?“) Ja, darum sage ich ja, man muß doch mit dem Herrn verhandeln, mit dem Herrn Finanzminister, und muß sagen, lieber Freund, wir putzen dir deine Kasse ganz schön auf, auf der anderen Seite zieht ihr uns das Geld aus der Tasche. Ich glaube ja, daß das eine Funktion wäre, die zum Beispiel unsere sozialdemokratischen Regierungsmitglieder durchaus wahrnehmen könnten. Es wäre ein Gespräch. (Abg. Vollmann: „Die Vertragsabschließer sollen das tun!“) Heinz, ich bitte dich einmal, versuche zu verstehen, um was es geht, du wirst immer älter (Abg. Vollmann: „Ich habe mich eh bemüht!“), und irgendwann fragen dich deine Enkel und du wirst sagen, du hast es nicht verstanden. Es wäre ja schade darum. Aber ich bemühe mich. (Abg. Vollmann: „Deine Verteidigungsrede für den A1-Ring habe ich verstanden!“) Nein, das ist keine Verteidigungsrede. Ich bin auch der Meinung, daß es Probleme gibt am A1-Ring, ich sehe sie nur ganz woanders, als du sie siehst. Aber wenn ich da verdiene und da etwas zahlen muß, dann ist das entweder Neid, Mißgunst oder Unverständnis. Was anderes kann es nicht sein. Heinz, bitte überlegt euch das. (Beifall bei der FPÖ. – 19.26 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: Jetzt ist der Herr Abgeordnete Grabner am Wort. (Abg. Tasch: „Das ist total eine schlechte Aufteilung: Rot-Blau-Rot!“)

Der nächste ist der Herr Abgeordnete Tasch von der schwarzen Reichshälfte, jetzt aber Dipl.-Ing. Grabner.

Abg. Dipl.-Ing. Grabner (19.26 Uhr): Hohes Haus!

Vielleicht kann man in zwei Sätzen auf den Ursprung der Debatte zurückkommen, der eigentlich damit eingesetzt hatte, daß wir uns einvernehmlich dazu gefunden haben, eine Initiative für die Obersteiermark zu setzen, und daß wir gesagt haben, wir bemühen uns, außer Papier auch Initiativen zu schaffen, daß Maßnahmen konkret und schnell umgesetzt werden, so daß etwas Gescheites passiert. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Aber dort ist das Geld dafür, wo man das finanzieren kann, was ihr da fordert!“ – Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „AT&S ist heute unterschrieben worden!“) Ja, das ist aber nicht ein Ergebnis des heutigen Tages (Landesrat Dipl.-Ing. Paiarl: „Doch, 14.30 Uhr!“), sondern das ist eine Sache, die zuerst anders dargestellt wurde und dann richtiggestellt wurde. Wir sind alle sehr froh darüber. Wir sind auch sehr froh darüber, daß wir in einigen

Bereichen Übereinstimmung haben, wie zum Beispiel in dem gemeinsamen Entschließungsantrag, der von allen Parteien mitgetragen wurde, wie ich mittlerweile gesehen haben, der vom Kollegen Purr eingebracht wurde, und so sehe ich, daß es trotz der übereinstimmenden Bemühung, dieses Obersteiermarkpaket gemeinsam zu schnüren und, wie ich hoffe, hier dann auch einstimmig zu beschließen, ganz eigenartige Diskrepanzen gibt, die sich in der Debatte auftun.

Ich möchte nur auf ein paar hinweisen, weil sie mir klarstellen helfen, von welcher Seite man den Zugang zu dieser Thematik, nämlich zur Thematik, wie kann ich einer regionalen Wirtschaft wirklich nachhaltig helfen, darstellen.

Es gab die Bemühung vom Herrn Landesrat, die Statistiken zu relativieren. Er hat also die Zahlen von Prof. Dr. Fassmann als solche dargestellt, wie sie halt von Wirtschaftswissenschaftlern statistisch schon einmal zusammengetragen werden. Er hat auch gemeint, er hat ja selber einmal so etwas gemacht in seiner Studienzeit. Mit derselben Begründung könnte ich sagen, so wie er Statistiken infrage stellt, könnte ich dann die von ihm im nächsten Satz angeführten Statistiken und Bilder infrage stellen. Das ist also intellektuell nicht sehr redlich, dieses Spiel, das hier gespielt wurde, und ich möchte mich auch nicht auf diese Ebene begeben.

Tatsache ist, daß sich von diesen Statistiken, von denen die heute auch schon zitierte unabhängige Presse am 18. Jänner dieses Jahres deutlich geschrieben hat – Sie alle haben noch die Überschrift vor Augen – „diese Studie muß jeden Politiker vom Sessel reißen“, haben sich 179 Bürgermeister aus der Obersteiermark vom Sessel reißen lassen und haben reagiert und haben gesagt, jawohl, da sehen wir die absolute Notwendigkeit, etwas zu tun. Und ich wundere mich im höchsten Maße, daß, obwohl es die gesamten ÖVP-Bürgermeister der Obersteiermark für notwendig befunden haben, diesen unseren Anträgen beizutreten, sie erfreulicherweise einen ganzen Sommer hindurch mit uns verhandelt haben, daß wir einvernehmliche Formulierungen gefunden haben, denen wir gemeinsam beitreten können, obwohl sie es also für notwendig gefunden haben, diese Maßnahmen zu unterstützen, wird nunmehr vom Herrn Landesrat so getan, als ob sie eigentlich gar nicht notwendig gewesen wären, weil eh alles paletti ist. Da habe ich ein bißchen ein Problem mit dem Verständnis seiner Sachverhaltsdarstellung. Ich verstehe schon, daß man verschiedene Zugänge haben kann, und ich verstehe auch, daß er seine Zahlen für die richtigen hält. Ich unterstelle nicht einmal, daß sie falsch sind, sie sind nur nicht komplett. Diese eine Sicht, diese halbe Sicht der Darstellung eines Wirtschaftserfolges ist mir nicht genügend. Mir ist auch nicht genügend, wenn man dann sagt, ich kümmere mich schon auch um die Arbeitslosenziffern. Das ist für uns, bitte schön, das Primäre. Wirtschaft hat der Arbeit zu dienen, und nicht umgekehrt. (Beifall bei der SPÖ.)

Die Beschäftigung ist im Zentrum unserer Interessen gelegen. Und wenn ich das vor Augen habe, dann frage ich mich, was ist denn das für ein Zugang zur Wirtschaftspolitik, wenn ich mich auf das zurücknehme, daß ich sage – Schlußsatz der ersten Aussage

vom Herrn Landesrat –, na ja, und dann warten wir auf Förderungswerber. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Sind wir dankbar, daß Förderungsprojekte kommen!“)

Daß Förderungsprojekte kommen. Und es wurde noch einige Male betont, daß man mit großem Interesse das unterstützt, was am Markt sich begibt. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Auch was gemeinsam kommt!“) Ich bin ja dabei, wenn man sagt, es kommen von Abgeordneten Vorschläge, es kommen von den Unternehmungen Vorschläge, am Markt passiert etwas, und der Markt kommt und sagt, hier haben wir Ideen, und hier kann ich dann fördern.

Mein Verständnis von Wirtschaftspolitik ist das nicht, sich einfach zurückzuziehen und so lange zu warten, bis Projekte auftauchen, um die dann zu fördern. Ich möchte gar nicht das Wort „Gießkanne“ in den Mund nehmen, das heute einige Male strapaziert worden ist. (Beifall bei der SPÖ.)

Mein Zugang zum Thema wäre ein völlig anderer. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Machen Sie einen Vorschlag. Ich höre genau zu!“) Es ist relativ wirkungslos, tendenzkonform am Markt entlang zu fördern. Wirtschaftspolitik, wie ich sie verstehe, heißt regionale Ausgleichs dort anzusetzen, wo sie von sich aus, vom Markt aus ganz einfach nicht funktionieren können. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Wie?“) Das heißt, indem ich Politik mache und indem ich den Mittelfluß und den Investitionsfluß lenke, indem ich animiere, daß in Regionen, in denen von sich aus nicht jene Voraussetzungen da sind, daß sich Unternehmungen begründen und festigen und verstärken können, unterstütze, indem ich ihnen das anbiete, was sie selbst nicht können. Sie können selbst nicht Forschung und Entwicklung bieten, sie können selbst nicht regionale Disparitäten ausgleichen, wenn sie sich dort ansiedeln, wo es um den Cluster Graz herum die besseren Voraussetzungen gibt. Ja selbstverständlich, sie können sich dort nicht ansiedeln, weil sie ja selbst ihrer eigenen Gewinnmöglichkeit nicht feind sein werden. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Zum Beispiel Laserzentrum!“) Wenn ich sie animiere, sich dort anzusiedeln, dann habe ich nicht Wirtschaftspolitik, sondern dann habe ich das zugelassen, was am freien Markt ohnedies passiert.

Wirtschaftspolitik aus meiner Sicht heißt im Klartext, wir haben tendenzkorrigierend einzugreifen, das heißt nicht die Tendenz, sich um die Zentren herum zu clustern, zu unterstützen, sondern wir haben der Tendenz entgegenzuwirken und dafür zu sorgen, daß sich in den Regionen das ansiedeln kann, was sich von sich aus nicht ansiedelt. Das ist Wirtschaftspolitik!

Wenn ich dann noch darauf hinweisen darf, daß sich verschiedene wirtschaftliche Unternehmungen selbstverständlich Forschung und Entwicklung in dem Maß nicht leisten können, wie sie es brauchen, dann muß ich ihnen auf diesem Wege helfen. Und alle, die sich damit beschäftigen, wissen auch, daß das die einzige wirkungsvolle, lang anhaltende Hilfe ist. Ich muß den Unternehmungen die Möglichkeiten bieten, die sie selbst nicht haben. Und ich muß, und ich betone es noch einmal, regionale Disparitäten ausgleichen.

Das ist das, was wir in der Obersteiermark brauchen. Das ist der Sinn und Zweck des gesamten Obersteiermarkpaktes, weil wir natürlich auch er-

kennen müssen, und das ist ja heute schon einige Male artikuliert worden, aber ich weiß nicht, ob es ausreichend drübergekommen ist, eines ist aber klar – (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Regionales Innovationsprinzip!“)

Da sind wir einer Meinung, da gab es auch die Klarstellungen, das war immer auch unsere Meinung, das ist gelinde gesagt eine Schweinerei, daß die reduziert worden ist. Okay, ist auch klargestellt worden, daß wir gerade jetzt – vorhin wurde es vortragen – eine gemeinsame Initiative in der Richtung ergreifen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Schon seit einem Jahr!“)

Eine weitere mir nicht ganz geheuere Disparität tut sich auf, wenn ich mir anschau, wie schwer es – ich sage nur noch diesen einen Satz dazu – die Frau Landeshauptmann haben wird, wenn sie sich in den EU-Strukturfondsbemühungen für möglichst viele Förderungsmittel für die Steiermark in die Verhandlungen begibt und sich dann anhören muß von ihren Verhandlungspartnern, „ja Moment, in den letzten Zeitungen habe ich ja gelesen vom Wirtschaftswunderland, vom Vorzeigeland, von den besten Wirtschaftsdaten ganz Österreichs“. Ich glaube nicht, daß diese permanenten Darstellungen die Verhandlungsbasis der Frau Landeshauptmann verbessern. Und wir haben es ja schon erlebt, bitte schön. Es war am 18. März dieses Jahres, als ihr die zuständige Kommissarin Wulf-Mathies klar vor Augen geführt hat, „ja, Frau Landeshauptmann, wenn Sie permanent solche Meldungen uns vor Augen führen, dann sind Sie für uns nicht förderungswürdig.“ (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was noch viel wichtiger ist, die Fördermittel dann auch auszuschöpfen. Schauen Sie sich einmal die Ausschöpfung der Fördermittel im Forschungs- und Entwicklungsbereich an. Mehr sage ich dazu nicht, weil ich da keinen weiteren Streit auf der Regierungsbank provozieren will. Schauen Sie sich die Ausnutzung der EU-Fonds an im Bereich von Forschungs- und Entwicklungsförderung!“)

Ich schaue mir vor allem aber auch an, wie wir jetzt lancieren und wie wir jetzt ganz augenscheinlich unsere Chancen vertun, für die Zukunft vernünftige Ziffern in die Hand zu bekommen, wenn wir jetzt uns in eine Verhandlungsposition begeben, daß ich mich an den Tisch setze und sage, ich möchte für die Steiermark das Bestmögliche haben, wir brauchen sehr, sehr viele Gelder, damit wir unsere Wirtschaft auch in Zukunft ankurbeln können. (Beifall bei der SPÖ.)

Gleichzeitig sage ich, eigentlich sind wir ohnedies schon das Wirtschaftswunderland schlechthin. Diese Verhandlungsposition ist eine nicht gültige. (Beifall bei der SPÖ. – 19.37 Uhr.)

Präsident Dr. Strenitz: So, jetzt kommt mit dem Kollegen Tasch, mit allem Respekt gesagt, ein Schwarzer ans Rednerpult. Du hast das Wort.

Abg. Tasch (19.38 Uhr): Ich freue mich, daß du gesagt hast, ein Schwarzer tritt ans Rednerpult, weil ich der Meinung bin, besser als der rote Schmäh ist alleweil noch eine starke ÖVP.

Liebe Freunde, Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich freue mich über die Aussagen von German Vesko, der immer schon ein guter Freund von mir war, daß er sagt, wenn der Tourismus funktioniert und die Wirtschaft funktioniert, dann verkauft der Tasch Kurt leichter seinen Wein und der Tasch Max, das ist der Fleischhauer, leichter seine Wurst und leichter sein Fleisch. Es ist ganz klar, daß einer, der sich als Verkaufsgenie bezeichnet - und ich sage immer wieder, verkaufen ist eine der schwierigsten Sachen überhaupt, eine der härtesten Sachen, wo keiner glauben darf, daß er mit weißem Hemd und Krawatte reich wird, ohne daß er sich besonders bemüht, es ist für mich wohl etwas leichter zu verkaufen, weil ich wohl den besten Wein in der Steiermark verkaufe, so ähnlich geht es meinem Bruder bei den Fleischprodukten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Spaß beiseite, es ist die Lage ernst genug in der Obersteiermark, und trotzdem, glaube ich, ist es falsch, wenn wir die Obersteiermark krankjammern. Es ist eine Region, wo es in den siebziger und achtziger Jahren immer wieder geheißsen hat - und vor allem von der Ost- und Weststeiermark - es ist eine Region, wo Milch und Honig fließen. Und ich glaube, es ist zwar momentan nicht diese Region, wo Milch und Honig im Überfluß fließen, aber trotzdem eine Region, wo wir uns noch freuen können, in dieser Region zu wohnen. Wir müssen nur alles unternehmen, um diese Region wieder zu dem zu machen, was sie war. Und da ist es für mich also ganz klar, daß es nach dem Niedergang der Verstaatlichten schwierig war, diese Region wieder aufzufangen und mit Privatbetrieben, mit Klein- und Mittelbetrieben von den Arbeitsplätzen her abzusichern. Es gibt einen Nachteil in dieser Region, und der ist ungefähr gleich wie der in der Thermenregion Gleichenberg, das die älteste Thermenregion war und die nun sehr viel Nachholbedarf am Sanierungssektor hat, die die neuen Thermen wesentlich vom Komfort her überholt haben und dadurch wesentlich vor Gleichenberg stehen. So geht es uns besonders im Tourismus in der Dachstein-Tauern-Region, aber noch stärker im steirischen Salzkammergut, wo es ebenfalls vor 30 Jahren und noch mehr Neubauten gegeben hat und jetzt hoher Sanierungsbedarf ist, aber sich die Wirte, die Hotelbesitzer, von den Kosten und von den Schulden der Neubauten noch nicht erfangen haben. Und ich glaube, da ist es ganz, ganz wichtig, daß man auf dem Sektor versucht, alles zu tun, und es gelingt eben mit Großveranstaltungen, wie es die Nordische WM in der Ramsau ist, wo ein großes Paket an Mitteln in diese Region geflossen ist. Es sind über 500 Millionen Schilling, und ich glaube, gerade solche Großveranstaltungen sind wichtig, um diese Region wieder wirtschaftlich in den Vordergrund zu bringen.

Meine Damen und Herren, Österreich und leider auch die Steiermark ist europaweit im letzten Drittel der Selbständigen. Und ich glaube auch, gerade auch das müssen wir forcieren, daß nicht alles in die Sicherheit flüchtet, alles versucht also, sichere Anstellungen zu kriegen. Ich merke es immer wieder, wenn sich Leute in den Gemeindedienst oder in den Landesdienst bewerben, daß sie bereit sind, vom Einkommen her auf einige 1000 Schilling zu verzichten, nur um

einen sicheren Posten bezüglich Gemeinde oder Land zu kriegen. Ich glaube, hier müssen wir alles unternehmen - und da darf ich dir, lieber Herbert Paierl, besonders danken, daß du als Wirtschaftslandesrat die Verfahren, um Unternehmer zu werden, um selbstständig zu werden, versuchst so kurz wie möglich zu halten, die Schwierigkeiten weitgehend auszumerzen, um es den jungen Menschen, die Unternehmer werden wollen, es in Zukunft leichter zu machen. Die Attacken von Kurt Gennaro auf Landesrat Paierl, der ihn als Schauspieler bezeichnet hat, haben mich ein bißchen schockiert. Ich glaube, es gibt kaum in der Steiermark einen größeren Theaterspieler als unseren Gennaro, vor allem, wenn er sich künstlich hochstilisiert.

Ich persönlich glaube, daß wir mit den Großveranstaltungen auf dem richtigen Weg sind. Aber eines möchte ich auch ganz klar hier deponieren: Es ist für mich unverständlich, daß der Bund nach wie vor die Schulden für den A1-Ring noch nicht überwiesen hat, obwohl er der Hauptnutznieser von dieser Veranstaltung und von diesem A1-Ring ist. 120 Millionen sind vom seinerzeitigen Bundeskanzler Vranitzky zugesagt worden, und es ist so wie beim Erbrecht, daß mit Rechten und Pflichten der Nachfolger dies zu übernehmen hat. Und ich wünsche mir, daß Bundeskanzler Klima zu dem steht, was sein Vorgänger versprochen hat.

Landwirtschaft und Tourismus sind also in enge Verbindung zu bringen, und ich glaube, daß nur eine flächendeckende Landwirtschaft einen gut funktionierenden Tourismus auch in Zukunft sicherstellt. Ich glaube, daß wir alles unternehmen müssen, um der Rückgänge bei bäuerlichen Einkommen mit der Förderung Herr zu werden, um das Abwandern und das Schließen der Stallungen am bäuerlichen Sektor, vor allem am Grünlandsektor und am Viehzuchtsektor, hintanzuhalten, denn Priorität Nummer eins unserer Gäste ist die intakte Landschaft in der Steiermark und in Österreich, und die intakte Landschaft müssen wir für den Tourismus weiter in den Vordergrund stellen und forcieren. Der intakten Landschaft in der Steiermark und in Österreich müssen wir größtes Augenmerk schenken.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Grenzregionen wurden immer wieder von den Sozialdemokraten als das Armenhaus Österreichs hingestellt. Ich glaube, das war schlecht und auch nicht richtig, und ich freue mich über die Vielfalt der Steiermark, und ich freue mich über den Boom im Thermenland. Ich glaube, und man sieht es so richtig, wie stolz die Menschen sind über ihre großen Leistungen, über ihren Aufschwung, wie selbstsicher sie geworden sind. Und ich glaube, gerade die Vielfalt der Steiermark, auf der einen Seite die Dachstein-Tauern-Region, das steirische Salzkammergut, das Mur- und das Mürztal, und auf der anderen Seite das Rebenland und die Thermenregion, zeichnet die Steiermark besonders aus. Auf das müssen wir setzen, dann, glaube ich, dann wird es uns insgesamt in der Steiermark nicht schlecht gehen. Und hier möchte ich wiederum die Initiativen - und es ist für mich ganz klar, ich höre es bei Veranstaltungen immer wieder - des Herrn Landesrates Paierl besonders hervorstreichen, der mit voller Energie und mit vollem Einsatz sich für die Wirt-

schaft und für die Arbeitsplätze einsetzt und der alles tut, um die Wirtschaftsdaten in der Steiermark zu verbessern, und dies ihm in besonderer Weise auch gelungen ist. Lieber Herbert, herzlichen Dank dafür. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Frau Landeshauptmann wird immer wieder attackiert, und das verstehe ich auch ganz klar, wenn man die Daten unserer Frau Landeshauptmann ansieht – sie ist also weitaus an der Spitze der Beliebtheitskala in der Steiermark. Sie ist ein Mensch mit unheimlich viel Kompetenz und, was für mich noch wichtiger ist, mit sehr, sehr viel Herz. Weitblick, Kompetenz und sie hat viele Schienen gelegt, auf die Landesrat Paierl und Landesrat Hirschmann jetzt im Tourismus aufbauen können. Ich glaube, das ist auch mit ein Grund, daß die Steiermark wirtschaftlich in Österreich an führender Stelle steht.

Es ist für mich unverständlich, und das tut mir wirklich weh – ich war beim Österreichischen Gemeindetag in Klagenfurt –, daß die SPÖ vor allem fast magische Kräfte hervorgerufen hat, um die Olympiade zu verhindern. Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn ihr miterlebt hättet, mit welcher Freude die Kärntner die Bewerbung für die Olympiade beim Österreichischen Gemeindetag mit über 2000 Bürgermeistern vorgestellt hat. Es tut einem so richtig weh, daß diese Milliarden, die von ganz Österreich in die Steiermark geflossen wären, hätten wir die Olympiade zugesprochen bekommen, nach Kärnten fließen, wenn sie die Olympiade zugesprochen bekommen, und das wünsche ich ihnen. Und wir werden ganz stark Steuergelder nach Kärnten zahlen müssen. Das ist aber nicht im Sinne der Abgeordneten, die für die Steiermark zuständig sind, und nicht für andere Bundesländer. Es ist so also wichtig, daß wir an die Vielfalt in der Steiermark anschließen und da nicht nur den Wintertourismus forcieren, nicht nur die Holdingbetriebe, sondern auch die Privatschigebiete, deren Steuergelder selbstverständlich für Zuschüsse von der Holding verwendet werden.

Ich glaube, es kann nicht angehen, daß Schigebiete, die in den letzten Jahren sehr gut gepunktet haben und sehr im Aufwind sind, wie zum Beispiel die Planner, die Kaiserau, auch der Stoderzinken, von den Förderungen weitgehendst ausgeschlossen sind. Das ist ungerecht, und das ist auch nicht richtig. Ich glaube, daß es an der Zeit ist, diese Gebiete nicht dem Freitod preiszugeben, sondern mit den Förderungen, wie es bei der Holding geschieht, auf Vordermann zu bringen und durch die Infrastruktur die zuständigen Arbeitsplätze weiterhin sichern zu können. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Zeit habe ich noch, gelt? (Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Nein, die Zeit ist aus!“)

Eines muß ich noch sagen, also die letzten Sätze werde ich sicher noch fertigen. Ich möchte also eines ganz klar sagen, daß auch noch für den Sommer zusätzliche Aufgaben vorgezeigt werden, und das ist die Wasserregion – Wasserwelt in Gröbming, die Wasserregion in Mürzzuschlag und die Wasserregion in Neumarkt. Das sind zusätzliche Attraktionen für den Tourismus in den Sommermonaten.

Ich hoffe, daß wirtschaftlich und tourismusmäßig auch in Zukunft ein Plus für die Steiermark hervorkommt. Wir sind alle aufgerufen, alles zu tun, um zu diesem Plus zu helfen. (Beifall bei der ÖVP. – 19.50 Uhr.)

Präsident Dipl.-Ing. Vesko: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Korp. Ich erteile es ihm.

Abg. Korp (19.50 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landesrat!

Nach dem Schwarzen kommt ein Roter. Rot deckt bekanntlich schwarz zu. Das ist auch der Grund, warum du eine rote Krawatte hast, Kurt. Und nach dem Ennstaler Urgestein kommt wieder das Murtal an die Reihe.

Geschätzte Damen und Herren, die wichtigsten Botschaften der Vorredner habe ich mir erlaubt, kurz zu notieren. Keine Negativbesetzung der Region – völlig richtig, Kollege Straßberger. Wer wird zu uns gehen, wenn wir die ganze Zeit jammern, wie schlecht es uns geht? Absolut richtig, krankjammern ist meiner Meinung nach genauso falsch wie gesundbeten, keine Frage. Und daß sich alles dort hindrängt, wo die Tauben sind – sprich Ballungszentren –, das ist uns auch bekannt, eine leidvolle Erfahrung von den Obersteirern insgesamt. Das Stichwort dazu heißt Regionalisierung! Nachdem du deinen Herbert Paierl so sehr gelobt hast, ich kenne ein Regierungsmitglied, der dieses Wort immer wieder – Gott sei Dank ist es so – in den Mund nimmt, und das ist der Landeshauptmannstellvertreter DDr. Peter Schachner. „Regionalisierung“, sagt er immer. Das ist das Wort, das Musik ist in unseren Ohren ist.

Geschätzte Damen und Herren, es hat auch geheißt „Barrieren niederreißen“. So ist es. Und diese Verhinderungspolitik ist wirklich etwas, was uns gestohlen bleiben könnte. Das bringt uns Obersteirer aber schon überhaupt nicht weiter. Nur damit der eine besser ausschaut als der andere, den anderen in die Schienbeine zu hauen, das ist etwas Schreckliches und was Furchtbares. Da gibt es nur ein Wort, und das heißt „Gemeinsamkeit“.

Ich denke, geschätzte Damen und Herren, es ist außerordentlich wichtig, durch eine ganze Reihe von Obersteiermarkanträgen, so wie sie heute am Tisch liegen, Probleme dieser Region anzusprechen und miteinander aufzuarbeiten. Auch wenn andere Bundesländer, wie der Prof. Jeglič das gemeint hat, angeblich schlechter liegen als wir in der Obersteiermark, so ist es nun einmal eine Tatsache, daß allein mein Heimatbezirk Judenburg bei einer Arbeitslosenrate von 0,5 bis 0,7 Prozent über dem Landesschnitt, der an sich schon nicht der beste ist, wie wir gehört haben, liegt. Daß selbst im industriell-gewerblichen Arbeitsplatzbereich im Zeitraum 1980 bis 1996 es um 18,6 Prozent bei uns in der Obersteiermark zurückgegangen ist, das ist eine weitere Tatsache in diesem Szenario.

Ich halte zwar, wie schon gesagt, grundsätzlich nichts davon, Mißstände zu bejammern, aber es ist halt ein wirklich trauriges Faktum, wenn sich zum Beispiel ein Weltkonzern im Elektrobereich ausschließlich aus

Kostengründen aus der Region zurückzieht und die Politik nichts, aber schon gar nichts dagegen unternehmen kann.

Sehr wohl kann die Politik, und so war es in unserem Fall Siemens in Fohnsdorf, etwas dagegen tun, wenn die letzte obersteirische Lehrwerkstätte im Elektrobereich auch geschlossen werden sollte. Und was sich da abgespielt hat, geschätzte Damen und Herren, das liegt mir heute noch schwerstens im Magen. Wenn ein steirischer Wirtschaftskammerpräsident aus Eigennutz, um seine Interessen zu vertreten – und das ist ja an sich nichts Schlechtes, bitte schön –, diese letzte obersteirische Lehrwerkstätte den Bach hinunterläßt, weil er scheinbar nur drei Lehrberufe kennt, das sind Koch, Kellner und Friseur, dann ist das aus meiner Sicht schlicht und ergreifend eine Schweinerei. So ist es, und das kann man gar nicht oft genug hier ansprechen. (Beifall bei der SPÖ.)

Wirklich nachdenklich stimmt mich auch die Tatsache – die Kollegin Dietrich hat es angesprochen –, daß seit fast zwei Jahrzehnten diese Region um die Öffnung des Militärflughafens Zeltweg kämpft. Und wenn ich höre, daß der zuständige Verteidigungsminister im Parlament sagt, davon weiß er gar nichts, das ist ja, bitte, eine Lachnummer. Ich selber konnte den Herrn Minister beim letzten Flugtag in Zeltweg fragen, na, wie haben wir es denn wirklich? Er hat gesagt, sie haben das genau geprüft, aber der Bedarf paßt halt nicht. Also damals hat er es gewußt, später plötzlich nicht mehr.

Das ist genau diese Politik, die wir in der Obersteiermark aber schon gar nicht brauchen können. So ist es.

Nachdenklich stimmt mich auch die Tatsache, daß ein von mir bereits vor sechs Monaten hier in diesem Hause eingebrachter Antrag auf Verbesserung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktsituation im Bezirk Judenburg wieder auf die lange Bank geschoben wurde. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, so kann man einfach nicht miteinander arbeiten. Wir können nicht laufend Papier produzieren, meterweise, Umsetzung heißt das Wort, und nichts anderes. Aber wenn das Wollen nicht da ist, dann geht es halt nicht. So ist es. (Beifall bei der SPÖ.)

Gottlob, ich sage das ausdrücklich dazu, weil das die Gerechtigkeit und die Objektivität erfordern, gibt es auch Ergebnisse, die sich auch im Bezirk Judenburg sehen lassen können. Ich danke persönlich allen Regierungsmitgliedern, die dafür einen Beitrag geleistet haben. So zum Beispiel ein wirklich erstaunlicher Quantensprung im Straßenbaubereich des Bundes im besonderen, der hier im Bezirk Judenburg gelungen ist, mit drei Großbauprojekten: die Umfahrung Obdach, seit den fünfziger Jahren wird darum gekämpft, jetzt wird sie umgesetzt. Oder der Abschnitt St. Georgen ob Judenburg, Unzmarkt der B 96. Oder, nachdem es jetzt Gott sei Dank zu einer Einigung gekommen ist unter den sogenannten Experten, auch die Umfahrung Zeltweg-West. Hier wird ein Betrag von 510 Millionen Schilling im Bezirk Judenburg umgesetzt. Das ist etwas wirklich sehr, sehr Positives. Und Sie gestatten mir, daß ich hier von dieser Stelle dem zuständigen Straßenbaulandesrat Ing. Hans-Joachim Ressel wirklich danke sage. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine wirklich erfreuliche Bilanz auch im Wissenschafts- und Forschungsbereich. Sie wissen alle, daß jetzt im Oktober – im kommenden Oktober wird begonnen – eine außeruniversitäre Forschungsstelle von Joanneum Research für Holzarchitektur und Holzdesign nach Judenburg kommt. Da passiert hier das, was DDr. Peter Schachner angeführt hat.

Grundlagenforschung im wahrsten Sinne des Wortes, wo man dann mit entsprechendem Know-how etwas unternehmen kann. Fertigung ist zu wenig, das kann man verschieben, aber wenn an einem Standort ein entsprechendes wissenschaftlich fundiertes Know-how da ist, das hilft uns, und das gibt uns Hoffnung, das kann man angreifen, und wir sind dankbar dafür. (Beifall bei der SPÖ.)

Geschätzte Damen und Herren, Sie wissen so wie ich, leider gibt es in der Politik keine Rezepte wie in der Küche. Und was wir brauchen, sind Visionen, und daß es möglichst viele gibt, die sagen, wo es langgeht. Ich möchte Ihnen auch sagen, daß wir vor allem Menschen brauchen, die nicht den Eigennutz, sondern den Gemeinnutz in den Vordergrund stellen. Das halte ich für einige der wichtigsten Botschaften. Und weil es bereits blinkt und meine Zeit überschritten ist, darf ich für meine Fraktion noch zwei Entschließungsanträge einbringen. Der eine Entschließungsantrag der Abgeordneten Korp, Gennaro und Vollmann betrifft die Lehrwerkstätten in der Obersteiermark zum Tagesordnungspunkt 12.

Die durch den Landtag in seiner heutigen Sitzung umzusetzende Obersteiermark-Resolution der obersteirischen Gemeinden wurde vom Unterausschuß in einigen wenigen Punkten verändert übernommen. Eine dieser Änderungen betrifft die Lehrwerkstätten.

Der Text des Punktes 12 der Resolution lautet, ich zitiere: „Ein speziell auf die Region zugeschnittenes Lehrlingsausbildungs- beziehungsweise Jugendprogramm muß erarbeitet und umgesetzt werden. Bestehende Lehrwerkstätten sind zu erhalten beziehungsweise sind dort, wo dies notwendig ist, neue Lehrwerkstätten zu installieren.“

Der SPÖ-Fraktion ist es ein Anliegen, diesen Punkt der Resolution umgesetzt zu wissen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, bei der Erarbeitung und Umsetzung des Lehrlingsausbildungs- beziehungsweise Jugendprogrammes bestehende Lehrwerkstätten zu erhalten beziehungsweise dort, wo dies notwendig ist, neue Lehrwerkstätten zu errichten.

Ich habe noch einen weiteren Entschließungsantrag in gebotener Kürze darzubringen, und zwar betrifft dieser die Dezentralisierung von Bediensteten und Dienststellen sowie Erhaltung der Bezirksgerichte, und zwar zum Tagesordnungspunkt 9, der Abgeordneten Korp und Dr. Bachmaier-Geltewa.

Bezüglich der Umsetzung der Resolution der obersteirischen Gemeinden durch den Landtag sind weitere verwaltungsreformatrische beziehungsweise beschleunigende Maßnahmen für die gesamte Steiermark vorzuschlagen. Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: